

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XIII. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

28. FEBRUAR BIS 2. MÄRZ 2013, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2013	4
Kerstin SCHMIDT	6
Doris SCHÖPS	11
Arne HOFFRICHTER	17
Christian GAUBERT	22
Stefanie KRACHT	25
Daniel LANGE	29
Kerstin LORENZ	34
Mihaela PETKOVIC	38
Moritz REININGHAUS	41
Philipp WILLE	44
Fruzsina MÜLLER	46
Anne WANNER	51
Andrea PRAUSE (<i>nicht im Programm</i>).....	56

XIII. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 28. Februar 2013, 14 Uhr
ENDE: Samstag, 2. März 2013, 13 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

DONNERSTAG, 28. FEBRUAR 2013

11:00 – 13:00	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberg Hotel
14:00 – 16:00	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
16:00 – 16:30	Kaffeepause
16:30 – 16:45	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
16:45 – 17:45	Kerstin Schmidt: Literatur kritischer und subversiver Autorinnen und Autoren im VEB Hinstorff Verlag Rostock – ihre Entwicklung und Unterdrückung 1959 bis 1990
17:45 – 18:45	Doris Schöps: Die Konstruktion sozialistischer Rollenbilder durch Verkörpern, Darstellen und (Inter-)Agieren im DEFA-Film
18:45	Abendessen
19:30 – 21:00	„Meine freie deutsche Jugend“ und „Aufbau Ost – Unterwegs zwischen Zinnowitz und Zwickau“ – Lesung mit Claudia Rusch

FREITAG, 1. MÄRZ 2013

9:00 – 10:00	Arne Hoffrichter: Das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm (1945-1963) – Schleuse im Prozess von Vertreibung und DDR-Flucht
10:00 – 10:30	Kaffeepause
10:30 – 11:30	Christian Gaubert & die DDR im Spiegel musealer Präsentationen und Stefanie Kracht & die Transformationsprozesse von Museen in Mecklenburg-Vorpommern
11:30 – 12:30	Daniel Lange: Die internationalen sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika als besonderer Bestandteil ihrer Außenpolitik (1960-1990)
12:30 – 14:00	Mittagspause
14:00 – 15:00	Kerstin Lorenz: Perforierter Antifaschismus – die ‘Erinnerungsopposition’ und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung und der jüdischen Gegenwart in der DDR

15:00 – 15:30	Kaffeepause
15:30 – 17:00	Mihaela Petkovic & die Erinnerung an den Kommunismus in Kroatien, Moritz Reininghaus & das Leben Rudolf Schottlaenders sowie Philipp Wille & die Moralvorstellungen im Polizeiruf 110
17:00 – 18:00	Fruzsina Müller : Konsum in der sozialistischen und postsozialistischen Gesellschaft: Bedeutungszuweisungen einheimischer Marken in Ungarn
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 20:30	Anne Wanner : „Kampf um die Geschichte“? – Deutsch-deutsche Museumsgeschichte zwischen Abgrenzung und Verflechtung 1971-1989
20:30 – 20:45	Schlussbesprechung

SAMSTAG, 2. MÄRZ 2013

9:00 – 12:30	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
12:30 – 13:30	Mittagspause
13:00 – 14:00	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Literatur kritischer Autorinnen und Autoren im VEB Hinstorff Verlag Rostock – ihre Entwicklung und Unterdrückung 1959 bis 1990

von Kerstin Schmidt

1. Zum Thema

Der VEB Hinstorff Verlag in Rostock zählte zu einem der führenden Verlage für Gegenwartsliteratur in der DDR. Durch die Publikation von Werken vieler namhafter Autorinnen und Autoren erlangte der kleine, regionale Verlag in den 1960er und 1970er Jahren großes Ansehen. Das „liberale geistige Klima“ des Verlages zog viele Literaten an, die sich kritisch mit der Gegenwart in der DDR auseinandersetzten. Auf diese Weise nahm der Hinstorff Verlag einen besonderen Platz in der Verlagslandschaft der DDR ein. Die Bedeutung des Verlages lässt sich auf das Zusammenwirken von literarischem und geschäftlichem Talent zweier Personen, des Cheflektors Dr. Kurt Batt und des Verlagsleiters Konrad Reich, zurückführen. Im Mittelpunkt der Dissertation steht die Frage, wie es dem Verlag gelang, zu einem Zentrum für anspruchsvolle und innovative Prosa-Literatur in der DDR zu werden. Neben der Herausarbeitung der personellen Besonderheiten – des „Gespanns Batt und Reich“ – in Bezug auf die Förderung und Veröffentlichung kritischer DDR-Gegenwartsliteratur von 1959 bis 1977 berücksichtigt die Dissertation regionale und verlagsspezifische Strukturen sowie kulturpolitische Zäsuren in der DDR. Einen weiteren Teil der Arbeit bildet der Zeitraum ab 1977. Hier liegt der Fokus auf dem Umgang mit brisanten Manuskripten nach dem Wechsel der Verlagsleitung. Besondere Aufmerksamkeit kommt dem Einfluss der SED-Bezirksleitung Rostock und dem Ministerium für Staatssicherheit zu. Quellengrundlage bilden die Dokumente des Verlagsarchivs, Akten der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur, die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED-Bezirksleitung Rostock sowie Zeitzeugenaussagen. Die Untersuchung hat zum Ziel, zum einen Zensur als Macht- und Repressionsinstrument in der SED-Herrschaft herauszustellen sowie die Reglementierung künstlerischer Entfaltung aufzuzeigen, zum anderen aber auch Spielräume im Druckgenehmigungsverfahren zu veranschaulichen.

2. Zu personellen, verlags- und kulturpolitischen Faktoren (1959 – 1976)

Bei der Untersuchung einzelner Publikationsgeschichten und Nichtveröffentlichungen von Manuskripten muss man berücksichtigen, dass es sich bei Zensur in der DDR um einen zentral gesteuerten Vorgang handelte. Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur entschied mit der Erteilung oder Verweigerung der Druckgenehmigung, ob ein Manuskript veröffentlicht wurde oder nicht. Das sogenannte Druckgenehmigungsverfahren (Zensur) war nicht nur ein streng geregelter, sondern auch ein höchst komplizierter Prozess – aber auch ein Prozess, in dem es Handlungsspielräume gab. Blickt man im Zensurverfahren auf die Rolle der Buchverlage, lassen sich Handlungsspielräume durchaus erkennen. In Bezug auf den VEB Hinstorff Verlag waren es vor allem personelle Besonderheiten, aber auch regionale bzw. verlagspolitische Aspekte. Ob ein Manuskript gedruckt werden konnte oder nicht, hing zudem immer wieder von der jeweiligen kulturpolitischen Situation (Frostperiode oder Tauwetter) ab. Nach Zäsuren wie dem 11. Plenum 1965 oder der Biermann-Ausbürgerung im Jahr 1976 wurden die Spielräume enger. Spielräume konnten sich aber auch erweitern, beispielsweise nach dem VIII. Parteitag der SED 1971. Hier insbesondere sichtbar an der 1973 erschienenen Buchausgabe der „Neuen Leiden des jungen W.“ von Ulrich Plenzdorf.

Das mutige und anregende Programm des Hinstorff Verlages bis Mitte der 1970er Jahre ist im Besonderen mit dem Namen Kurt Batt verbunden. Der Literaturwissenschaftler, Essayist und Kritiker genoss unter vielen Schriftstellerinnen und Schriftstellern in der DDR einen guten Ruf. Er hatte mit seinen Literaturkritiken, die in den 1960er Jahren in der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ („ndl“)¹ und später im Reclam-Verlag² erschienen waren, auf sich

¹ Vgl. die Literaturkritiken von Kurt Batt über westdeutsche Prosa in der „ndl“: Heft 12/1963, S. 117–134; Heft 11/1964, S. 5–28; Heft 1/1966, S. 91–117; Heft 8/1966, S. 138–161.

aufmerksam gemacht. Seine sachkundige und unvoreingenommene Betrachtung der aktuellen – vorzugsweise westdeutschen – Gegenwartsliteratur war überaus beliebt. Kurt Batt verfügte über ein umfangreiches literarisches, literaturgeschichtliches und philosophisches Wissen. Sein Studium in Leipzig bei Professoren wie Hans Mayer und Hermann August Korff, seine Hinwendung zur Literatur der europäischen Moderne und zu Schriftstellern wie Franz Kafka oder Thomas Mann sowie die Absage an die „Exekution des Erzählers“³ prägten die Beurteilung der literarischen Qualität eingereicherter Manuskripte. Kurt Batt ging versiert mit Texten um, erkannte Unstimmigkeiten und Lücken im Manuskript sofort, machte Autorinnen und Autoren darauf aufmerksam und unterbreitete Vorschläge. Der parteilose Cheflektor kannte die aktuellen kulturpolitischen Beschlüsse stets sehr genau und wusste, auf welche Aspekte ästhetischer und inhaltlicher Natur das Ministerium für Kultur Wert legte. Auf dieser Grundlage unterbreitete er Änderungsvorschläge. Dabei handelte er nie unüberlegt oder einseitig und verlor niemals die literarische Qualität des Textes aus den Augen. Zu dem Bemühen, ein Manuskript zur Veröffentlichung zu bringen, zählte aber nicht nur das Unterbreiten von Änderungsvorschlägen. Ein Text, der Talent erkennen ließ, in seiner inhaltlichen Aussage jedoch problematisch war und – nach zahlreichen Eingriffen – auch blieb, wurde im Hofen auf veränderte kulturpolitische Phasen vom Verlag des Öfteren zurückgehalten und zunächst nicht bei der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel eingereicht. Das viel bekannte „Texte in die Schublade legen“ seitens der Verlage war ein Spiel mit der Zeit und traf nicht immer auf das Verständnis und die Geduld der Autorinnen und Autoren. Das fachliche Talent des Cheflektors Kurt Batt wurde ergänzt durch das verlegerische Geschick des Verlagsleiters Konrad Reich. Mit einer „Kombination von jugendlichem Schwung und erfahrener Reife“⁴, wie es 1958 in einem Artikel im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ heißt, leitete Konrad Reich die Geschäfte als Bezirksbuchhändler – und später auch die Geschäfte des Hinstorff Verlages. Der Verlagsleiter bewies in Lizenzverhandlungen Spontaneität und Diplomatie und ermöglichte, dass die Werke renommierter Autoren wie Ulrich Plenzdorf, Jurek Becker, Bernd Jentsch oder Franz Fühmann zeitgleich als Lizenzausgaben in der Bundesrepublik erschienen, was die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf den Hinstorff Verlag lenkte und ihm in den 1970er Jahren den Ruf „Suhrkamp des Ostens“ einbrachte. Hinsichtlich der Frage nach Handlungsspielräumen im Druckgenehmigungsverfahren waren neben den personellen Gegebenheiten auch andere Faktoren von Bedeutung. Beispielsweise die Arbeitsweise des Lektorates, persönliche Kontakte oder die Zusammenarbeit mit Gutachtern. Der Hinstorff Verlag verfügte unter der Leitung von Kurt Batt über ein fachlich sehr gut ausgebildetes Lektorat. Der Cheflektor förderte die Weiterbildung der Lektoren auf orthographischem und literarischem, aber auch kulturpolitischem Gebiet durch Vorträge und Selbststudium. Hinstorff konnte darüber hinaus durch persönliche Kontakte zu Mitarbeiterinnen aus dem Redaktionskollegium der „ndf“ viele junge Nachwuchsschriftsteller gewinnen. Sie vermittelten dem Verlag Kontakte zu jungen, begabten Autorinnen und Autoren, die ihre Texte an die Zeitschrift geschickt hatten – wie zum Beispiel Wolfgang Müller. Aber auch Kontakte zu namhaften Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern waren hilfreich bei der Suche nach neuen Talenten. Wollte der Verlag die Chancen eines Manuskriptes im Druckgenehmigungsprozess erhöhen, war es außerdem von Vorteil, prominente Gutachter für Außengutachten zu gewinnen. Das Engagement Kurt Batts zeigt sich sehr gut daran, dass er bestrebt war, möglichst renommierte Gutachter, beispielsweise Gerhard Wolf, für Außengutachten zu bekommen.

Aus verlagspolitischer Sicht galt der regionale Hinstorff Verlag als ein kleiner Verlag. Werke, die bei Hinstorff erschienen, wurden in einer „geringeren“ Auflagenhöhe (durchschnittlich 10.000 Exemplare) herausgegeben und unterschieden sich damit von Werken, die zum Beispiel im Aufbau oder im Mitteldeutschen Verlag veröffentlicht wurden. In solchen kleineren, abseitig gelegenen (peripheren) Verlagen wie dem Hinstorff Verlag fanden problematische

² Vgl. Batt, Kurt: Revolte intern. Betrachtungen zur Literatur in der BRD. Leipzig: Reclam 1974; ders.: Widerspruch und Übereinkunft. Leipzig: Reclam 1978.

³ Vgl. die gleichnamigen Beiträge von Kurt Batt in „Sinn und Form“: Heft 6/1972, S. 1248–1277; Heft 2/1973, S. 397–431.

⁴ Böhme, Wolfgang: Unser Porträt: Konrad Reich, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Leipzig), Nr. 19, 10. Mai 1958, S. 297f.

Autorinnen und Autoren in der DDR des Öfteren ein Zuhause – zum Teil gelenkt vom Ministerium für Kultur, das einzelne Literaten gelegentlich von großen Verlagen wie zum Beispiel dem Aufbau-Verlag in Berlin in kleinere Verlage lancierte und damit aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit zu lotsen versuchte.

3. Der VEB Hinstorff Verlag ab Mitte der 1970er Jahre

Die Zusammenarbeit mit Franz Fühmann, Klaus Schlesinger, Jurek Becker und Fritz Rudolf Fries, die Kurt Batt und Konrad Reich an den Verlag binden konnten, blieb nicht ohne Wirkung. Hinstorff zog bis zum Ende der DDR – auch nach dem Wechsel der Verlagsleitung 1976/77 – noch viele junge Schriftstellerinnen und Schriftsteller an. Die Hinwendung kritischer Autoren zum VEB Hinstorff Verlag zieht sich wie ein roter Faden durch die Verlagsgeschichte.

Aber auch in der SED-Bezirksleitung Rostock blieb das Verlagsprogramm nicht unbeobachtet. In den Jahren 1973 und 1974 war Hinstorff heftiger Kritik seitens der Bezirksleitung ausgesetzt, die die politische Aussagekraft einzelner Werke bemängelte und forderte, die Stelle des Cheflektors mit einem Genossen zu besetzen. Zudem war der Verlag in jenen Jahren „Schwerpunkt operativer Arbeit“ geworden und der Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit ausgesetzt.

Die SED-Bezirksleitung kritisierte neben dem Verlagsprogramm 1973/1974 auch die Lizenzpolitik des Verlages und die dadurch hervorgerufene erhöhte Aufmerksamkeit der westlichen Medien im Vorfeld der Veröffentlichungen „Die neuen Leiden des jungen W.“ von Ulrich Plehnzendorf und „Irreführung der Behörden“ von Jurek Becker. Die Abteilung Kultur der SED-Bezirksleitung Rostock begutachtete in den folgenden Jahren die Themenpläne des Verlages, Exposés und Manuskripte bereits in der Frühphase und forderte Berichte von den Lektoren über den Stand der Arbeit am einzelnen Text. Des Weiteren setzte die Bezirksleitung mithilfe der Grundorganisation ihren Schwerpunkt ab der zweiten Hälfte des Jahres 1974 und verstärkt nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 auf die „politische Qualifikation“ der Lektorinnen und Lektoren im Verlag, durch die sie sich einen Einfluss auf die Zusammenarbeit mit den Autorinnen und Autoren erhoffte.

Hinstorff galt als ein Verlag, in dem sich „politisch schwankende“ und „negative“ Schriftstellerinnen und Schriftsteller zu versammeln schienen. Dadurch geriet der Verlag zunehmend in das Visier der Staatssicherheit. Durch den Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter war der Informationsfluss aus dem Verlag zum Ministerium für Staatssicherheit in den 1970er Jahren stets gesichert. Sie berichteten über Autorinnen und Autoren, über die Situation im Verlag, über Lesungen und Messebesuche und gaben Einschätzungen zu Manuskripten. Im Laufe der Jahre verstärkten sich Anzahl und Einsätze der IM in und um den Verlag. Insbesondere nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns im Jahr 1976 erhöhten sich die Kontrolle und Einflussnahme auf den Verlag, da viele Hinstorff-Autoren die Protestresolution unterschrieben hatten. Aber nicht nur Autoren, sondern auch das Lektorat des Hinstorff Verlages stand in den folgenden Jahren bis zum Ende der DDR im Fokus des MfS.

Kurzbiographie

Kerstin Schmidt, 1978 in Jena geboren, studierte Germanistik, Journalistik und Psychologie an der Universität Leipzig. Schwerpunkte während des Studiums: Literaturgeschichte und Buchzensur in der SBZ/DDR. Mehrere Praktika in Verlagen sowie im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig. Magisterarbeit über die literarische Gestaltung der Identitätssuche von Jugendlichen in der DDR-Prosa der 1970er Jahre. Seit 2011 Studentin an der Research Academy Leipzig.

Gliederung (überarbeitet)

1. Einleitung

- 1.1 Einführung
- 1.2 Stand der Forschung
- 1.3 Quellenlage
- 1.4 Fragestellung und Aufbau der Arbeit
- 1.5 Methodisches Vorgehen
- 1.6 Begriffsdefinition: Kritische Autoren in der DDR

2. Kulturpolitik und literarische Institutionen 1960–1989/90

2.1 Kulturpolitik der DDR 1960 bis 1976

2.2 Sozialistischer Realismus: Distanzierung vom starren Dogma in den 1970er Jahren

2.3 Institutionen des Literatursystems der DDR

- 2.3.1 Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel und das Druckgenehmigungsverfahren
- 2.3.2 Das Ministerium für Staatssicherheit
- 2.3.3 Deutscher Schriftstellerverband: Bezirksverband Rostock
- 2.3.4 Die Verlagslandschaft der DDR
 - 2.3.4.1 Belletristische Verlage
 - 2.3.4.2 Die Sonderrolle des VEB Hinstorff Verlags

2.4 Zusammenfassung

3. Zur Vorgeschichte des Verlages 1831 bis 1959

3.1 Zur Vorgeschichte: Der Hinstorff Verlag 1831–1959

- 3.1.1 Die Entwicklung zu einem belletristischen Verlag unter D. C. Hinstorff 1831–1907
- 3.1.2 Der Verlag unter Peter E. Erichson 1907–1959

3.2 Der Übergang des Privatunternehmens in Volkseigentum 1959

- 3.2.1 Zum kulturpolitischen Klima in Rostock zu Beginn der 1960er Jahre
- 3.2.2 Umwandlung in Volkseigentum
- 3.2.3 Zur Aufgabenstellung des Hinstorff Verlages
 - 3.2.3.1 Themenbereiche des Verlagsprogramms
 - 3.2.3.2 Ausrichtung auf DDR-Gegenwartsliteratur

3.3 Zusammenfassung

4. Strukturen des Hinstorff Verlages 1959-1975/77

4.1. Der Verlag unter Konrad Reich und Dr. Kurt Batt

4.2. Das Lektorat für DDR-Gegenwartsliteratur

- 4.2.1 Grundzüge der Lektoratsarbeit
- 4.2.2 Das Lektorat für DDR-Gegenwartsliteratur im Hinstorff Verlag
 - 4.2.2.1 Zum Literaturverständnis des Cheflektors Dr. Kurt Batt
 - 4.2.2.2 Die Qualifizierung der Lektoren
- 4.2.3 Gutachterpraxis

4.3 Die Förderung des literarischen Nachwuchses

- 4.3.1 Zur Rolle literarischer Institutionen bei der Nachwuchssuche
- 4.3.2 Förderungsverträge und Literaturentwicklungsfonds
- 4.3.3 Autorentagungen
- 4.3.4 Das Außenlektorat des Verlages

4.4 Zusammenfassung

5. DDR-Gegenwartsliteratur im Hinstorff Verlag 1959–1975/77

5.1 Anfangsjahre: Hinstorff und der Bitterfelder Weg

5.1.1 Franz Fühmann: „Kabelkran und Blauer Peter“

5.1.2 Erich Köhler: „Als der Schwan rief“

5.2 Profilierung des Themengebietes DDR-Gegenwartsliteratur

5.2.1 Klaus Schlesinger: „Michael“

5.2.2 Hinstorff und die Autoren Fritz Rudolf Fries, Rolf Schneider, Jurek Becker

5.2.3 Ulrich Plenzdorf: „Die neuen Leiden des jungen W.“

5.2.4 Die Lizenzpolitik des Verlages

5.3 Unveröffentlichte Manuskripte kritischer Autoren

5.3.1 Hans Joachim Schädlich: „Erzählungen“

5.3.2 Thomas Brasch: „Erzählungen“

5.4 Im Fokus des Ministeriums für Staatssicherheit u. der SED-Bezirksleitung Rostock

5.4.1 Hinstorff wird „Schwerpunkt operativer Arbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit

5.4.2 Kritik an der Verlagsproduktion: Hinstorff und die SED-Bezirksleitung

5.5 Zusammenfassung

6. DDR-Gegenwartsliteratur im Hinstorff Verlag 1976–1990

6.1 Veränderungen und Perspektiven im Verlag ab 1976

6.1.1 Personelle Veränderungen im Verlag

6.1.2 Gegenwartsliteratur in der Kritik: Die Autorenkonferenz 1976

6.2 Das Lektorat für DDR-Gegenwartsliteratur

6.2.1 Kontrolle und Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit

6.2.2 Das Lektorat und die SED-Bezirksleitung Rostock

6.3 Die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Folgen

6.3.1 Klaus Schlesinger: „Berliner Traum“; „Leben im Winter“

6.3.2 Martin Stade: „Balantschuk ist wieder da“

6.4 DDR-Gegenwartsliteratur zum Ende der 1970er/Anfang 1980er Jahre

6.4.1 Franz Fühmann und das 150. Verlagsjubiläum 1981

6.4.2 Jurek Becker: „Nach der ersten Zukunft“

6.4.3 Wolfgang Hegewald: „Unterhalb eines vorläufigen Hügels“

6.4.4 Winfried Völlger: „Windhahn-Syndrom“ u. „Partitur eines verlorenen Sieges“

6.5 DDR-Gegenwartsliteratur zum Ende der 1980er Jahre

6.5.1 Gert Neumann: „Die Schuld der Worte“

6.5.2 Joachim Walther: Risse im Eis“

6.6 Zusammenfassung

7. Schlussbetrachtung und Ausblick

8. Literatur und Quellenverzeichnis

Anhang

Die Konstruktion sozialistischer Rollenbilder durch Verkörpern und Darstellen im DEFA-Film

Von Doris Schöps

Zu den Darstellungsmitteln des Films, mit denen Figuren charakterisiert werden, gehören neben Sprache, Gestik und Mimik auch Körperhaltungen. Mehr noch als im Alltag neigen wir dazu, Körperhaltungen von Filmfiguren als bedeutungstragend zu interpretieren: Legt beispielsweise jemand im Film den Kopf auf die Hände, so gehen wir beim Fehlen anderer Hinweise davon aus, dass die Figur traurig ist, während wir im Alltag wohl vorsichtiger wären. Dies liegt daran, dass viele Körperhaltungen einen Zeichencharakter haben und wir annehmen, dass Schauspieler sie gezielt zum Ausdruck etwa von Emotionen verwenden. Auch durch Drehbuch und Regie können sie zur Darstellung etwa von Charaktermerkmalen eingesetzt werden. Wir sind daher beim Betrachten eines Films (ebenso wie bei Bildern) disponiert, Körperhaltungen als Hinweise auf Zustände oder Eigenschaften von Personen zu interpretieren.

Ausgehend von dieser Grundannahme untersucht die Dissertation nun *Körperhaltungen der Filmfiguren im DEFA-Film*. Sie stellt dabei die Frage, ob diese der stereotypen Charakterisierung bestimmter wiederkehrender Rollen dienen. Ziel ist es, Bezüge zwischen Körperbildern (in Form von filmischen Posen) und dem Menschenbild sowie bestimmten gesellschaftlich-politischen Stereotypen aufzudecken, die im offiziell gelenkten DDR-Filmschaffen an vielen Stellen nachweisbar sind.

In der Arbeit wird geprüft, inwieweit das ‚sozialistische Menschenbild‘ im Bereich der Körpersprache mit Schablonen von „Freund- und Feindbildern“ (Satjukow und Gries 2004) inszeniert wird. Es wird angenommen, dass die Darstellung filmischer Stereotype auch die Körperhaltung von Filmfiguren beeinflussen: Beispielsweise weisen erste Ergebnisse darauf hin, dass „sozialistische Helden“ häufiger Körperhaltungen einnehmen, die als ‚kämpferisch‘, ‚charakterstark‘ oder auch ‚reflektiert‘ semantisiert sind. Ebenso gibt es Hinweise darauf, dass bei „Feinden“ des Sozialismus (etwa ausländischen Spionen oder Kapitalisten) negativ konnotierte Körperhaltungen wie „breitbeinig sitzen“ oder „Beine auf den Tisch legen“ häufiger auftreten. Gelingt der Nachweis solcher Charakterisierungen, können diese gegebenenfalls unter Bezug auf kulturpolitische Inszenierungsstrategien gedeutet werden.

Das Forschungsvorhaben versteht sich als Beitrag zur bildwissenschaftlichen und medienhistorischen Stereotypforschung. Es baut auf den Erkenntnissen der Film- und Medienwissenschaft, der Geschichtswissenschaft sowie der semiotischen Erforschung von Körperverhalten auf.

DEFA-Film als kulturhistorische Quelle

Der Spielfilm spiegelt die zeitgeschichtliche Realität auf andere Weise als die Literatur oder journalistische Medien. Aufgrund seines massenwirksamen Charakters wird er zum Spiegel von Fremd- und Selbstbildern sowie kollektiven Träumen und steht in autoritären Systemen stets besonders im Fokus staatlicher Kontrolle. Spielfilme verhandeln immer das *symbolische Repertoire* einer Kultur und können daher als kulturhistorische Quelle dienen. Der staatliche Filmbetrieb der DDR, die Deutsche Film AG (DEFA), kann mit ihrer Produktion von über 700 Spielfilmen als eine offiziell sanktionierte ‚Traumfabrik‘ der DDR gelten, mittels derer die „Partei die Köpfe der Menschen“ (Finke 2002: 22) zu erreichen gedachte, um „die Hegemonie in der symbolischen Ordnung“ (ebd.) zu gewinnen. Der DEFA-Film erlaubt daher einen interessanten Einblick in die staatlich gesteuerten Vorstellungen über bestimmte Menschengruppen. Diese stehen in engem Bezug zum politischen Selbstverständnis der DDR, bestimmten Legitimationsfiguren der Parteiherrschaft und dem propagierten Menschenbild des „Arbeiter- und Bauernstaats“.

Der Film in der DDR hatte bezüglich der Umsetzung staatlichen Leitvorstellungen eine tragende Funktion unter den Künsten. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass etwa Buch, Presse und Fernsehen ebenso Teil des Medienmonopols bildeten, auf das die SED-Diktatur direkten Zugriff hatte (Finke 2002). Die besondere Aufmerksamkeit für den Film zeigt sich je-

doch in der starken Lenkung des Filmwesens, die in Form von „zahllosen Gutachten, Einschätzungen, Protokollen und Abnahmeverfahren“ (Glaß 1999:2) Auflagen und Eingriffe vorsah (von Änderungen des Drehbuchs über den Schnitt bereits abgedrehter Filmszenen bis hin zu Aufführungsverboten).

Die Sonderrolle des Film ist weiterhin in seiner kommunikativen Struktur und der besonderen Wirkungskraft seiner multimodalen Ästhetik verhaftet, in der Bild und Ton, Körper und Sprache zusammen fließen: „Selbstbild und Sinnstruktur bestimmten maßgeblich die Erzeugnisse des visuellen Repräsentationsmediums Film; ein Medium, das für die Massenkommunikation und die Generierung von Sinn von signifikanter Bedeutung ist“ (Finke 2002: 21). Für unsere Fragestellung ist dabei von Belang, dass Manipulationen etwa auf der Ebene körperlicher Charakterisierung schwer erkennbar sind: Selbst wer mit kritischer Distanz die Moral einer Filmhandlung zurückweist, dem wird häufig nicht auffallen, wenn auf der Ebene der Verkörperung bereits Stereotype und Urteile vermittelt werden. Bislang ist das manipulative Potential nonverbaler Charakterisierung von Filmfiguren filmhistorisch weit weniger beachtet worden als Botschaften auf der Ebene der verbalen Charakterisierung der Figuren, oder der Handlung.

Rollen und Körperdarstellungen

Die Dissertation orientiert sich für ihren Rollen-Begriff an der filmwissenschaftlichen Definition von Taylor und Tröhler (1999: 148), die die Rolle als ein „kulturbedingtes Muster“ auffasst, dass „über den einzelnen Film und das Kino hinausweist“ und in der sich „ein Bündel von attributiven Eigenschaften sowie ein Handlungsprogramm“ manifestieren. Allgemein sind „*textuelle* bzw. *künstliche* Rollen“ (z.B. Diener, König) von Rollen, die „wirklichkeitsnäher und von sozialer Natur“ (ebd.) sind, zu unterscheiden, wie z.B. die Rolle des Arbeiters/der Arbeiterin.

Nonverbale Rollentyp-Inszenierungen bewegen sich allgemein im Spannungsfeld zwischen anthropologischer Konstante und kulturellem Konstrukt. Historische Wechsel zeigen sich in der unterschiedlichen Inszenierung von Moden, Körperstilen und Verhaltensritualen der außerfilmischen Gesellschaft. Man muss also insgesamt von einer Mediengeschichte der Rollendarstellungen ausgehen. So wird im antifaschistischen DEFA-Film der 1950er Jahre der Arbeiter als „heroischer Held“ verkörpert. Normative Leitvorstellungen sind im kulturellen und politischen Klima begründet; wandelt sich dieses Klima und das dazugehörige Leitbild, kommt es zu veränderten Darstellungen von Rollenbildern, etwa wenn der Typus des ‚aufrechten, zukunftsstrebenden sozialistischen Heroen‘ bereits Anfang der 1960er Jahre durch komplexere Charakterisierungen verdrängt wird: Das Ideal des sozialistischen Menschen wird tendenziell zum nachdenklichen Helden verschoben, was sich auch in veränderter Körpersprache zeigt. Der Wandel von Leitvorstellungen in der Menschendarstellung kann dabei auch als Reaktion auf die politischen Verhältnisse gedeutet werden; etwa den Bau der Berliner Mauer und dem Glauben mancher Regisseure und Schauspieler, in der nunmehr abgeschotteten DDR die kämpferische Vereinfachung zugunsten stärker reflexiver Helden aufgeben zu dürfen.

Das Filmkorpus

Methodisch greift die Dissertation sowohl auf quantitative als auch qualitative Methoden der Korpusanalyse zurück:

(a) die Erhebung eines Filmkorpus von 40 Filme im Zeitraum 1946 bis 1989, das nach übergreifenden Kategorien (*Haltungstypen, Zeitabschnitte, Themenkreise* und *Rollen*) strukturiert ist, und

(b) die Interpretation der signifikanten Ergebnisse der Korpusanalyse im zeithistorischen und ideengeschichtlichen Zusammenhang.

Die Zusammenstellung des Korpus orientiert sich im Längsschnitt an einer Einteilung der DEFA-Filmgeschichte in vier begründete Phasen; im Querschnitt an einer Aufteilung nach Themenkreisen wie „sozialistischer Aufbau“ oder „Kriminelles & Spionage“.

Quantitative Korpusanalyse und qualitative Interpretation der Ergebnisse

Das entwickelte Untersuchungsrastrer wird auf das DEFA-Filmmaterial angewendet: Stichproben bilden je zwei Filme aus 5 Themenkreisen über vier Zeitabschnitte. Insgesamt ergibt sich daraus die Analyse von 40 Filmen. Für einzelne Filme wie für das Gesamtkorpus wird die Häufigkeit der dargestellten Handlungsfiguren im Verhältnis zur Auftretensdauer der jeweiligen Rolle errechnet. Die Ergebnisse lassen sich für einzelne Themenkreise oder Zeitabschnitte bestimmen oder für das Korpus insgesamt. Diejenigen Haltungen, die für verschiedene Rollen signifikant unterschiedlich auftreten, bilden die Basis für eine qualitative Bewertung der Ergebnisse, bei der mögliche kulturpolitische Ursachen und medienhistorische Bezugsquellen der spezifischen Charakterisierung herausgearbeitet werden.

Die quantitative Analyseverfahren orientiert sich im Ganzen an einer Auffassung von „Kommunikationshistoriografie, die sich sozialwissenschaftlichen Methoden öffnet“ und die einen eher „systematischen Zugriff auf Geschichte“ erlaubt (Löblich 2008:433). Vom Standpunkt des aktuellen Forschungszusammenhangs aus wird ein Erkenntnisinteresse verfolgt, dass „außerhalb des historischen Einzelfalls“ liegt (ebd.).

Dabei bleibt die hier gewählte Methode in ihrem historisch-vergleichenden Anliegen transparent. Sie verfolgt kein vermeintlich ‚objektives‘ Herangehen wie die Sozialforschung, sondern erkennt den Zugriff auf die Vergangenheit als notwendig deutenden Vorgang vom Standort des interpretierenden Geschichtsschreibers an. Die Verortung zeigt sich bereits an der vorgenommenen Sichtung und Strukturierung des audiovisuellen Text-Korpus nach bestimmten, aus dem Material begründeten Untersuchungskategorien, die auf ein bestimmtes Erkenntnisinteresse hin zielen. Die quantitativen Ergebnisse werden erst durch eine qualitative Interpretation verständlich.

Kategorien für die Korpusanalyse: Zeitabschnitte – Themenkreise – Rollen

Die filmgeschichtlichen Entwicklungen in der DDR sind eingebettet in größere innen- und außenpolitische Zäsuren (vgl. etwa Behrens u.a. 2009). Tragendes Gerüst der zeitlichen Einteilung des Korpus sind dabei die Entwicklungen in der DEFA-Filmkunst selbst, die als das Wirken von drei Generationen an DEFA-Regisseuren aufgefasst werden kann (vgl. Gersch 2004). Insbesondere die „zweite Generation“ (etwa Frank Beyer, Konrad Wolf oder Frank Vogel) konnte über einen längeren Zeitraum (Ende der 1950er bis Ende der 1970er Jahre) ihr Filmwerk entfalten. Die innenpolitischen Tendenzen – nicht selten Reaktionen auf außenpolitische Veränderungen – weisen den Weg hin zu den filmgeschichtlichen Entwicklungen. So fehlen beispielsweise nach dem künstlerischen ‚Kahlschlag‘ des 11. Plenums des ZK der SED von 1965 den nachfolgenden Filmproduktionen zunächst alle kritischen Impulse. Das Anfang der 1960er begonnene inhaltliche und formalästhetische Experiment des kritischen Realismus wird Ende der 1960er Jahre wieder stark zurückgenommen, um Anfang der siebziger Jahre von engagierten Regisseuren (vor allem Heiner Carow, Hermann Zschoche, Siegfried Kühn und Rainer Simon) wiederbelebt zu werden.

Die Filmregisseure aller Generationen waren dem Druck der einmal unterschwellig, dann wieder offen repressiven Filmpolitik ausgesetzt, die schon 1947 mit der DEFA-Kommission gegeben ist, die als Kontrollinstrument der SED fungierte (Vorlage der Produktionsplanung eines Jahres sowie Rohschnitt- und Endfassung aller Filme). Das führte nicht selten zu ‚freiwilligen‘ Selbstbeschränkungen, die in den Rückgriff auf von oben verordnete Filmsujets und Filminhalte mündeten. Damit einher geht oft auch die Konzentration auf stereotyp angelegte, wiederkehrende Rollenkonstellationen.

Die Genres und Subgenres, die das DEFA-Filmkorpus aufweist, werden als „Themenkreise“ eingeführt. Neben ‚klassischen‘ Filmgenres wie Melodram oder Kriminalfilm griff die DDR-Kinematografie zum Beispiel über die Jahre das Genre des Arbeiterfilms auf und entwickelte den antifaschistischen Arbeiterfilm als dessen Subgenre.

Die in der Filmwissenschaft und Literaturwissenschaft gängigen Definitionen von Genres und Subgenres bestimmen die Zusammenstellung der fünf DEFA-Themenkreise. Darüber hinaus sind die Aussagen der Filmschaffenden selbst und die Bezugnahme auf ideologische Konzepte (z.B. „Klassenkampf“) innerhalb des sozialistischen Realismus-Konzeptes (und seiner Kritik) einzubeziehen.

Die Themenkreise bilden keine allgemeingültige Einteilung des DEFA-Spielfilmbestands. Sie dienen in erster Linie als heuristisches Werkzeug, um das Filmmaterial kategorial zu glied-

dern. Rollenbilder, die es zu untersuchen gilt, sind nun mal vor allem thematisch charakterisiert und ausformuliert.

Neben den Zeitabschnitten und den Themenkreisen sind die *Rollen* die dritte Kategorie, die für die Auswertung des Filmkorpus benötigt wird. Diese Kategorie ist nicht zeitlich oder thematisch gebunden. Die Zuordnung der handelnden Figuren zu Rollen (beispielsweise „(sozialistischer) Held“, „Gegner/Feind“, „Neutrale/r“) erfolgt mit der Absicht, den Einsatz von Körperhaltungen zur Charakterisierung von Figurenkonstellationen untersuchen zu können. Die Konzeption der „Rollen“ bringt die jeweilige Figurenkonstellation auf eine übergeordnete kategoriale Ebene, so dass diese über den Einzelfilm hinaus vergleichbar werden. Zugleich sind die Kategorienausprägungen der „Rolle“ offen für die Zuordnung von figürlichen Verkörperungen, die sich ja aus dem konkreten Filmmaterial selbst ergeben.

Kurzbiographie

Doris Schöps studierte Kunstpädagogik, Germanistik und Italienisch in Dresden, Rom und Berlin. 2008 Abschluss mit einer Staatsexamensarbeit über „Syntagmatische Sinnbeziehungen in Sprache und Gestik“. 2009 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Innovationszentrum Wissensforschung (Institut für Philosophie, Technische Universität Berlin). Seit 2010 Promotion bei Prof. Roland Posner am Institut für Sprache und Kommunikation der TU Berlin. Publikationen unter anderem zur „Semantik und Pragmatik von Körperhaltungen im Spielfilm“ (*Image 16*, 2012).

Gliederungsentwurf

I. Einleitung

- I.1. Fragestellungen und Ziele im Überblick
- I.2. Aufbau der Arbeit
 - I.2.1 Methodik der Theorieteile
 - I.2.2 Methodik des filmanalytisch-praktischen Teils
- I.3. Körperhaltungs-Forschung im Überblick
 - I.3.1 Körperhaltung – Medium
 - I.3.2 Körperhaltungszeichen – Empfänger
 - I.3.3 Körperhaltungszeichen – Sender
 - I.3.4 Botschaften von Körperhaltungen
 - I.3.5 Körperhaltungen als nonverbale Kontext-Faktoren
 - I.3.6, Natürlicher und kultureller Kode
 - I.3.7 Zusammenfassung
- I.4 Anatomische Grundlagen
- I.5 Semiotische Heuristik der Haltungstypen

II. Der menschliche Körper als Zeichen im Film

- II.1. Film als kulturelle Quelle
 - II.1.1 Ikonizität in filmischen, bildlichen und gestischen Darstellungen
 - II.1.2 Film als Medium – Medien im Film (Multimedialität)
 - II.1.3 Film als Kommunikation
 - II.1.4 Kode-Integration im Film (Multimodalität)
 - II.1.5 Narrative und politische Filmtheorien
- II.2. Figurendarstellung
 - II.2.1. Schauspiel
 - II.2.2 Rolle und Figur
 - II.2.3 Stereotyp und Prototyp
 - II.2.4 Verkörperung
- II.3. Figurendarstellung im filmischen Kode am Beispiel von Filmposen

III. Rollenkennzeichnung über Haltungsfiguren im DDR-Spielfilm

- III.1. Korpusanalyse
- III.2. Das Korpus im Überblick
- III.3. DEFA-Filmauswahl im Längsschnitt
 - III.3.1 Die Deutsche Film AG (DEFA) – Kino in der DDR
 - III.3.2 Filmschaffen und SED-Kulturpolitik
 - III.3.3 Einblick in die Zensurprotokolle am Beispiel von *Berlin – Ecke Schönhauser* u.a. Filme
 - III.3.4 Das von ‚oben‘ verordnete Paradigma des sozialistischen Realismus
 - III.3.5 Das Paradigma des kritischen Realismus als Generationen-übergreifendes Angebot der Filmschaffenden von ‚unten‘
 - III.3.6 Kino als politischer Protest: Ein Blick auf osteuropäische Filmemacher
- III.4 Die Zeitabschnitte des Korpus
 - III.4.1 Tendenzen im DEFA-Film von 1946 bis 1956
 - III.4.2 Tendenzen im DEFA-Film von 1957 bis 1965
 - III.4.3 Tendenzen im DEFA-Film von 1966 bis 1978

III.4.4 Tendenzen im DEFA-Film von 1979 bis 1989

III.5 DEFA-Filmauswahl im Querschnitt

III.5.1 Filmgenre, Subgenre, Themenkreise des DEFA-Korpus

III.5.2 Arbeit im Kollektiv & Sozialistischer Aufbau

III.5.3 Emanzipation & Generationskonflikte

III.5.4 Kriminalität & Spionage

III.5.5 Klassenkampf & Antifaschismus

III.5.6 Komik & Satire

III.6 Die Rollenbilder des Korpus

III.6.1 Sozialistische Rollen als stabile Bezugsgrößen des DDR-Spielfilms

III.6.2 Festlegung der fünf Rollen-Kategorien

III.7 Die Haltungsfiguren des Korpus

III.7.1 Katalogisierung

III.7.2 Semantisches Clustering

IV. Auswertung des Korpus

IV.1 Stereotype Haltungen als Symptome von sozialistischen Rollen im quantitativen Vergleich

IV.1.1 Gesamtdarstellung der Erhebung

IV.1.2 Themenkreis-bezogene Diskussion der Ergebnisse

IV.1.3 Zeitabschnitt-bezogene Diskussion der Ergebnisse

IV.2 Sozialistische Rollen und Haltungsfiguren im qualitativen Vergleich

IV.2.1 Sozialistische Rollendarstellungen und Inszenierungsstrategien

IV.2.2 Transkulturelle, transmediale und intermediale Vorlagen der sozialistischen Filmposen

IV.2.3 Haltungskodes im sozialistischen Film als Teil einer Mediengeschichte der Körperdarstellungen

IV.3 Der Entwurf eines ‚Menschen neuen sozialistischen Typs‘ im Medium des (un-)bewegten Körpers im DDR-Film?

V. Zusammenfassung

V.1 Ergebnisse der Teile I-IV im Überblick

V.2 Körperhaltungen im Film als Teil der Stereotypforschung

V.3 Forschungsdesiderate

Literaturverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Anhang

1. Die Filme des Korpus in alphabetischer Reihenfolge
2. Excel-Auswertungstabellen des Korpus

Das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm (1945-1963) Schleuse und Wehr im Prozess von Vertreibung und DDR-Flucht

von Arne Hoffrichter

I. Forschungsgegenstand

Und wenn man's bildhaft so ausdrückt, daß ein Strom von Flüchtlingen sich täglich über die Zonengrenze ins Land Niedersachsen ergießt, dann bleibt man im Bilde, wenn man sagt: das Auffanglager in Uelzen ist das Wehr. Die sperrigen Stäbe dieses Wehrs sind aus Verordnungen zusammengefügt, und viele bleiben darin hängen. Wer keine nahen Verwandten in Westdeutschland hat, die für ihn sorgen können und wollen, wird nicht durchgelassen; auch nicht derjenige, der nicht beweisen kann, daß es Verfolgung aus politischen Gründen war, die ihn über die Grenze jagte. Wer den Verordnungen entspricht, wird „registriert“ und darf einwandern nach Westdeutschland; die anderen, die „Nichtregistrierten“, werden aufgefordert, zurückzukehren, woher sie gekommen sind.

Die Zeit, 3. November 1949⁵

Mit ebenso metaphorischen wie treffenden Worten beschreibt der spätere *Zeit*-Chefredakteur Josef Müller-Marein unter seinem Pseudonym *Jan Molitor* das Flüchtlingsdurchgangslager Uelzen-Bohldamm und benennt damit einhergehend schon die für dessen Funktionsweise wesentlichen Aspekte. Zwar hatte das Lager vom Herbst 1945 bis zum Frühling 1947 noch die Registrierung, Versorgung und Weiterleitung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten bzw. Ostmitteleuropa durchzuführen. Doch in der überwiegenden Zeit seines Bestehens von Mai 1947 bis zur Schließung im März 1963 war die Institution zuständig für die Zuwanderer und Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später der DDR. Bis zum Sommer 1949 fungierte das *Bohldammlager* – so die umgangssprachliche Bezeichnung – als niedersächsisches Durchgangslager, dann als zentrales Notaufnahmelager der britischen Zone, bis es schließlich 1950 zu einem von zwei Bundesnotaufnahmelagern für SBZ-Zuwanderer avancierte. Vor Ort wurde anhand verschiedener Verwaltungsrichtlinien und Gesetze darüber entschieden, wer als in der SBZ politisch Verfolgter oder im Rahmen der Familienzusammenführung Aufnahme in den Westzonen finden konnte und wessen Fluchtgründe als rein wirtschaftlich motiviert erachtet und nicht akzeptiert wurden. Im Falle der Ablehnung wurde hingegen aufgrund eines Erlasses der britischen Militärregierung niemand in die SBZ zurückgeschickt. Anspruch auf staatliche Hilfsleistungen, wie Wohnraum- und Arbeitsvermittlung, hatten die Zuwanderer aber nur im Falle der Aufnahme. Vor allem in Uelzen sorgte dies für Probleme, da sich dort die Abgelehnten stauten und so die kommunale Fürsorge strapazierten.

2. Fragestellung

Bereits aus diesem kurzen Abriss der historischen Eckdaten ist deutlich geworden, dass das Lager Uelzen-Bohldamm zunächst ein Provisorium zur Vertriebenenlenkung war und in der Folge als eine administrative Schnittstelle zwischen den politischen Blöcken des Kalten Krieges fungierte. In Uelzen schlugen sich die Konsequenzen der politischen und – davon beeinflusst – der ökonomischen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland ebenso nieder wie die konkreten Verwaltungsmaßnahmen beider Seiten. Bis zur endgültigen, hermetischen Abriegelung der innerdeutschen Grenze im Zuge des Mauerbaus 1961 bedingten einerseits die Sogkräfte des freiheitlichen Westens die zahlenmäßige Intensität der SBZ/DDR-Flucht. Andererseits wirkten die Maßnahmen der sowjetischen Besatzer und des von diesen protegierten SBZ/DDR-Regimes als Schubkräfte des Flüchtlingsstroms. Das zentrale Ziel der

⁵ Jan Molitor: Die nicht zum Kreis derer gehören... Menschen zwischen Baum und Borke. Wartezeit im Niemandsland, in: Die Zeit v. 3. November 1949.

Studie ist es mithin, die Auswirkungen der politischen Maßnahmen in Ost und West auf die Institution Uelzen-Bohdamm zu analysieren und damit einhergehend den Umgang mit den Flüchtlingen vor Ort zu untersuchen.

3. Methodik

Da das Bohldammlager eine westdeutsche Verwaltungseinrichtung war, liegt der Fokus des Dissertationsprojektes in erster Linie auf dem Wirken der westlichen Akteure. So bestimmten neben der britischen Militärverwaltung vornehmlich die niedersächsischen sowie die bundesdeutschen Politiker und Verwaltungen die Rolle des Lagers im deutsch-deutschen Migrationsprozess. Gleichsam darf hinsichtlich der SBZ-Flucht aber auch die Entwicklung jenseits der Grenze nicht unbeachtet bleiben. Schließlich wirkte sich die ostdeutsche Grenzpolitik ebenso auf den Fluchtstrom aus, wie die allgemeinen politischen Maßnahmen des sozialistischen Regimes die Fluchtbereitschaft in den Westen immer wieder beeinflussten. Ferner hatte auch die Staatsicherheit Interesse daran, Informationen aus dem Lager und über das Lager zu erlangen.

Die Betrachtung des Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelagers Uelzen-Bohdamm unter primär administrativen Aspekten muss deshalb dahingehend erweitert werden, die deutsch-deutsche Migrationsbewegung auch in ihren Ursachen zu erfassen. Dies ermöglicht der Ansatz der sozialhistorischen Migrationsforschung.⁶ Die stark interdisziplinär ausgerichtete Methode nimmt den gesamten Migrationsprozess in den Blick und bettet das Wanderungsgeschehen sowie das Wanderungsverhalten einer großen Menschenmasse in den historischen Gesamtkontext ein. Dies erlaubt es auch, ausgehend vom Forschungsgegenstand Uelzen-Bohdamm immer wieder die Maßnahmen der ostdeutschen Stellen mit einzubeziehen. Gleichermaßen kann so die zentrale Rolle des Lagers Uelzen für die Flucht aus SBZ und DDR nochmals verdeutlicht werden.

4. Zuschnitt der Studie

Die Vorgehensweise soll im Folgenden anhand von drei abgrenzbaren Phasen der Lagergeschichte präzisiert werden, die gleichsam die strukturelle Einteilung der Studie in drei große Abschnitte vorgeben. Hierfür werden jeweils die wichtigsten Aspekte und deren historische Relevanz teils unter kursorischen Rückgriffen auf den Forschungsstand kurz umrissen.

Als Folge der nationalsozialistischen Volkstumspolitik und des Besatzungsregimes in Osteuropa waren in den letzten Kriegsmonaten und der Nachkriegszeit rund 12,5 Millionen Deutsche aus Ostmitteleuropa als Flüchtlinge oder Vertriebene gezwungen, den Weg nach Westen anzutreten. Im Zuge derartiger Bevölkerungsverschiebungen und Fluchtbewegungen – zumal über Grenzen und Demarkationslinien hinweg – waren Flüchtlingslager als provisorische Unterbringungsmöglichkeiten unverzichtbar, sei es für einen kurzen Aufenthalt zur Registrierung und Weiterleitung oder als längerfristige Wohnstatt. Durchgangslager stellten so gewissermaßen als Schleusen sicher, dass die Menschen dorthin geleitet wurden, wo Wohnraum akquirierbar und eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln möglich war. Das Lager Uelzen war keine Umwidmung einer bereits bestehenden Einrichtung ähnlicher Art, sondern eine Reaktion der britischen Militärregierung auf die beständig in ihre Zone einströmenden Menschen und die in Kürze umzusetzenden Potsdamer Umsiedlungsbeschlüsse.

Der erste Abschnitt der Studie umfasst daher auch den Zeitraum von der Errichtung des Lagers im September 1945 bis zum Sommer 1947, als die großen organisierten Transporte nach Uelzen allmählich ausliefen. Hierbei kann anhand des Lagers ausgelotet werden, in wie weit die britische Militärverwaltung in der Lage war ihre Konzepte der Flüchtlingslenkung umzusetzen und ebenso, wie groß die Handlungsmöglichkeiten der deutschen Stellen innerhalb dieser Konzepte waren. Die eigentliche Funktionsweise des Bohldammlagers als Vertriebenenschleuse einschließlich der Arbeit von Lagerpersonal und Wohlfahrtsorganisationen zeigt sich besonders gut im Verlauf der der *Operation Swallow*, der größten Umsiedlungsak-

⁶ Vgl. etwa Klaus J. Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung, in: Michael Bommers/Jochen Oltmer (Hg.), Klaus J. Bade – Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 13-26.

tion aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Zweifelsohne bestimmte der Zustand der Menschen auch das Maß an Versorgung und Betreuung, das diesen nach der Ankunft in den Lagern zu Teil werden musste. Daher sind nicht nur die Hintergründe der Vertreibung von Bedeutung, sondern auch der eigentliche Ablauf der Transporte, wie er kürzlich auf breiter Quellenbasis von Ray M. Douglas⁷ beleuchtet wurde.

Im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts stehen die Wahrnehmung, Behandlung und Befragung der SBZ-Zuwanderer in Uelzen und die Aushandlung der westdeutschen Aufnahmebedingungen in den Jahren 1947 bis 1952; darüber hinaus das ab 1949 institutionalisierte Notaufnahmeverfahren und die Befragungen durch weitere Dienststellen – etwa den Nachrichtendiensten und Ostbüros der Parteien. Das Land Niedersachsen sah sich latent überfordert in Bezug auf die Unterbringungssituation und begann ab Mai 1947 unter den Neuankömmlingen zu differenzieren zwischen Vertriebenen, politisch verfolgten Flüchtlingen aus der SBZ, der sogenannten Familienzusammenführung und schließlich solchen SBZ-Zuwanderern, die aus anderweitigen, etwa wirtschaftlichen Motiven den Weg gen Westen antraten. In Uelzen mussten von nun an die politischen und rechtlichen Vorgaben zur Regelung der SBZ/DDR-Flucht umgesetzt werden. Die unterschiedlichen Haltungen in dieser Frage hatten teilweise zu erheblichen Spannungen zwischen den einzelnen Akteuren geführt. Waren schon die Prämissen der britischen Militärregierung und der niedersächsischen Landesregierung in dieser Frage sehr unterschiedlich, galt dies ebenso für die Vorstellungen der anderen westdeutschen Länder und später der Bundesregierung.

Helge Heidemeyer⁸ hat die Versuche der westdeutschen Politiker nachgezeichnet, das Problem der SBZ-Flucht rechtlichen Regelungen zu unterwerfen. Die Schwierigkeit bestand einerseits darin, die tatsächlich politisch Verfolgten nicht abzuweisen, andererseits aufgrund der ohnehin schon bestehenden Belastung mit Vertriebenen der wirtschaftlich motivierten Zuwanderung aus der SBZ nicht vollkommen Tür und Tor zu öffnen. Gestützt wird diese Sichtweise von Volker Ackermann⁹, der konstatiert, dass die westliche Gesellschaft vor allem den heroischen Einzelkämpfer aufnehmen wollte, der die SBZ aufgrund seiner politischen Ansichten verlassen musste. In Abgrenzung dazu wurden die wirtschaftlich oder anderweitig motivierten Zuwanderer auch im offiziellen Jargon zumeist als *illegale Grenzgänger* bezeichnet. Nicht selten gingen die Zuschreibungen aber auch damit einher, die Flüchtlinge mit den Attributen *asozial*, *arbeitsscheu* oder *kriminell* zu versehen.

Das Lager Uelzen erfüllte als kontrollierter Durchlass noch immer seine Schleusenfunktion, doch war der Schleuse seit 1947 – um die Metapher erneut aufzunehmen – ein *Wehr* vorge setzt. Die westdeutschen Länder und später die Bundesrepublik hatten die Freizügigkeit an Bedingungen geknüpft. Erst die militärische Sicherung der Demarkationslinie durch die DDR im Mai 1952 erschwerte die Flucht über die *grüne Grenze* in bedeutender Weise auch von Osten. Diese ostdeutsche Maßnahme hatte, wie Damian van Melis¹⁰ und Michael Kubina¹¹ argumentieren, wohl nicht in erster Linie zum Ziel, die abwandernden Menschen aufzuhalten. Dessen ungeachtet bildete die Grenzsperrung für das Lager Uelzen eine Zäsur und leitete die letzte Phase in dessen Existenz ein.

Einigen wenigen Menschen gelang es zwar noch immer, die *grüne Grenze* zu überqueren, doch konzentrierte sich der Flüchtlingsstrom alsbald auf Berlin, das als vermeintlich letztes *Schlupfloch* regelrecht überlaufen wurde. Teile der Berlin-Flüchtlinge wurden nach der Notaufnahme nach Uelzen abgeflogen und dort untergebracht. Mitunter fanden die Überprüfungen aber auch erst in Uelzen statt, da die Aufnahmepraxis mit der wachsenden wirtschaftli-

⁷ Ray M. Douglas, *Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2012.

⁸ Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf 1994.

⁹ Volker Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling – Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961*, Osnabrück 1995.

¹⁰ Damian van Melis, *„Republikflucht“ – Flucht und Vertreibung aus der SBZ/DDR 1945-1961*, München 2006.

¹¹ Michael Kubina, *Ulbrichts obskures Objekt der Begierde. Korrekturen zum Geschichtsbild von Ulbrichts angeblichen Mauerplänen vom Anfang der 50er Jahre*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 29 (2011), S. 26-81.

chen Prosperität und der sich entspannenden Wohnsituation in der Bundesrepublik ohnehin zunehmend großzügiger gehandhabt wurde. Der letzte Abschnitt der Arbeit soll entsprechend erhellen, wie die west- und ostdeutschen Akteure mit der neuen Situation der abgeriegelten Grenze umgingen, ebenso aber auch, wie dicht der *Eiserne Vorhang* zu dieser Zeit wirklich schon war. Damit einher geht die Frage, wie das Lager selbst in Ostdeutschland wahrgenommen wurde. Auch wenn die Flucht von den ostdeutschen Stellen wohl erst nach 1952 als bedeutendes Problem gesehen wurde, hatte doch die Staatssicherheit ein Interesse an Informationen aus und über das Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm. Gleichzeitig bot diese westdeutsche Einrichtung auch die Chance zu geheimdienstlichen Aktivitäten, etwa mit der Platzierung von Informanten im Lager sowie zur Agentenschleusung nach Westdeutschland.

5. Zusammenfassung

Das Flüchtlingsdurchgangslager war Zeit seines Bestehens ein Indikator der deutsch-deutschen Migrationsbewegung und ein Instrument zur Durchsetzung staatlicher Ordnungskonzepte. Dies gilt gleichermaßen für die Vertriebenen- und die Kontrollflucht wie die Kontrolle der SBZ/DDR-Flucht. Die Unterschiede in der Umsetzung der Maßnahmen treten jedoch sehr augenfällig zu Tage: Ungeachtet aller Integrationsschwierigkeiten der Vertriebenen wurde dieser Gruppe doch eine weitaus höhere Akzeptanz entgegen gebracht, als den Zuwandern aus der SBZ/DDR. Ohne Übertreibung kann konstatiert werden, dass die deutsch-deutsche Grenze zunächst von Westen her undurchlässiger gestaltet wurde. Dies zeigen die Erlasse, Verordnungen und Gesetze der Jahre 1947 bis 1951 mehr als deutlich. Darüber hinaus wurden die Ansinnen der westdeutschen Politiker, die Aufnahme- und Rückkehrpolitik noch zu verschärfen, von der britischen Militärregierung abgelehnt. Eine Rückführung kam für die Briten nicht in Frage. So wurde in Uelzen zwar in letzter Konsequenz nicht darüber entschieden, wer in Westdeutschland bleiben durfte, sehr wohl aber darüber, wer ohne Umwege in die westdeutsche Gesellschaft aufgenommen wurde.

Kurzbiographie

Arne Hoffrichter, geb. 1982 in Gronau/Leine, beendete das Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Göttingen 2008 mit einer Arbeit zum historischen Wahlverhalten im Kaiserreich. 2010 legte er das erste juristische Staatsexamen ab. Während und nach seinem Studium arbeitete er in der Abteilung für Deutsche Rechtsgeschichte. Seine Dissertation wird betreut von Prof. Dr. Peter Aufgebauer am Institut für Historische Landesforschung Göttingen.

Gliederung

I. Einleitung

1. Fragestellung
2. Forschungsstand – Quellenlage
3. Methodisches Vorgehen
4. Struktur der Arbeit

II. Uelzen-Bohdamm im Prozess der Vertreibungen: 1945-1947

1. Ausgangsbedingungen – Flucht und Vertreibung 1944/45
2. Errichtung und Aufgaben des Durchgangslagers Uelzen-Bohdamm
3. Registrierung, Versorgung und Weiterleitung – Das Durchgangslager Uelzen als Knotenpunkt im Prozess der Vertriebenen Transporte
4. Britische Militärregierung und deutsche Verwaltung – Theorie und Realität des *indirect rule*-Prinzips am Beispiel des *Bohdammlagers*

III. Das Lager Uelzen-Bohdamm und die SBZ-Flucht bis 1952

1. Grundparameter – Die Fluchtbewegung aus der SBZ/DDR vor dem Mauerbau und das Lager Uelzen-Bohdamm
2. Das Bild im Westen: *Echte* Flüchtlinge und *Illegale Grenzgänger* aus der SBZ, Uelzen als ein Ort *Asozialer* und *krimineller* Elemente?
3. Lösungsansätze föderaler Konflikte im Vorfeld der Notaufnahmegesetzgebung: *Segeberger Beschlüsse*, *Braunschweiger Richtlinien* und *Uelzener Empfehlungen*
4. Nach dem Notaufnahmegesetz: Der Ablauf des Notaufnahmeverfahrens und die Behandlung der Flüchtlinge im Lager
5. Befragungen und Fluchtmotive: Uelzen als *Schleuse* und *Wehr* zwischen den politischen und ökonomischen Sog- und Schubkräften in Ost und West

IV. Die Notaufnahme von DDR-Flüchtlingen im Lager Uelzen-Bohdamm ab 1952

1. Die Abriegelung der Grenze 1952 und ihre Folgen für den Flüchtlingsstrom über Uelzen: Die *Republikflucht* als Indikator der Entwicklung in Ost und West
2. Uelzen, Gießen, Berlin-Marienfelde: Das System der Notaufnahmelager
3. Die Nebenlager für junge Flüchtlinge in Westertimke und Sandbostel
4. Agentenschleusung, Ablaufstörung und Ursachenforschung: Das *Bohdammlager* im Fokus der Staatssicherheit
5. Die Schließung nach dem Mauerbau. Uelzen-Bohdamm: Ein vergessener Erinnerungsort?

V. Zusammenfassung

Die DDR im Spiegel musealer Präsentationen

Von Christian Gaubert

Die DDR wurde zum Museumsobjekt, bevor sie überhaupt aufgehört hatte zu existieren. Bereits am Rande der Großdemonstration vom 4. November 1989 wurden Transparente zu Ausstellungszwecken gesammelt. Die ersten Ausstellungen zum Wirken des Staatsicherheitsapparats öffneten im Sommer 1990 ihre Tore. Auch viele der infolge der Währungsreform massenhaft weggeworfenen Objekte des DDR-Alltags wurden parallel zur damaligen Entsorgungswelle zum Gegenstand vormusealer Sammlungs- und Bewahrungsbestrebungen.

Gewissermaßen in Fortführung dieser Parallelität kam es im Verlauf der 90er Jahre vor allem auf kommunaler Ebene vielfach zu einem bizarren Nebeneinander von Abbau und Aufbau. Während diverse Stadt- und Heimatmuseen ihre Abteilungen zur DDR-Geschichte kurzerhand ersatzlos entsorgten, kam es andernorts zu privaten Museumsgründungen. Die meisten dieser im öffentlichen Sprachgebrauch gemeinhin als ‚Ostalgie- und DDR-Museen‘ bezeichneten Häuser gingen direkt oder indirekt aus privaten Sammlungsaktivitäten hervor. Oft gleicht die nicht selten überbordende Präsentation dieser Häuser auch heute noch eher der eines offenen Depots als einer erkennbar thematisch gegliederten Ausstellung. Je nach Zählung existieren heute 15 bis 20 derartiger Privatmuseen.

Bisher wurde nur den wenigsten dieser Häuser wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil. Lange Zeit versuchte man, sie als vorübergehende Erscheinung und Überbleibsel der ‚Ostalgie-Welle‘ der 1990er Jahre zu interpretieren. Erst ihr anhaltender Besucherzuspruch und das vermehrte Aufkeimen immer neuer, teils deutlich unterhaltungsorientierter Ausstellungskonzepte gaben Anlass, den Ursachen dieses Erfolgs nachzuspüren.

Als ein entscheidender Faktor wird immer wieder die Unterrepräsentation der DDR-Vergangenheit in den meisten kommunalen Stadt- und Heimatmuseen Ostdeutschlands hervorgehoben. Nur selten wird hingegen Bezug genommen auf die langjährige Vernachlässigung des DDR-Alltags in der Gedenkstättenpolitik des Bundes und der Länder. Dies muss umso mehr überraschen, als die von Martin Sabrow geleitete Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bereits im Jahr 2006 Defizite im Umgang mit diesem Themenfeld anmahnte und auf ungenutzten Potenziale in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des alltäglichen Lebens in der Diktatur verwies.¹²

Auch deshalb bietet es sich an, neben regionalen Konkurrenzangeboten gezielt auch nationalstaatliche Museumsinstitutionen, wie z.B. das Deutsche Historische Museum oder das Zeitgeschichtliche Forum in die geplante Untersuchung mit einzubeziehen. Diesem Vorhaben liegt auch die zu prüfende Hypothese zugrunde, wonach es sich bei vielen privaten DDR-Museen um einen eigenständigen Museumstyp handelt: Sie verfolgen meist weder regionalgeschichtliche Ansätze noch sind sie Sachwalter der materiellen Kultur der DDR; sie sind vielmehr „kleine private Nationalmuseen“¹³ eines untergegangenen Staates. Darüber sollte auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, dass die wenigsten von ihnen überhaupt nur den Ansatz eines geschlossenen Geschichtsbilds für ihre Besucher bereithalten. Es ist vielmehr vor allem der oft nur mit einem negativen Vorzeichen versehene stete indirekte Rekurs auf die Gegenwart, den viele dieser Häuser mit Nationalmuseen klassischen Typs gemein haben. Dennoch ginge es sicherlich zu weit, jeder Gründung eines privaten Ausstellungs- oder Museumsprojekts zum Thema der DDR zwangsläufig eine Oppositionshaltung zum öffentlich dominierenden Diskurs um die DDR zu unterstellen.

¹² Vgl. Martin Sabrow (Hg.), *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Bonn 2007, S. 31f.

¹³ Diskussionsbeitrag von Andreas Ludwig auf der Tagung „Die Musealisierung der DDR“, Leipzig, 21.-23. Juni 2010; Katrin Hammerstein; Jan Scheunemann (Hg.), *Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte im Museum*, Berlin 2012, S. 127.

Deshalb ist es Anliegen des als Querschnittvergleich konzipierten Forschungsvorhabens, ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunktsetzungen vorzustellen und einer eingehend kritischen Museumsanalyse zu unterziehen.

Kurzbiographie

Christian Gaubert, 1979 in Berlin geboren, studierte Geschichte und Germanistik an der Technischen Universität Berlin. Bereits seine 2010 vorgelegte Staatsexamensarbeit trug den Titel „Die DDR im Spiegel musealer Präsentationen“. Seit 2011 führt er diese Arbeit nunmehr als Dissertationsvorhaben unter Anleitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz fort. Einen ersten Aufsatz zum Thema veröffentlichte er 2011 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

Vorläufige Gliederung:

I. Einleitung

II. Forschungsstand und Quellenlage

III. Methodik und Analysekonzept

1. Zur Analyse von Ausstellungen
2. Ausstellungen als historische Quellen
3. Die Semiotik als Bezugsdisziplin der Ausstellungsanalyse

IV. Untersuchungsteil

1. Die DDR im Raum privater „DDR-Museen“ zur Entwicklung einer privaten Museums- und Erinnerungslandschaft

- 1.1 Private Sammlungsmuseen (Detailstudie I: DDR-Museum Pirna)
- 1.2 Vereine und Initiativen (Detailstudie II: Haus der Geschichte Wittenberg - Detailstudie III: DDR Geschichtsmuseum Perleberg)
- 1.3 Kommerzielle Ausstellungsbetriebe (Detailstudie IV: DDR-Museum Berlin)
- 1.4 Zwischenbilanz
 - 1.3.1 Abweichende Konzepte - gemeinsame Darstellungsmuster
 - 1.3.2 Dominante Themenfelder und „weiße Flecken“
 - 1.3.3 Die DDR als Gegenfolie zur Gegenwart
 - 1.3.4 Ostalgie war gestern - Der zeitbedingte Verlust einstiger Affirmationspotenziale
 - 1.3.5 Perspektiven - Stagnation und Anzeichen wachsender Professionalisierung

2. Die DDR in Museen und Gedenkstätte des Bundes

- 2.1 Gedenkstätten und Orte der Repression
- 2.2 Grenzmuseen und Orte der Erinnerung an die deutsche Teilung
- 2.3 Nationale Geschichtsmuseen
 - 2.3.1 Die DDR als Teil einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte? (Detailstudie V: Dauerausstellung DHM)
 - 2.3.2 Alltag im Kontext der Diktatur (Detailstudie VI: Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig)

- 2.3.3 Alltag und materielle Kultur (Detailstudie VII: Dauerausstellung des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt)
- 2.4 Zwischenbilanz
 - 2.4.1 Alltag im Kontext der Diktatur – Chancen und Grenzen einer konsequenten Kontextualisierung
 - 2.4.2 Alltag aus oppositioneller Perspektive – Gefahren einer Marginalisierung der Mehrheit
- 3. Die DDR im Raum *stadtgeschichtlicher Museen und lokaler Heimatmuseen***
 - 4.1 Zum Umgang mit dem musealen Erbe der DDR nach 1990 - Zwischen Abbau, Abstinenz und der späten Wiederentdeckung der Zeitgeschichte
 - 4.1.1 Stadtmuseum Naumburg (Detailstudie IX)
 - 4.1.2 Heimatmuseum Luckenwalde (Detailstudie VIII)
 - 4.2 Zwischenbilanz
 - 4.2.1 Perspektiven – lokal verortete Zeitgeschichte als Konkurrenzmodell zur bunten Landschaft privater „DDR-Museen“?

V. Zusammenfassung

VI. Ausblick

VII. Schluss

VIII. Literaturverzeichnis und Quellen

»Transformationsprozesse und finanzielle Engpässe: Entwicklungen und Herausforderungen der Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990. Eine Analyse am Beispiel ausgewählter Museen in Greifswald, Schwerin und Rostock« (Arbeitstitel)

Von Stefanie Kracht

Museen werden mitunter als Spiegel der Gesellschaft beschrieben, die sich wie diese im ständigen Wandel befinden. Der nun schon 23 Jahre andauernde Transformationsprozess in Ostdeutschland hat auch die dortige Museumslandschaft gravierend verändert. Diesem kulturellen Aspekt des politischen Systemwechsels seit 1989/90 widmet sich das vorgestellte Forschungsvorhaben.

Am Beispiel von drei Museen in Mecklenburg-Vorpommern sollen Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Hindernisse sowie die konkreten Ergebnisse kommunaler und föderaler Kulturpolitik seit 1990 analysiert und bewertet werden. Dazu werden die Entwicklungen des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald, des Staatlichen Museums Schwerin und der Rostocker Kunsthalle untersucht und nach den Faktoren erfolgreicher Museumspraxis gefragt. Denn Erfolg ist mit dem Ende der DDR nicht mehr politisch verordnet, sondern muss angesichts anhaltender Finanznot, Legitimationsdruck und vergleichsweise geringer Aufmerksamkeit, die dem Politikfeld „Kultur“ oft zukommt, erarbeitet werden.

Der Systemwechsel führte in Mecklenburg-Vorpommern zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, zu Massenarbeitslosigkeit, anhaltender Abwanderung, Identitätskrisen und zum Erstarken rechtsextremer Strömungen. Zudem mussten Folgen des Einigungsprozesses in Form von politischem Strukturwandel, Institutionentransfer sowie Eliten- und Personalaustausch bewältigt werden. Diese gravierenden Veränderungen bringen besondere Herausforderungen für die Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung mit sich.

Die drei genannten Museen zeigen sehr unterschiedliche Wege auf, die nach dem Zusammenbruch der DDR, ihrer zentralistischen Kulturpolitik und Bezirksstruktur gegangen wurden: In der Universitätsstadt Greifswald wurde 1996 das Pommersche Landesmuseum neu gegründet und bis 2005 ein moderner Museumskomplex errichtet, der sich der Natur- und Kulturgeschichte Pommerns widmet. Mit der sog. „Stettiner Sammlung“, einer hochwertigen Kunstsammlung bürgerlichen Ursprungs, die zuvor im Besitz des Pommerschen Landesverbandes in Kiel war, zeigt das Museum zudem Kunst von der deutschen Romantik bis zur klassischen Moderne sowie Wechselausstellungen, oft mit regionalem Bezug. Die Stadt Greifswald und die hiesige Universität haben sich als Initiatoren der Museumsgründung angesichts des Risikos einer Neugründung und der dazu erforderlichen Investitionen von Beginn an Partner in Politik und Gesellschaft gesucht. Dieser Kooperationspartnerschaft wurde mit der Errichtung einer Museumsstiftung, einem 1996 in Mecklenburg-Vorpommern unüblichen Trägermodell, eine verlässliche und dauerhafte Struktur gegeben. Der bis heute tätige Gründungsdirektor kann auf konstante Besucherzahlen, ein positives Medienecho sowie einen wachsenden Freundeskreis verweisen. Die Museumsgründung in Greifswald stellt sich bislang als geglückt dar.

In der neuen Landeshauptstadt Schwerin wurde nach 1990 an eine lange Museumstradition angeknüpft. Das Staatliche Museum Schwerin und seine umfangreiche Sammlung großherzoglichen Ursprungs unterstreicht seither den politischen Bedeutungszuwachs der Stadt auch im kulturellen Bereich. Von der Aufwertung zum Regierungssitz profitierte die 1882 eröffnete Staatsgalerie nachhaltig, u.a. finanziell durch umfangreiche Sanierungen und den Aufbau eines Förderkreises. In der DDR galt das Schweriner Museum zwar als Leitmuseum, erlebte weitab von den Kunstzentren Berlin, Leipzig oder Dresden aber einen 40jährigen Dornröschenschlaf. Die heutige Landeseinrichtung hat sich dank ihrer hochwertigen Kunstbestände als angesehenes Museum in Deutschland etabliert. Das Haus erzeugt regelmäßig überregionale Aufmerksamkeit und Ausstellungserfolge, seit 2001 erhält es zudem Bundesmittel im Rahmen des Förderprogramms für Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung in Ostdeutschland.

Die Hansestadt Rostock hatte nach der Wiedervereinigung mit wirtschaftlichem Abschwung und Bedeutungsverlust zu kämpfen. War die Hafenstadt als „Tor zur Welt“ in der DDR noch politisch wie wirtschaftlich bedeutsam, strahlt sie heute nur noch in die Region. Neue Gestal-

tungsspielräume im kulturellen Bereich wurden nach 1990 nicht genutzt und die Chance ver-
tan, Alleinstellungsmerkmale zu profilieren. Von anfänglich sieben Museen befindet sich mitt-
lerweile nur noch eines in städtischer Trägerschaft, der Rest ist geschlossen oder wird von
Vereinen geführt. So auch die Rostocker Kunsthalle, die seit 2009 - dem Jahr ihres
40jährigen Bestehens – von einem privaten Verein geleitet wird. Der einzige Museumsneu-
bau der DDR ist auch heute noch Ausstellungsort für moderne und zeitgenössische Kunst,
trotz Systemwechsel und wiederkehrenden Schließungsszenarien. Allerdings stagnierten die
Besuchszahlen in Folge sinkender Ausstellungsetats, glückloser Personalpolitik und ausblei-
bender Sanierungsmaßnahmen lange Zeit auf niedrigem Niveau. Die Passivität der Stadt hat
weder das Land noch den Bund veranlasst, den kulturellen Umbau in der einzigen Großstadt
im Bundesland mit umfangreichen Fördergeldern zu begleiten.

Die Arbeit fragt nach der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Relevanz, die
den Museen seit 1990 zugesprochen wurde. Welche Rolle spielen sie einerseits für die
Stadtentwicklung und lokale Profilierung, andererseits für die Identitätsfindung im Einigungs-
prozess? Wie erfüllen sie ihre unterschiedlichen Funktionen vom klassischen Sammeln-
Forschen-Präsentieren als Ort der Kunst und Wissenschaft sowie als kulturhistorisches Ge-
dächtnis bis hin zur sozialen Funktion als öffentlicher Raum und Ort kultureller Bildung? Sind
sie Bühne gesellschaftlicher Diskurse? Stoßen sie z.B. über Ausstellungsprojekte, Publikati-
onen oder Forschungsprojekte Debatten an und begleiten so den gesellschaftlichen Wan-
del? Welchen Beitrag können und sollen sie angesichts der Finanznot der öffentlichen Hand
und Problemen wie Bevölkerungsschwund, anhaltender Arbeitslosigkeit und hohen Schulab-
brecherquoten leisten? Wie begründen sie ihre Legitimation in dem agrarisch geprägten
Bundesland, weitab von kulturellen Metropolen? Mit welchem Kunstverständnis agieren die
beteiligten Akteure?

Diese und weitere Fragen sollen mit Hilfe konkreter Indikatoren beantwortet werden: Wie
wurde an den drei Standorten mit bestehenden Häusern und ihren Sammlungen umgegan-
gen? Gab es eine Einbeziehung von DDR- Kunst - soweit vorhanden? Wie haben sich die
Museen entwickelt in puncto Besuchszahlen, Ausstellungs- und Ankaufsstrategien, gesell-
schaftlicher Akzeptanz, Förder- Eigen- und Drittmittelakquise, regionaler und überregionaler
Bedeutung und Medienresonanz? Gab es Kooperationspartnerschaften mit anderen Bil-
dungsträgern und Kultureinrichtungen? Wie stark wurden bestehende Strukturen übernom-
men, aufgelöst und neu geschaffen - auch personell? Welche Rolle spielte das Führungs-
personal, welche die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung? Wie gestaltete sich der
kulturpolitische Debatte in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 diesbezüglich? Wurden Leit-
formeln oder strategische Ziele formuliert? Was waren die Förderschwerpunkte und kulturpo-
litische Grundsatzentscheidungen? Wurden Kulturentwicklungspläne, Museumskonzepte
o.ä. auf Landesebene sowie in den Kommunen erarbeitet, beschlossen und umgesetzt?

Kurzbiographie

Stefanie Kracht, geboren 1981, studierte Germanistik und Politikwissenschaft an der
Rostocker Universität sowie dem IEP de Lyon. Nach erfolgreichem Studienabschluss gelang
ihr 2007 der berufliche Einstieg bei der Hamburger Kulturbehörde, bis 2011 arbeitete sie für
die Hamburgische Kulturstiftung. Seit 2012 promoviert sie zu Aspekten kultureller Umbau-
prozesse am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock bei
Prof. Nikolaus Werz.

Chronologische Gliederung (Vorläufig)

I. Einleitung

- 1.1 Thema
- 1.2 Quellenlage
- 1.3 Forschungsgegenstand und Fragestellung
- 1.4 Vorgehensweise und Methoden

II. Transformationsprozesse und Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

- 2.1 Herausforderungen des jungen Bundesland nach 1989
 - 2.1.1 Politischer Systemwechsel und wirtschaftlicher Umbruch
 - 2.1.2 Errichtung des Kultusministeriums und Kultur in Landes- und Kommunalverfassung
 - 2.1.3 Einigungsvertrag, föderale Kulturhoheit und Sonderprogramme des Bundes
 - 2.1.4 Kultur als „freiwillige“ Pflichtaufgabe der Kommunen
- 2.2 Kulturelles Erbe der DDR
- 2.3 Grundlagen und Instrumente der Kulturpolitik des Landes
 - 2.3.1 Kultur in der Fläche: Kreisgebietsreformen und Landesraumplanung
- 2.4 Kulturelle Landesverbände und Wandel der Museumslandschaft in M-V
 - 2.4.1 Museumsverband mit Landesmuseumskonzept beauftragt

III. Hauptteil: Museumsvergleich

1. 1989 - 1996: Ein neues Bundesland aus zwei Landesteilen (= Aufbauphase)

- 1.1 Greifswald: Lokale Initiative für ein neues Museum
 - 1.1.2 Auflösung des städtischen Museums und Abwicklung der Stiftung Pommern in Kiel
 - 1.1.3 Tatkräftige Unterstützung aus der „Bonner Republik“
- 1.2 Staatliches Museum Schwerin
 - 1.2.1 Alte Residenzstadt: Repräsentative Gebäude und großherzogliche Kunstsammlung
 - 1.2.2 Vom Leitmuseum der DDR zur Landeseinrichtung
 - 1.2.3 Personalpolitik durch das Land: Neue Direktorin mit alter Belegschaft (1993)
 - 1.2.4 Exkurs: Hitzige Debatte um die neue Landeshauptstadt
- 1.3 Rostock: Ende der Bevorzugung und Beginn einer Identitätskrise
 - 1.3.1 Zur „Ostsee-Biennale“ und der Gründung der Kunsthalle in Rostock 1969
 - 1.3.2 Exkurs: Streitfall DDR-Kunst
 - 1.3.3 Eine neue Direktorin trifft alte Sehgewohnheiten (1991)
 - 1.3.4 Gründung des Freundeskreises als Reaktion auf drohende Schließung (1992/1993)
 - 1.3.5 Der Rostocker Museumsbund

1.4 Hintergrund: Kulturpolitik des Landes

2. 1996 – 2000: Der kulturelle Umbau nach dem Ende der Aufbauhilfe (= Institutionalisierungsphase)

- 2.1 Greifswald: Errichtung einer Museumsstiftung 1996
 - 2.1.1 Direktorensuche, Architektenwettbewerb und Umzug der Stettiner Sammlung
 - 2.1.3 Teileröffnung: Gemäldegalerie empfängt Besucher 2000
- 2.2 Schwerin: Eine engagierte Direktorin belebt das Museum neu
 - 2.2.1 Neuer Sammlungsschwerpunkt: Erwerb aus Duchamp-Nachlass (1997)
 - 2.2.2 Die Aufgaben eines Museums: Sammeln – Forschen- Präsentieren

2.2.3 Umfangreiche Sanierung und Aufbau eines Freundeskreises

2.3 Ende einer Ausstellungsreihe: 15. „Ostsee-Biennale“ (1996)

2.3.1 Rostocker Unverständnis bis zum Schluss: Kündigung der Direktorin (1999)

2.4 Hintergrund: Kulturpolitik des Landes

3. 2000 – 2006: Festigung der Strukturen, Verlangsamung des Wandels (= Etablierungsphase)

3.1 Greifswald: Ein moderner Museumskomplex im Stadtzentrum

3.1.1 Aufbau eines Förderkreises und erste Sammlungsergänzung

3.1.2 Feierliche Eröffnung des Pommerschen Landesmuseums (2005)

3.1.3 Viel zu sehen: Besonderheiten und Besuchererfolge

3.2 Schweriner Kontinuität: steigende Eigen- und Drittmittel

3.2.1 Sammlungserweiterung und Restaurierungen

3.2.2 Aufnahme in das Blaubuch der Bundesregierung (2001)

3.2.2 Erfolg wird belohnt: Auszeichnung zum Museum des Jahres 2005

3.3 Versuch eines Neubeginns: Personelle Wechsel in Rostock

3.3.1 Keine Experimente mehr: Eine neue Direktorin aus der Region

3.3.2 Fehlinvestition und Millionendefizit im städtischen Etat

3.3.3 Schließung des Schifffahrtsmuseums, Warten auf den Theaterneubau

3.4 Hintergrund: Kulturpolitik des Landes

4. 2006 – 2011: Zwischen Kontinuität und Erneuerung

4.1 Greifswald: Anhaltender Erfolg und spektakuläre Sammlungserweiterung

4.1.1 Erfolgreiches Fundraising und kulturelle Bildungsarbeit in der Region

4.2 Schwerin: Abschied von langjähriger Direktorin (2009)

4.2.1 Neuer Landesmuseumsdirektor

4.2.2 Nachlassende Unterstützung durch die Landesregierung

4.3 Rostock: Kündigung, die zweite Direktorin geht (2006)

4.3.1 Die Suche nach Lösungen und geteilter Verantwortung

4.3.2 Betreiberwechsel der Kunsthalle zum 40jährigen Bestehen (2009)

4.4 Hintergrund: Kulturpolitik des Landes

5. Schlussbetrachtung : Bilanz des Museumsvergleich und Fazit zur kommunalen Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

5.1 Drei Museumsstandorte im Vergleich

5.1.1 Vor- und Nachteile der verschiedenen Trägermodelle

5.1.2 Zur Bedeutung der Sammlungen, Personals und des dominierenden Kunstverständnis

5.1.3 Probleme und Ursachen permanenter Führungswechsel

5.1.4 Zum Umgang mit den verschiedenen Kunstbeständen im Land

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Anhang

Die internationalen sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika als besonderer Bestandteil ihrer Außenpolitik (1960-1990)

von Daniel Lange

Außenpolitische Rahmenbedingungen

In den 1950er und 1960er Jahren gelang es der Bundesrepublik mit ihrer Hallstein-Doktrin die DDR international zu isolieren. Der ostdeutsche Teilstaat wurde zunächst nur von kommunistischen Diktaturen staatlich anerkannt. Daher intensivierte die DDR insbesondere in den 1960er Jahren ihre außenpolitischen Aktivitäten unterhalb der diplomatischen Ebene, mit dem Ziel, diese Isolation zu durchbrechen. Dieser Zielsetzung war auch die kulturelle Auslandsarbeit untergeordnet, zu der auch die internationalen Sportbeziehungen zählten. 1960 erlangten 18 afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten. Während ihrer strategischen Neuausrichtung gerieten sie in das Blickfeld der politischen Systemauseinandersetzung zwischen den Ost- und Westmächten und waren im Rahmen der innerdeutschen Konkurrenz gefragte Partner von DDR und BRD. Beide übertrugen ihren Konflikt auf den afrikanischen Kontinent und bemühten sich intensiv um die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten, die sich ihrer vorteilhaften Verhandlungsposition durchaus bewusst waren. 1960 formulierte das SED-Politbüro die außenpolitische Leitlinie „Afrika den Afrikanern“. Dies wurde offiziell als Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus deklariert, deren Kontinuitäten die DDR in die Tradition der BRD einordnete. So ist es kein Zufall, dass der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) der DDR im selben Jahr beschloss, seine auswärtigen Kontakte auf afrikanische Länder auszudehnen. In dieser Spannungslage ist der Startschuss für die Sportbeziehungen zwischen der DDR und Afrika zu verorten. Es ist zu untersuchen, welchen Verlauf sie bis 1990 nahmen und mit welchen Zielen sie verbunden waren. Neben dem DTSB waren die Abteilung Sport beim ZK der SED und das Staatssekretariat für Körperkultur und Sport (STKS) für die Sportkontakte nach Afrika verantwortlich. Herauszuarbeiten ist, in welchem Verhältnis diese drei Akteure zueinander standen und wo sie um Finanzen und Einfluss miteinander konkurrierten. Ebenso in der Verantwortung stand die Abteilung für kulturelle Auslandsbeziehungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA).

Gliederung und Intention der ostdeutschen Afrika-Politik

Die Sportbeziehungen der DDR nach Afrika lassen sich in ihre seit 1960 mit Nachdruck entwickelte Afrika-Strategie einordnen. In einer ersten Phase als ständiges Ringen um eine weltweite Anerkennung bis 1972/73. Später bis zum Beginn der 1980er Jahre unter dem Gesichtspunkt der deutsch-deutschen Rivalität (wer ist das „bessere“ Deutschland?) und schließlich bis 1990 unter dem Eindruck dauerhafter wirtschaftlicher Engpässe mit der Intention, sich international als Friedensstaat zu präsentieren. Dabei interessierte sich die DDR ab Ende der 1950er Jahre verstärkt für jene Länder, in denen eine sozialistische oder kommunistische Orientierung erkennbar war, da hier sowohl außenpolitisch als auch wirtschaftlich am ehesten eine positive Resonanz auf die Pläne Ost-Berlins möglich erschien. Bis 1960 war die Anzahl der befreiten Nationalstaaten in Afrika gering, woraus sich Bemühungen mit Hilfe des Sports um Verbindungen nach Ghana, Marokko, Tunesien, Ägypten, dem Sudan und Guinea erklären. Somit war zunächst eine Konzentration von Sportaktivitäten auf Nord- und Westafrika zu verzeichnen. In diese Staaten entsandte die DDR frühzeitig Nationalmannschaften, Vereine und Trainer, vor allem in den Sportarten Leichtathletik, Fußball und Boxen. Erste sportmedizinische Zentren wurden eingerichtet (z.B. Kairo) und kontinentale Afrika-Spiele (1965 Brazzaville/Kongo; 1969 Bamako/Mali) umfangreich unterstützt.

Ursprünge der Sportverbindungen nach Afrika

Erster Anknüpfungspunkt für den DDR-Sport in Afrika war Ägypten. Nach dem militärisch erzwungenen Ende der dortigen Monarchie (1953) war das nordafrikanische Land der erste strategisch bedeutende Staat Afrikas, der politische Kooperationen mit der Sowjetunion nicht scheute. Somit ergaben sich auch für die DDR Möglichkeiten, sich in Ägypten zu engagieren.

Ein gemeinsames Zahlungsabkommen (1953, der erste Vertrag mit einem afrikanischen Land für die DDR überhaupt), die Eröffnung einer Handelsvertretung in Kairo (1955) oder der Besuch von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl (1959) schufen dafür den außenpolitischen Rahmen. Zudem ergriff die DDR die sich bietende Chance, sich im arabisch-israelischen Konflikt gegen die Israel unterstützende BRD zu positionieren. Ein bilateraler Sportverkehr sollte die guten Beziehungen untermauern. Seit 1955 starteten ägyptische Radsportler bei der Friedensfahrt, 1956 gastierte eine Feldhockey-Auswahl der DDR in Ägypten. Ostdeutsche Sportler siegten im Radsport bei der Ägyptenrundfahrt (1957/59/60) und bei den Tennismeisterschaften von Kairo (1960). Ab 1956 war die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) am Ausbau der Sportkontakte beteiligt. Sie kooperierte mit den Instituten für Körpererziehung in Kairo und Alexandria und bildete Ägypter als Sportlehrer aus. Nach der Suez-Krise (1956) und nach dem Sechs-Tage-Krieg (1967) erhielten ägyptische Sportinstitutionen gesonderte Hilfsleistungen aus der DDR. Ägypten erkannte die DDR 1969 an.

Ebenfalls politische Ereignisse lieferten den Steilpass für das Sportengagement der DDR im Einparteiensstaat Guinea. Seit 1958 bestand ein Handelsabkommen zwischen beiden Ländern, seit 1959 eine DDR-Handelsvertretung in der Hauptstadt Conakry. Nur durch die Hallstein-Doktrin konnte die BRD 1960 verhindern, dass Guinea die DDR diplomatisch anerkannte. Vor diesem Hintergrund gewannen die sportlichen Initiativen der DDR an Bedeutung. Im Basketball, Boxen und im Fußball kam es in den 1960er Jahren zu Vergleichswettkämpfen. 1961/62 gastierten Leichtathleten der DDR in Guinea. Zwischen 1960 und 1967 wird die Boxtaffel Guineas mehrmals von einem Nationaltrainer aus der DDR betreut; ein sportmedizinisches Zentrum wird in Guinea eingerichtet. 1966/67 erarbeiteten Choreographen aus Leipzig Sportschauübungen für staatliche Paraden zum 1. Mai in Conakry. 1970 trugen die Bemühungen und Investitionen, die sich nicht nur auf den Sport beschränkten, endlich Früchte: Guinea nahm diplomatische Beziehungen nach Ost-Berlin auf.

Derlei außenpolitische Etappensiege waren nicht selbstverständlich. Mit Argusaugen beobachteten westdeutsche Diplomaten die sportpolitischen Anstrengungen der DDR. Und sie intervenierten, wo immer möglich. Etwa 1964 in Ghana, wo es der bundesdeutschen Botschaft bei einem Gastspiel der ostdeutschen Fußball-Nationalmannschaft in Accra zu verhindern gelang, dass die Fahne der DDR („Spalterflagge“) gehisst und ihre Nationalhymne gespielt wurden. Gegen das finanzstarke westdeutsche Engagement in Ghana kam die DDR nicht an. Die Ablösung des sowjetisch orientierten Präsidenten Nkrumah 1966 brachte die Sportbeziehungen Ghana-DDR zunächst zum Erliegen. Erst nach einem weiteren sozialistisch geprägten Putsch 1972 bat Ghana die DDR wieder um eine sportliche Zusammenarbeit. Erich Honecker genehmigte sie 1973 persönlich.

Verzögerter Zenit der Afrika-Politik

Nach dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag 1972 und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen 1973 erkannte eine Vielzahl von Ländern die DDR diplomatisch an. Die durch die Hallstein-Doktrin verursachte Isolation der DDR war somit beendet. Im Zuge dieser Anerkennungswelle stiegen die Erwartungen an die kulturelle Auslandsarbeit der DDR. Bis 1980 erfolgte ein erneuter sprunghafter Anstieg der auswärtigen Kulturarbeit, der das MfAA an die Grenzen seiner diesbezüglichen Kapazitäten drängte.

Das stand im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afrika, denn das Engagement der DDR war auch eine Reaktion auf das dortige politische Geschehen. Verschiedene regionale Konflikte spitzten sich jetzt dramatisch zu. In Ostafrika tobte die Auseinandersetzung zwischen Somalia und Äthiopien, während nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches Mosambik und Angola im südlichen Afrika in Bürgerkriegen versanken. Ebenfalls im subsaharischen Afrika wurde Simbabwe erst 1980 unabhängig, für Namibia war überhaupt noch nicht absehbar, wann es seine Eigenständigkeit erlangen sollte. Jene Auseinandersetzungen standen in direktem Zusammenhang mit der Regionalmacht Südafrika, das seinen Einfluss in der Region militärisch verteidigte und krampfhaft an seiner Politik der Apartheid festhielt. Der DDR fiel die Profilierung als deutscher Friedensstaat gegen Imperialismus, Kolonialismus und Apartheid angesichts des Krisenherdes Afrika leicht, was den Höhepunkt der

ostdeutschen Afrika-Politik und das dortige erhöhte auswärtige Kulturengagement um 1980/81 erklärt. Die Afrika-Reise Erich Honeckers 1979 unterstrich das.

Dieser in Anbetracht der generellen außenpolitischen Vorgehensweise der DDR verzögerte Zenit ihrer Afrika-Politik und die Schwerpunktverschiebung in das südliche Afrika schlugen sich im Sport nieder. Das Afrika-Engagement des DDR-Sports intensivierte sich noch einmal. Ende der 1970er Jahre setzten Sportkooperationen u.a. mit Algerien, Libyen, Äthiopien, Mosambik oder Angola ein, die bis 1989 erhalten blieben. Bezeichnend ist die 1981 erneuerte Zusammenarbeit zwischen dem DTSB und dem Obersten Afrikanischen Sportrat als Kontinentalverband. Nicht zu vergessen ist, dass es den afrikanischen Partnern durch die internationalen Erfolge des DDR-Sports interessant erschien, davon durch einen Wissenstransfer zu profitieren.

Hauptakteure und Institutionen

Die Sportverbindungen nach Afrika wurden von verschiedenen Stellen gestaltet. Die Abteilung Sport beim ZK der SED sowie die im ZK für Sport zuständigen Sekretäre¹⁴ nahmen die politisch-ideologische Anleitung vor. Im Vordergrund stand der DTSB mit seinen Sportverbänden und seinem Präsidenten Manfred Ewald (Mitglied im ZK der SED). Der DTSB war für den Sportverkehr nach Afrika von Verbänden und Vereinen verantwortlich. Das dem Ministerrat angegliederte Staatssekretariat für Körperkultur und Sport (STKS) mit seinem Vorsitzenden Günter Erbach war ein zweiter Hauptakteur. Dem STKS waren die DHfK sowie der Sportmedizinische Dienst (somit die Gebiete Sportmedizin und –wissenschaft) unterstellt und wie der DTSB organisierte es seine Afrika-Kontakte in einer Abteilung für Internationale Verbindungen.

Schon in den 1960er Jahren wurde deutlich, dass es Differenzen zwischen der staatlichen Einrichtung (STKS) und der gesellschaftlichen Organisation (DTSB) gab. Es war nicht immer ersichtlich, wer die Federführung zu welchem Vorhaben und zu welchem afrikanischen Land übernehmen soll. Das war darin begründet, dass beide Institutionen zur Realisierung von Maßnahmen auf eine inhaltliche Zusammenarbeit angewiesen waren und um Ressourcenmangel auszugleichen. Daraus resultierte häufig die Frage, welche Institution welche Kosten trägt. Diese Unklarheiten entstanden auch, weil je nach Sachgebiet weitere Akteure involviert wurden: das Nationale Olympische Komitee, die Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen, Gesundheit oder Außenhandel oder gesellschaftliche Organisationen. Verärgert stand dem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) gegenüber, da es mit nicht einheitlich koordinierten Aktivitäten konfrontiert wurde. Schließlich war es seine Abteilung für kulturelle Auslandsbeziehungen, die mit den Botschaften die Realisierung der Sportprojekte in Afrika organisatorisch zu gewährleisten hatte.

Abpiff in Afrika für die Diplomatie im Trainingsanzug

Ende der 1970er Jahre wurden die Kompetenzen neu geordnet. Dies geschah zu Gunsten des DTSB, der eine zusätzliche Abteilung für internationale Organisationen erhielt. Die DTSB-Schule im thüringischen Bad Blankenburg wurde zum zentralen Anlaufpunkt internationaler Lehrgänge und vieler afrikanischer Nationalmannschaften. Diese Entwicklungen stärkten die Stellung des DTSB im Sportsystem der DDR. Hintergrund dafür war die Entscheidung, ab 1977 alle Auslandsbeziehungen des Sports aus der kulturellen Auslandsarbeit des MfAA herauszulösen und dem DTSB zu übertragen. Im staatlichen Verantwortungsbereich des STKS verblieben nur langjährige Kooperationen, die den Wissenschaftsbereich berührten (u.a. Tansania, Guinea, Ägypten). Das entlastete das MfAA bei den Anforderungen in der kulturellen Auslandsarbeit zu dieser Zeit. Einer einheitlichen Kulturarbeit der DDR im Ausland war das nicht förderlich, aber nach erreichter weltweiter Anerkennung auch nicht mehr zwanghaft nötig.

Das führte zu einem Problem. Afrikanische Partner wollten ihre Sportprotokolle mit der DDR mit hochrangigen (staatlichen) Stellen abschließen, um sich einer hohen diplomatischen Wertigkeit dieser Abkommen zu versichern. Das war mit dem DTSB als Massenorganisation nicht möglich und für die DDR nicht unbedingt notwendig: nach 1973 war sie nicht mehr auf

¹⁴ Erich Honecker (1967-71), Paul Verner (1958-67; 1971-83) und Egon Krenz (1983 -89).

jede bilaterale Vereinbarung angewiesen. Die diplomatische Zwickmühle der Unterzeichnung umging man mit einem Trick: Abkommen wurden gemeinsam von STKS und DTSB unter der Bezeichnung „Für die Sportleitung der DDR“ unterschrieben. Somit war das STKS als staatlicher Mitunterzeichner integriert, das Interesse afrikanischer Partner berücksichtigt und der Schein einer staatlichen Vereinbarung gewahrt.

Der Sport war wie angedeutet weiter stark in der sich Ende der 1970er Jahre intensivierenden Afrika-Politik mit neuen Länderkooperationen vertreten. Auch ist nicht zu unterschätzen, welchen hohen repräsentativen Stellenwert der DDR-Sport in diesen Ländern genoss. Dennoch stand fest: die Sportkontakte nach Afrika auf staatlichem Niveau waren nach der weltweiten Anerkennung Ost-Berlins ab 1977/78 nicht länger Teil der kulturellen Auslandsarbeit der DDR und gehörten jetzt zu den internationalen Beziehungen auf gesellschaftlicher Ebene (Völkerverständigung statt Diplomatie im Trainingsanzug). Die dennoch auftretende Intensivierung der Sportunterstützung für Afrika unter Regie des DTSB war wie beschrieben den Ereignissen in Afrika selbst geschuldet. Die weiterhin als wichtig erachteten repräsentativen Aufgaben des Leistungssports als Aushängeschild der DDR konzentrierten sich jetzt ausschließlich auf die Arena internationaler Wettkämpfe im Spitzensport (EM, WM, Olympia). Die finanziellen Möglichkeiten des DTSB als Massenorganisation für die Auslandsarbeit waren nicht mit denen des MfAA zu vergleichen. Somit erklärt sich, dass sich ab 1982 die Sportbeziehungen nach Afrika verringerten und an Intensität verloren.

Turnschuhe gegen angolanischen Kaffee

Ende der 1970er Jahre erlebten die Afrika-Kontakte des Sports einen zusätzlichen Bedeutungswandel und wurden immer stärker unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtet. Anfangs als uneigennützig deklariert, rückten nun Kooperationen zum gegenseitigen Vorteil in den Vordergrund. Mehr noch: mit Ausnahme von Äthiopien sollten die Sportbeziehungen in den 1980er Jahren nach Möglichkeit hauptsächlich kommerziellen Charakter tragen, um Devisen zu akquirieren. Dafür nahm der DTSB eine Kategorisierung der afrikanischen Länder nach ihren ökonomischen Potenzialen vor. Das betraf auch westlich oder blockfrei orientierte Staaten Afrikas. Die Produktion von Turnschuhen für Angola wurde in die Verrechnung von Kaffeelieferungen aufgenommen. Die Planung von Sportstätten, die Ausbildung von Sportstudenten, die Durchführung von Trainerkursen, Gehaltsverhandlungen für DDR-Trainer – immer stand der Finanzmangel im Raum. Es ist somit festzustellen, dass ein Sportengagement der DDR in Afrika spätestens ab 1978 auch ökonomisch motiviert war. Das führte zur Unterbrechung der Sportverbindungen mit Tunesien, Algerien und Ägypten, die großzügige Förderungen gewohnt waren. Viele afrikanische Staaten kamen ihren finanziellen Beteiligungen nicht mehr nach oder nahmen kommerzielle Angebote nicht wahr. In der Abteilung Sport beim ZK der SED war man sich seit 1982 darüber im Klaren, dass dem internationalen Sportverkehr der DDR ökonomische Grenzen gesetzt waren. Diese wirkten sich bis 1989 derart aus, dass die Sportkontakte mit einer Vielzahl afrikanischer Staaten auf ein Minimum beschränkt werden mussten oder gänzlich zum Erliegen kamen. Dennoch abgeschlossene Sportvereinbarungen (Kamerun 1986-88; VR Kongo 1990-91; Tansania 1989-90) zeigen, dass bis zum Ende der DDR der Versuch unternommen wurde, über den Sport Devisen in Afrika zu akquirieren.

Kurzbiographie

Daniel Lange, geb. 1980, Studium für Neueste Geschichte und Südasien-Studien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Magisterarbeit über die Beteiligung der DDR 1989/90 am Unabhängigkeitsprozess Namibias. Neben dem Studium tätig im Deutschen Bundestag, dem Bundesministerium des Innern, in der Fußball-Bundesliga, für die adidas AG und als Sportjournalist in Namibia. Zuletzt an der Hochschule für Gesundheit und Sport Assistent von Prof. Dr. Jochen Zinner. Promotion an der Universität Potsdam bei Prof. Dr. Hans Joachim Teichler.

Gliederung:

1. Einleitung

- 1.1. Phasen und Strategien der Afrika-Politik der DDR
- 1.2. Die sportpolitischen Kontakte der DDR nach Afrika als Forschungsdesiderat
- 1.3. „Afrika den Afrikanern“: erste Beschlüsse von Politik und Sport ab 1960
- 1.4. Ziele und Akteure des Afrika-Engagements des DDR-Sports
- 1.5. Theoretischer und methodischer Forschungsansatz
- 1.6. Für das Forschungsprojekt zur Verfügung stehende Quellen und Literatur

I. Das Sportengagement der DDR in Afrika in den 1960er Jahren

2. Die jungen afrikanischen Nationalstaaten als Kooperationspartner

- 2.1. Afrika-politische Struktur und Funktionsweise des Partei- und Staatsapparates der DDR
- 2.2. Politische Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent Anfang der 1960er Jahre
- 2.3. Das Sportengagement der DDR in Ägypten und Guinea
- 2.4. Kooperation mit dem Obersten Afrikanischen Sportrat (CSSA)

II. Intensivierung der Sportverbindungen nach Afrika in den 1970er Jahren

3. Politische Systemauseinandersetzung mit Mitteln des Sports

- 3.1. Deutsch-deutsche Sportkonkurrenz: Flaggen- und Hymnenstreit in Afrika
- 3.2. Gründung des Institutes für Ausländerstudium an der DHfK Leipzig
- 3.3. Verschiebung der regionalen Schwerpunkte in das südliche Afrika
- 3.4. Fokussierung der internationalen Sportbeziehungen auf den DTSSB
- 3.5. Zum Verkauf von Sportprodukten nach Afrika
- 3.6. Aufbau und Wandel der Sportkooperation mit Algerien

4. Direkter Einfluss der SED auf die Sportkontakte nach Afrika

- 4.1. ZK-Sekretäre des Sports: Paul Verner, Erich Honecker und Egon Krenz
- 4.2. Wiederbelebung der Sportkontakte nach Ghana 1973
- 4.3. Gestaltende Funktionäre in den international wirkenden Abteilungen und Sektoren
- 4.4. Der Sportbeschluss des SED-Politbüros zu Angola 1980
- 4.5. Die Botschaften der DDR als ausführende Akteure in Afrika

III: Sport im Zeichen einer veränderten Afrika-Strategie

5. Reduzierung und Ende der Sportbeziehungen nach Afrika

- 5.1. Ein breites Beziehungsgeflecht: die Afrika-Politik der DDR der 80er Jahre
- 5.2. Ökonomische Grenzen der internationalen Arbeit des DDR-Sports
- 5.3. Die Sportverbindungen zwischen der DDR und Mosambik
- 5.4. Letzte Sportaktivitäten in Afrika (1988 – 90)

6. Wissenschaftliches Resümee und perspektivischer Ausblick

7. Anhang

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

In 'Erinnerungsopposition' zum Antifaschismus – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR

von Kerstin Lorenz

Der Umgang mit der NS-Geschichte erfolgte in der DDR nach den Prämissen einer antifaschistischen Geschichtspolitik, die die Erfahrungen des kommunistischen Widerstandskampfes auf die gesamte DDR-Gesellschaft übertrug. Als Legitimations- und Machtmittel der SED ließ der Antifaschismus keine Möglichkeit, die eigentlichen Motive der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu erklären, Juden als Opfer dieser Verfolgung oder gar auch als Widerstandskämpfer wahrzunehmen. Eine inhaltlich umfassende „Bewältigung“ der NS-Geschichte, die Frage einer individuellen wie kollektiven Auseinandersetzung mit Mitschuld und Verantwortung waren in der DDR geschichtspolitisch weder möglich noch gewollt. Zudem trat der Antifaschismus im „Gewand des Antizionismus“¹⁵ durch eine offensiv antiisraelische Propaganda in den DDR-Medien zutage.

In der Evangelischen Kirche hingegen fand eine theologische Auseinandersetzung mit und eine Suche nach den Wurzeln des Antijudaismus und Antisemitismus im Christentum statt und führte zur Abkehr von der judenmissionarischen Tradition. Die Bemühungen einzelner Pfarrer um ein neues Verhältnis zum Judentum ab Mitte der 1970er Jahre mündeten in der Bildung christlich-jüdischer Arbeitsgemeinschaften. Vierzig Jahre nach den Novemberpogromen von 1938 ermöglichten die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften 1978 in Leipzig, Berlin, Magdeburg und später Dresden erstmals eine öffentliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit der deutschen-jüdischen Geschichte und der Schuld an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften unterlief die geschichtspolitische Deutungsmacht der SED, die eine Erweiterung des Geschichtsbildes aus ideologischen wie pragmatischen Gründen nicht gestattete.¹⁶ Aus diesem Grund konstatierte der Politologe Harald Schmid, dass sich das innerhalb der evangelischen Kirche initiierte abweichende Erinnern fortan zu einer „neuen Erinnerungsopposition“ entwickelte.¹⁷ Aus sozialgeschichtlicher und kulturwissenschaftlicher Perspektive stellt das Vorhaben die Akteure, deren Motive und Methoden sowie die politisch-gesellschaftliche Wirkung der nicht-staatlichen Beschäftigung mit jüdischen Themen in der DDR in den Mittelpunkt.

Grundannahmen:

Die Frage nach den Motiven und der Wirkung der „Erinnerungsopposition“ in der DDR nimmt die Grundannahme vorweg, dass sich der Oppositionscharakter der nichtstaatlichen Auseinandersetzung mit jüdischen Themen bereits aus dem Widerspruch zur staatlichen Deutung ergeben habe und suggeriert damit eine Einheit von Absicht und Wirkung. Diese Annahme verstellt ebenso den Blick für das komplexe Gefüge aus religiösen, historischen, gesellschaftspolitischen, und individuellen Einflüssen, unter denen sich in der DDR die nichtstaatliche Auseinandersetzung mit jüdischen Themen zu einem gesellschaftlich wirkenden Angebot ausbildete. Deshalb fokussiert das Dissertationsprojekt nun stärker als ursprünglich beabsichtigt auf die Binnenperspektive, um zu zeigen, ob und in welchem Ausmaß es in der theologischen, kulturellen und historischen Bildungsarbeit der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften zu einer bewussten Auseinandersetzung mit den geschichtspolitischen Deutungsmustern des SED-Staates kam, oder diese zumindest einkalkuliert wurde. Es werden das Selbstverständnis und die Fremdzuschreibungen der Erinnerungsakteure aus den Quellen rekonstruiert und mit Blick auf ihre Inhalte analysiert. Erst auf diese Weise wird es möglich, die Dialoggruppen in der DDR aus der beschränkten Betrachtung des Verhältnisses zwischen „Kirche“ und „Judentum“ auf ihre politisch-gesellschaftliche Wirkung zu untersuchen.

¹⁵ Zit. Neubert, Erhart, 2000: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 317 (fortan: Neubert, Opposition).

¹⁶ Vgl. Schmid, Harald, 2004: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR, Dresden, S. 77f, (fortan: Schmid, „Reichskristallnacht“).

¹⁷ Vgl. ebd., S. 78ff.

Der Untersuchungsgegenstand ist nicht von vornherein den „klassischen“ Oppositionsgruppen der DDR zuzuordnen; das Verhältnis von „Opposition“ und „Kirche“ kann nicht allein auf den Schutzraum reduziert werden, den die Opposition unter dem Dach der Kirche fand. Vielmehr erweitert das Forschungsvorhaben die Perspektive der Geschichtsschreibung zur DDR-Opposition: ein originär innerkirchlich initiiertes Thema entwickelte das systemkritische Potential, an den Grundfesten der Legitimationsbasis der DDR zu rütteln.

Kapitelübersicht

Die inhaltlichen Kapitel (II-V) soll hier kurz umrissen werden:

Im zweiten Kapitel werden zunächst die historischen, ideologischen und politischen Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung mit dem Judentum in der DDR vor dem all-gemeinesgeschichtlichen Kontext erschlossen, unter denen sich die Arbeitsgemeinschaften entwickelten und agierten: der DDR-Antifaschismus als Geburtshelfer, Machtinstrument und historisch selektiv gedeutete „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Kommunisten sowie die von dieser Geschichtsideologie geprägte Erinnerungskultur, insbesondere im Umgang mit dem Judentum. Darüber hinaus soll in Kapitel II die Entstehung von Begegnungsräumen mit dem Judentum unter dem Dach der Evangelischen Kirche der DDR beleuchtet werden.

Das dritte Kapitel wird sich direkt mit der Entstehung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsräume für die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen beschäftigen. Unter den an der kirchlichen Basis organisierten Beauftragten für christlich-jüdische Angelegenheiten waren es zu Anfang nur Einzelne die sich um ein neues Verhältnis zu den Jüdischen Gemeinschaften und zum Judentum bemühten. Ihre Beharrlichkeit führte immerhin zur Absage an die Judenmission. Unter dem Eindruck innen- und außenpolitischer Ereignisse bekannte sich die Evangelische Kirche in der DDR Mitte der 1970er Jahre zu einer Aufarbeitung ihrer Verantwortung an der NS-Judenverfolgung, was innerhalb der Kirchenbasis zu einem steigenden Interesse an der Thematik Christen und Juden bzw. Deutsche und Juden führte. Unter diesem Eindruck etablierten sich in einigen Städten christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften.

Die Herausbildung der „Erinnerungsopposition“ steht im vierten Kapitel im Mittelpunkt. Durch die Beteiligung der evangelischen Kirchen der DDR am 40. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 konnte sich in inhaltlich wie quantitativ kaum übersehbarer Präsenz eine neue Form des Gedenkens formen, die von der offiziellen staatlichen Erinnerung abwich. Das Gedenken hatte einen Wendepunkt erreicht: Die Initiativen der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften führten das Gedenken in die Öffentlichkeit und leiteten dadurch einen Perspektivwandel ein, der die Juden in den Mittelpunkt des Gedenkens rückte, der im offiziellen antifaschistischen Geschichtsbild den kommunistischen Widerstandskämpfern eingeräumt wurde. In der Untersuchung sollen die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in Berlin, Leipzig und Dresden besondere Betrachtung erfahren. Diese fassten nicht nur das Erinnern in neue Strukturen, sondern schufen auch institutionell einen Rahmen, in dem in der DDR eine Beschäftigung mit dem Judentum, insbesondere im Hinblick auf die NS-Vergangenheit stattfinden konnte. Um nicht in der Deskription zu verharren, muss das Forschungsvorhaben auch die Diskrepanz zwischen dem zumeist nicht oppositionellen Selbstverständnis der Dialoggruppen und ihrer äußeren Zuschreibung als ‚Erinnerungsopposition‘ analysiert werden. Hierbei gilt es, die Konfliktlinien zum Staat und dessen Einflussnahme auf die alternativen Erinnerungsgruppen zu untersuchen. Damit erweitert das Dissertationsvorhaben die Betrachtung des Kirche-Juden-Verhältnisses in der DDR um die Untersuchung der politisch-gesellschaftlichen Wirkung dieses Verhältnisses in der DDR.

Das fünfte Kapitel wird die Verbindungen und Einflüsse auf die Oppositionsgruppen in der DDR und umgekehrt beleuchten. Bereits bevor die jährlichen Friedensdekaden stattfanden, war das Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 fester Bestandteil im Kalender der Opposition. Dies setzt sich im Programm der Friedensdekaden fort – Anlass genug das Ministerium für Staatssicherheit, die Gedenkveranstaltungen der einzelnen Gemeinden auf die Beteiligung potentiell „feindlich-provokativen Kräften“ zu überprüfen. Nicht zuletzt entstanden im Kontext der kirchlichen Gedenkinitiativen immer wieder spontane Aktionen öffentlich artikulierten Erinnerns oder, in Analogie zur NS-Verfolgungsgeschichte, öffentliche Kritik am politischen System. Zu guter Letzt fanden sich im Herbst der Friedlichen Revolution 1989 Demonstranten, aufgerufen vom Neuen Forum, am 9. November zu Tausenden zum Gedenken

in Leipzig zusammen und demonstrieren damit wiedererlangte zivilgesellschaftliche Stärke, auch im Umgang mit der deutschen Geschichte.

Erste Befunde:

Die Wahrnehmung der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften durch den SED-Staat gleicht einem Abbild seiner Politik gegenüber den Jüdischen Gemeinden in der DDR bzw. gegenüber jüdischen Organisationen weltweit: Das Interesse des Staates erwachte 1985 aus Interesse an den Beziehungen der Arbeitsgemeinschaften ins westliche Ausland, vor allem in die USA und nach Israel. So schlagartig, wie es aufkeimte, verfiel es wieder, nachdem sich die Hoffnungen der SED auf wirtschaftliche und außenpolitische Vorteile durch eine günstige „Judenpolitik“ und die „Gedenkkampagne“ anlässlich des 50. Jahrestages der „Kristallnacht“ 1988 nicht erfüllten.

Auf die Entwicklung der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften selbst hatte das politische Taktieren der SED keinen Einfluss. Sie hatten sich bereits lange vor dem politischen Wandel in der SED-„Judenpolitik“ als (alternative) Institution für Informationen über jüdische Themen sowie als ‚Erinnerungsopposition‘ etabliert, die über einen festen und kontinuierlich wachsenden Kreis Zuhörer und Mitglieder verfügte. Auch nach dem großen Gedenkjahr 1988 setzten sie ihre Arbeit fort und blieben ihren Themen treu. Dazu ist auch zu konstatieren, dass sie keinen Einfluss auf die Kernthemen der Opposition und Bürgerbewegung im Jahr 1989 nahmen oder deren Inhalte in ihr Repertoire aufnahmen. Die Gründe dafür gilt es, zu untersuchen.

Kurzbiographie

Kerstin Lorenz, 1981 geboren, studierte Politikwissenschaft und Neuere/Neueste Geschichte an der TU Dresden und schloss ihr Studium mit der Magisterarbeit zum „Gedenkstättenstreit in Sachsen“ ab. Zur Promotion 2009 an die Universität Potsdam gewechselt, begleitet sie die Thematik Erinnerungskultur neben dem Dissertationsthema auch in ihrem Engagement für die Gedenkstätte Lindenstraße, Potsdam.

Aktueller Entwurf der Gliederung:

I Einleitung

- I.1 Einführung in das Thema
- I.2 Ziel und Erkenntnisinteresse
- I.3 Inhaltliche und zeitliche Eingrenzung
- I.4 Literatur- und Quellenlage
- I.5 Methodik

II Allgemeinesgeschichtliche Überlegungen

- II.1 Geschichtspolitische Rahmenbedingungen
 - II.1.1 Antifaschismus – Gründungsmythos und Staatsdoktrin
 - II.1.2 Entwicklungslinien der Erinnerungskultur in der DDR 1949-1990
- II.2 Judentum und jüdische Themen in der DDR – Spiegelbild antifaschistischer Geschichtspolitik
- II.3 Begegnungsräume mit dem Judentum in der DDR – Kirche und Religionsgruppen
- II.4 Zwischenfazit

III Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsräume für die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen

- III.1 Zusammenfassung des historischen Kontextes bis Ende der 1970er Jahre
- III.2 Die Beziehung von Juden und Christen in der DDR
 - III.2.1 Von der Judenmission zum christlich-jüdischen Dialog
 - III.2.2 christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR

IV Herausbildung zur "Erinnerungsopposition" – zivilgesellschaftliche Erinnerung im Zentrum und an der Peripherie

- IV.1 Das Jahr 1978 als Wendepunkt – Aufbruch in die Öffentlichkeit
- IV.2 Die Etablierung des christlich-jüdischen Dialogs
 - IV.2.1 Akteure, Strukturen, Arbeitsweisen und Handlungsfelder
 - IV.2.2 'Erinnerungsopposition' als Selbstwahrnehmung und Außenwahrnehmung – im Einklang oder im Widerspruch?
 - IV.2.3 Politisch wirksam – Protest gegen Antizionismus und Politik gegenüber Juden im SED-Staat
- IV.3 Im Visier? Reaktion staatlicher Stellen und Observation

V Von der "Erinnerungsopposition" zur Erinnerung in der Opposition

- V.1 Gedenken als Thema der Opposition
 - V.1.1 Ins Programm aufgenommen – „Begegnung mit dem Judentum“ auf Kirchentagen und während der Friedensdekaden
 - V.1.2 Provokation – die spontanen „Kerzendemos“ und anderer Protest gegen den SED-Antifaschismus
- V.2 Das staatliche Gedenkprogramm 1988 – kopiert bei der "Erinnerungsopposition"?
- V.3 Das Jahr 1989 – die Auseinandersetzung mit dem Judentum wird zur gesellschaftlichen Normalität

VI Fazit

Erinnerung an den Kommunismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld von kroatischer Geschichtspolitik und EU-Aufarbeitungsnorm

von Mihaela Petkovic

Die ehemals sozialistischen Staaten in Europa sind seit 1990 mit den Herausforderungen der Systemtransformation konfrontiert: Der Übergang von Diktatur zur Demokratie erweist sich dabei als ein konfliktbeladener gesellschaftlicher Prozess, der von heftigen Debatten um die Vergangenheit begleitet wird.

Die Dissertation untersucht diese Kontroversen am Beispiel von Kroatien, das nach dem Zusammenbruch des jugoslawischen Kommunismus mit einer besonders vielfältigen Aufarbeitung der Vergangenheit und zugleich mit erheblichen Demokratiedefiziten konfrontiert war. Das Land wird 2013 der Europäischen Union beitreten. Daher werden die innerkroatischen Geschichtsdebatten heute an den europäischen Aufarbeitungsstandards gemessen: In welchem Zusammenhang stehen Aufarbeitung und Demokratisierung? Welchen Effekt üben Aufarbeitungsstrategien, die seitens supranationaler Akteure formuliert werden auf die Geschichtspolitik souveräner Staaten aus und wie spiegelt sich dies in der zivilgesellschaftlichen Erinnerung wider? Das Dissertationsprojekt versucht, den Umgang mit der Erinnerung an den Kommunismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld von kroatischer Geschichtspolitik und EU-Aufarbeitungsnorm zu verorten. Ziel des Vorhabens ist es, die Wechselwirkungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Diskursen auszumachen und die Folgen europäischer Aufarbeitungsimperative für den Demokratisierungsprozess Kroatiens zu analysieren.

Die Studie untersucht die Europäisierungsphase des Landes in den Jahren 2000 bis 2012. Dieser Zeitraum zeichnet sich durch eine gesellschaftliche Liberalisierung aus, so dass sich eine zwar pluralistische, dennoch hoch polarisierte Aufarbeitungslandschaft herausbilden konnte, deren Träger heute um die Anerkennung ihrer Geschichtsbilder in der Öffentlichkeit ringen. Zuvor galt das postsozialistische Kroatien als eine „defekte Demokratie“, wobei die staatliche Geschichtspolitik die Demokratiedefizite erheblich verschärft hat: Die Perzeption des Kommunismus war hoch politisiert und nationalistisch durchsetzt. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft entstand in dieser Phase ein staatlich subventioniertes, nationalistisches bis rechtsextrems Netzwerk, das mit der Unterstützung politischer Eliten den Aufarbeitungsdiskurs dominierte und die Erinnerungslandschaft an die Opfer des Kommunismus prägte. Dazu gehören vorwiegend Veteranenverbände des Zweiten Weltkrieges und des Kroatienkrieges (1991-1995) sowie Opferverbände kommunistischer Herrschaft. Heute bekämpfen Vertreter dieses Netzwerks eine Pluralisierung der Geschichtsdebatten und legitimieren selbst ihre Forderungen gegenüber dem Staat mit dem Verweis auf geschichtspolitische Initiativen der EU. Ihr schärfster Konkurrent innerhalb der geschichtspolitischen Arena ist der *Bund Antifaschistischer Kämpfer Kroatiens*, der erst seit der demokratischen Öffnung verstärkt in der Öffentlichkeit vertreten ist. Beide Trägerschichten rekurren auf den Zweiten Weltkrieg und orientieren sich an der damaligen Links-Rechts-Konfliktlinie. Während sich im heutigen Kroatien zivilgesellschaftliche Organisationen mittlerweile der historisch-kritischen Auseinandersetzung mit den 1990er Jahren zuwenden, läuft die Kommunismusaufarbeitung hingegen Gefahr, weiterhin in alten ideologischen Mustern zu verharren, weshalb sich auch heute kaum liberale NGOs mit der Erinnerung an den Kommunismus befassen.

Um empirisch zu prüfen, ob mit der politischen Zäsur eine Europäisierung des Umgangs mit dem Kommunismus einherging, rückt das Forschungsvorhaben daher exemplarisch die Diskurse führender Vertreter der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt und analysiert die Kontroversen, die sich anhand historischer Schlüsselereignisse entfalten. Untersucht werden Selbst- und Feindbilder, ideologische Muster sowie Opfer-Täterdebatten des rechten Netzwerks einerseits und des linken Trägers des Gegendiskurses andererseits sowie Reaktionen der Akteure auf die Liberalisierung der staatlichen Geschichtspolitik.

Die Vertreter der Zivilgesellschaft werden im Rahmen der Studie als kollektive Akteure betrachtet, die über eine Besetzung des öffentlichen Raumes gezielt versuchen, ihre Narrative in der Gesellschaft verbindlich zu verankern. Die empirische Grundlage der Analyse bilden dabei publizierte Materialien. Methodisch werden mittels diskursanalytischer Verfahren zentrale Debatten ausgearbeitet und in Beziehung zur staatlichen und europäischen Geschichtspolitik gesetzt. Mit diesem Zugang betritt die Arbeit Neuland, dominierte doch bisher meist ein Top-Down-Ansatz die Forschungslandschaft, während die Interaktion zwischen staatlichen geschichtspolitischen Vorgaben und zivilgesellschaftlicher Erinnerung im Hintergrund stand.

Kurzbiographie

Mihaela Petkovic, Studium der Politischen Wissenschaft, Mittleren und Neueren Geschichte und Germanistik an der Universität Mannheim. Studienabschluss 2007 mit einer Masterarbeit zum Thema „Propagandistische Inszenierungen von Stalinismus und Nationalsozialismus“, 2008-2012 Mitarbeiterin in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 2012 Promotion am Institut für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen bei Prof. Dr. Helmut König.

Gliederungsentwurf

1. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik auf dem Westbalkan – Aufarbeitung nach westeuropäischem Maßstab?

- 1.1. Fragestellung, Theorie- und Methode und Forschungsstand
- 1.2. Politisierung der Geschichte durch Nationalismus und Rechtsextremismus
- 1.3. Kriege als Konfliktlinie: 1941-1945 und 1991-1995
- 1.4. Täter-Opfer Dichotomien als Merkmal der Geschichtspolitik

2. Der Rahmen von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Europäischen Union: das „Jahrhundert der Extreme“

- 2.1. Der Europäischen Union beitreten: Einflüsse der Konditionalitätspolitik
- 2.2. Europäische Geschichtspolitik: Normierung der Aufarbeitung?
 - 2.2.1. Geschichtspolitische Initiativen: Totalitarismustheorie revisited
 - 2.2.2. Europäische Identitäten
 - 2.2.3. Gespaltene Erinnerung: westeuropäisch versus postsozialistisch
 - 2.2.4. Demokratie, Identität und Aufarbeitung: Folgen für Transformationsgesellschaften

3. Das Beispiel Kroatien: ein Problemabriss

- 3.1. Politisierung der Geschichte durch Nationalismus und Rechtsextremismus
- 3.2. Kriege als Konfliktlinie: 1941-1945 und 1991-1995
- 3.3. Täter-Opfer Dichotomien als *Cleavage*

4. Entwicklungslinien und Rahmenbedingungen

- 4.1. Kroatien vor der Unabhängigkeit: *Longue durée* Faktoren und Geschichtspolitik der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (BdKJ)
- 4.2. Kroatien in der Tadjman-Ära: Elitenkontinuität und defekte Demokratie
 - 4.2.1. Transformation vor dem Hintergrund des Krieges und außenpolitische Isolation nach 1995
 - 4.2.2. Kroatische Meistererzählung: der Kult des Staates und die Ideologie des ethnischen Nationalismus
 - 4.2.3. „Nationale Versöhnung“: Revisionismus als geschichtspolitisches Programm
- 4.3. Post-Tudjmanismus und sukzessiver politischer Wandel: Mesic und die SDP
- 4.4. Reformierte HDZ und Marginalisierung des Rechtsextremismus: erfolgreiche De-Tudjmanisierung?

5. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Kroatien: „Gedächtnislobbyisten“ und Erinnerungsorte

- 5.1. Geschichtspolitik transnational: programmatische Wende nach 2000?
- 5.2. Erinnerung an den Kommunismus: Zwischen Diffamierung und Affirmation
 - 5.2.1. Akteure und Initiativen der Kommunismusaufarbeitung
 - 5.2.1.1. Netzwerke des Extremismus: Verbände und Vereine als erinnerungskulturelle Vetospieler
 - 5.2.1.2. Sakralisierung der Erinnerung und Märtyrerkult: Einfluss der „katholischen Kirche bei den Kroaten“ und der Diaspora
 - 5.2.1.3. Träger und Konstrukteure: *Heimwehrverband*, Gesellschaft zur Kennzeichnung von Grabstätten und Verband politischer Häftlinge
 - 5.2.2. Gegendiskurs: Verband *Antifaschistischer Kämpfer Kroatiens*
 - 5.2.3. Kontroversen der Erinnerung an den Kommunismus
 - 5.2.3.1. Bleiburg, Goli Otok, Srb und 10. April 1941
 - 5.2.3.2. Tag der „Staatlichkeit“ und Gedenktag an die Opfer totalitärer Regime
- 5.3. Wandel der Geschichtspolitik, Wandel der Erinnerungskultur?

6. Fazit: Kroatien in Europa?

- 6.1. Aufarbeitung des Kommunismus, demokratische Standards und „Totalitarismus als europäische Meistererzählung“

„Weltanschauliche Dissidenz“ und „radikale Ethik“ – Rudolf Schottlaenders Leben, Werk und Wirken

von Moritz Reininghaus

Im vorliegenden Promotionsvorhaben soll mit der Biographie des Philosophen und Altphilologen Rudolf Schottlaender (1900-1988) der Lebensweg eines „radikalen Ethikers“ rekonstruiert werden, der sich jenem „Zirkel von Anpassung und Verweigerung“ vehement entgegenstellte, der lange die Stabilität der DDR gewährleistete und der zur Folge hatte, dass dort „jegliche soziale und politische Ethik auf der Strecke [blieb]“. Auch Phänomene wie Konformitätsdruck, Aufbau einer neuen Massenbasis sowie allgemeine geistige Unfreiheit ließen sich mit Schottlaenders auf individueller Verantwortung fußender „philosophischer Denkweise“ (E. Dischereit) nicht vereinbaren. Dass sich der erklärte Nicht-Marxist und Holocaust-Überlebende nicht mit der DDR identifizieren konnte, lag aber auch an deren Geschichtsbild als „besseres Deutschland“, das sich der Verantwortung am nationalsozialistischen Völkermord zu entziehen versuchte.

Am 5. August 1900 in einer bürgerlichen jüdischen Familie in Berlin geboren, trat Rudolf Schottlaender früh aus der jüdischen Gemeinde aus. Ein Studium der Philosophie führte ihn u.a. nach Heidelberg, Marburg und Freiburg. 1926 erschien mit Schottlaenders Übersetzung des ersten Bandes von Marcel Prousts *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit* das Werk erstmals in deutscher Sprache. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er zur „berufslosen Unperson“. Er litt unter der gesellschaftlichen Isolation und musste sich als Krankenpfleger sowie als Hilfsarbeiter in der Rüstungsindustrie verdingen. Nur weil er unter dem relativen Schutz einer „privilegierten Mischehe“ stand, überlebte Schottlaender das „Dritte Reich“ körperlich unversehrt. Nach Kriegsende arbeitete er als Lehrer in West-Berlin, 1947 wurde ihm ein Lehrstuhl für Philosophie an der TH Dresden angetragen. Diese Tätigkeit endete bereits 1949, als er sich kritisch über die sowjetische Besatzungsmacht und die gefestigte Position der SED äußerte. Danach kehrte Schottlaender nach West-Berlin zurück und arbeitete als Lehrer sowie an seinem philosophischen Hauptwerk *Theorie des Vertrauens*. Zudem engagierte er sich in der Friedensbewegung. Dies kostete Schottlaender auch hier die berufliche Stellung und im Juli 1959 sogar den Status als „politisch und rassistisch Verfolgter“. 1959 nahm er daher eine Professur für römische Literatur an der Ost-Berliner Humboldt-Universität an. Er tat dies trotz starker Bedenken, da er in Westdeutschland keine berufliche Perspektive sah. Nach seiner Emeritierung 1965 reiste er regelmäßig nach Westdeutschland, wo er stets auch ohne Genehmigung der DDR publiziert hatte. Ab 1979 bis zu seinem Tod 1988 wurde Rudolf Schottlaender vom Staatssicherheitsdienst der DDR umfassend überwacht.

Nach der Rekonstruktion der Biographie wird Schottlaenders Verhältnis zu seinem persönlichen, politischen und akademischen Umfeld betrachtet. Auf diesem Weg sollen individuelle Aspekte einer außergewöhnlichen deutsch-jüdischen Biographie im 20. Jahrhundert in allgemeine Entwicklungen und Debatten – vor allem der DDR-Hochschulgeschichte, der Geschichte der Juden in der DDR sowie der deutsch-deutschen Wissenschaftsgeschichte – eingebettet und diese damit um einen wichtigen und dennoch bislang weitgehend unbeachteten „bürgerlichen Wissenschaftler“, wie Schottlaender in der DDR wahrgenommen wurde, ergänzt werden. Der biographische Rahmen bietet hierbei die Möglichkeit, mögliche Kontinuitäten (wie etwa Schottlaenders Vorstellung des „Vertrauens“ als dialektische Auflösung des Widerstreits von Freiheit und Sicherheit oder seine Stellung als gesellschaftlicher und intellektueller Außenseiter) und Brüche darzustellen. Damit wird auch erkennbar, welche Reaktionen ein Nonkonformist wie Schottlaender im beruflichen, politischen und persönlichen Umfeld, aber auch gerade aufseiten des Staats, hervorrief. Die Quellenlage legt es nahe, den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Zeit nach 1945 zu setzen, wobei das schwierige Verhältnis zur DDR sowie das nicht unkomplizierte Verhältnis zur dortigen Opposition, in deren Reihen Schottlaender überwiegend mit respektvoller Distanz behandelt wurde, eine zentrale Rolle einnehmen.

Kurzbiographie:

Moritz Reininghaus, 1978 geboren, studierte Geschichte, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft und Philosophie in Potsdam, arbeitete am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien sowie als Projektmitarbeiter am Institut für Germanistik/Jüdische Studien an der Universität Potsdam. Von 2006 bis 2012 war er Redakteur der Jüdischen Zeitung und u.a. für den Tagesspiegel und den Rundfunk Berlin-Brandenburg als freier Mitarbeiter tätig.

Vorläufige Gliederung der Arbeit

1. Einleitung

1.1 Forschungsstand

1.2 Theoretischer und methodischer Forschungsansatz

1.3 Biographie- und Intellektuellenforschung

1.4 Für das Forschungsprojekt zur Verfügung stehende Quellen und Literatur

1.4.1 Einordnung der Autobiographie „Trotz allem ein Deutscher“

1.4.2 Wissenschaftliche Schriften

1.4.3 Politische Publikationen

1.4.4 Im Nachlass überlieferte Korrespondenz

1.4.5 Unterlagen aus der BStU, insbesondere Abhörprotokolle und Berichte des MfS aus dem „OV Schreiber“

2. Familiäres Umfeld, Jugend und intellektuelle Prägung. 1900 bis 1933

2.1 Kindheit und Jugend

2.2 Schulzeit

2.3 Studium, Promotion und (verhinderte) akademische Karriere

2.4 Erste Ehe (mit Hilde Stern)

2.5 Das Verhältnis zu Günther Anders und Hannah Arendt

2.6 „Proust oder ähnlich“: Die Übersetzung der „Suche nach der verlorenen Zeit“ (1926)

3. Das Leben als „Unperson“. 1933 bis 1945

3.1 Zweite Ehe

3.2 Zwangsarbeit und Verfolgung

3.3 Allgemeine Situation von jüdischen Männern in „privilegierten Mischehen“

3.3.1 Vergleichbare Schicksale (Victor Klemperer)

3.4 Befreiung

4. „Freie Jahre“. 1946 bis 1948

4.1 Wissenschaft in der SBZ

4.2 Schottlaenders Lehrstuhl für Philosophie in Dresden

4.3 Dritte Ehe

5. Zurück in West-Berlin. 1949 bis 1959

5.1 Die politische Situation in West-Berlin in den 1950er Jahren

5.2 Tätigkeit als Gymnasiallehrer

5.3 Philosophisches Hauptwerk: „Theorie des Vertrauens“ (1957)

5.4 Engagement gegen die Wiederbewaffnung

5.5 Entlassung aus dem Schuldienst und Verlust des Status als „politisch und rassistisch Verfolgter“

6. „Halb willkommen“ – zurück in der DDR. 1960 bis 1965

6.1 Die politische Situation in der DDR in den 1960er Jahren

6.1.1 Die Humboldt-Universität in den 1960er Jahren

6.2 Die Tätigkeit als Altphilologe und Hochschullehrer

6.3 Erstes Kontakte zur DDR-Opposition

6.4 Das Engagement für Heinz Brandt

7. Unruhiger Ruhestand. 1966-1988

7.1 Das Publikationsvorhaben „Verfolgte Berliner Wissenschaft“

7.2 Überwachung durch das MfS

7.3 Reisen in den Westen

7.4 Publikationen in westdeutschen Verlagen und Kontakte in den Westen

7.4.1 Deutsch-deutscher Wissenschaftstransfer

7.4.2 Die lebenslange Freundschaft zu Kurt Badt

7.5 Das Verhältnis zur DDR und zur dortigen Opposition

7.5.1 Nico Hübner

7.5.2 Robert Havemann

7.5.3 Wolfgang Harich

7.5.4 Rainer Schottlaender

7.6 Rudolf Schottlaender und der christlich-jüdische Dialog in der DDR

8. Zusammenfassung und Analyse

"Was sind Sie nur für ein Mensch!" - Wandel der Moralvorstellungen in der DDR-Krimifernsehserie "Polizeiruf 110"

von Philipp Wille

Die erfolgreichste Serie des DDR-Fernsehens Polizeiruf 110 thematisiert nicht nur Kriminalfälle, denn allzu oft stehen die Motive gerade solcher Figuren im Mittelpunkt, die sich wenig oder gar nicht strafrechtlich schuldig gemacht haben, jedoch unter bestimmten moralischen Gesichtspunkten für das Geschehene mit verantwortlich sind.

Moral dient von jeher der Regulierung gemeinschaftlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen. Für die SED war sie ein wichtiges Instrument zur ideologischen Indoktrination. Zur „Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten“ bedurfte es jedoch spezieller Moralstellungen, es bedurfte eben einer sozialistischen Moral. Eine Krimiserie war offenbar für die Vermittlung ideologisch konformer Normen besonders geeignet, denn die Darstellung von richtigem und falschem Verhalten konnte dem Alltag angemessen werden, sie konnte sogar spannend und unterhaltsam sein.

Doch allein die Feststellung, dass die ausführliche Thematisierung moralischer Probleme in der DDR zu agitatorischen Zwecken betrieben wurde, bringt keine Erkenntnis darüber, warum sich die gezeigten Moralvorstellungen im Laufe der Jahre 1971-1989 so wesentlich verändert haben.

Diese Untersuchung soll über statistische und qualitative Analysen der Moralvorstellungen im Polizeiruf 110 herausarbeiten, warum ab der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre die zunächst stark einseitigen Unterscheidungen von gut und böse immer unschärfer werden, warum sich in den Achtziger Jahren die Bindungen von moralischen Eigenschaften an die Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Klassen zunehmend lösen, warum zum Ende der Achtziger Jahre schließlich statt belehrenden Untertönen selbst bei Handlungen mit schlimmsten Folgen oft nur noch nüchterne und kommentarlose Beschreibungen erfolgen.

Mit Hilfe religionssoziologischer Theorien kann die Ideologie der SED als Religionsersatz begriffen werden. Der Staat übernimmt Funktionen der Religion, denn auch nach dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust des Christentums behalten kollektive und individuelle Bedürfnisse nach Bewältigung von Leid und existenziellen Sinnfragen höchste Relevanz.

Die Moralvorstellungen sind Ausdruck des ideologischen Denkens auf der gesellschaftlich kleinsten, alltäglichen und zwischenmenschlichen Ebene. Da in Polizeiruf 110 bestimmte Handlungsmuster im Laufe der Jahre mehrfach aufgegriffen werden, kann über den Vergleich ähnlicher Muster der historische Wandel der Moralvorstellungen nachgezeichnet werden. Um diese Veränderungen jedoch erklären zu können, müssen sie in direkter Beziehung zur tatsächlichen Entwicklung der DDR unter der Herrschaft Honeckers analysiert werden. Gerade weil nun in den Achtziger Jahren die strukturelle Ineffizienz und der Verschleiß der DDR-Wirtschaft sowie die dogmatische und völlig weltfremde Erstarrung des Parteiapparats immer offensichtlicher werden, führt dies in der Bevölkerung zum endgültigen Legitimitätsverlust der quasireligiösen Ideologie. In den Achtziger Jahren wird trotz aller Lippenbekenntnisse immer offener angedeutet, dass fast niemand mehr an die Heilsversprechen der SED glaubt. Je scheinheiliger die propagierte Einheit wird, desto stärker zeigt sich der Zerfall der Gesellschaft in unterschiedliche Teile. Dementsprechend treten auch bei den sagbaren Moralvorstellungen der Rückzug ins Private, Resignation, aber auch subversive Untertöne, immer deutlicher hervor.

Unter der Annahme einer solchen ‚Säkularisierung‘ des sozialistischen Religionsersatzes ergeben sich zahlreiche Fragen, die die Analyse aller in der DDR produzierten Episoden von Polizeiruf 110 klären könnte: Welche Rolle spielen z.B. in den späten Achtziger Jahre Moralvorstellungen christlicher Herkunft? Lässt sich eine Zunahme von Perspektivlosigkeit, Nihilismus oder Egoismus nachweisen? Und wenn ja, was bedeutet das für die Frage, die Hauptmann Fuchs bei seinen Ermittlungen immer wieder stellt, erst herausfordernd, dann empört, später ein wenig resigniert, schließlich aber gar nicht mehr: „Was sind Sie nur für ein Mensch?!“

Kurzbiographie:

Philipp Wille, 1984 in Parchim geboren, studierte in Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie Komparatistik. Das Interesse an osteuropäischer Kultur und Geschichte veranlasste ihn zu diversen Reisen und zu längeren Aufenthalten in Minsk und Moskau. In seiner Magisterarbeit über Kriegsliteratur in der Weimarer Republik untersuchte er unter moralphilosophischen Gesichtspunkten die Herkunft des Faschismus.

Vorläufige Gliederung

Einleitung

1. Teil: Sozialismus als Religionsersatz
 - 1.1 Funktionalistische Religionstheorien
 - 1.2 Politische Religionen im 20. Jh.
 - 1.3 „Real existierender Sozialismus“ als Religionsersatz
 - 1.3.1 Zeremonien und Riten, die SED als Kirche
 - 1.3.2 „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“
 - 1.3.3 Das Heilige
 - 1.3.4 Kontingenzbewältigungsangebote
 - 1.3.5 Herrschaftssicherung der SED durch Kontingenzproduktion
 - 1.3.6 Moralische Schuld im Sozialismus
2. Teil: Moral als mikroskopischer Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse
 - 2.1 Metatheorie: dialektischer Materialismus
 - 2.2 Sozioökonomische Entwicklungen in der DDR 1971-1989
 - 2.3 Reaktionen der SED auf die zunehmende Dysfunktionalität des Systems
 - 2.4 Moralvorstellungen im Wandel
 - 2.5 Nicht-sozialistische Moralvorstellungen im Sozialismus
3. Teil: Moralvorstellungen in *Polizeiruf 110* 1971-1990
 - 3.1 Warum diese Serie?
 - 3.2 Sozioökonomische Entwicklungen in *Polizeiruf 110*
 - 3.2.1 Euphemistische Aufbaustimmung in den frühen 70er Jahren
 - 3.2.2 Das Ende des Prinzips Hoffnung am Ende der 70er Jahre
 - 3.2.3 Der allgegenwärtige Mangel, Resignation und endgültige Partikularisierung in den 80er Jahren
 - 3.3 Polemogene Moral und Verbote
 - 3.4 Die Sieben Todsünden der DDR-Bürger
 - 3.4.1 Faulheit
 - 3.4.2 Habgier
 - 3.4.3 Hochmut
 - 3.4.4 Maßlosigkeit/Alkoholismus
 - 3.4.5 Neid
 - 3.4.6 Zorn
 - 3.4.7 Wollust
 - 3.5 Perspektivlosigkeit und Nihilismus
 - 3.6 Das Gute
 - 3.7 Verbotene Episoden
 - 3.8 Anzeichen des bevorstehenden Endes der DDR
 - 3.9 Zusammenfassung
 - 3.10 Schlussfolgerungen für den Bedeutungsverlust des Religionsersatzes

Schlussbetrachtung

Konsum und Herrschaft. Mode und Wirtschaftslenkung im sozialistischen Ungarn

Von Fruzsina Müller

Trapper Jeans und Tisza Sportschuhe: bei den meisten Ungarn, die die sozialistische Zeit erlebt haben, sind diese Marken gut bekannt. Zwar waren diese ungarischen Nachahmungen westlicher Modeprodukte nie gleichwertig mit den begehrten Originalen. Aber zumindest stellten sie eine erschwingliche Alternative dar. Denn sie waren nicht nur bezahlbar im Gegensatz zu den importierten, geschmuggelten oder gefälschten Varianten: Sie sahen gut aus und hatten eine gute Qualität. Die Trapper Jeans war aus echtem Jeansstoff, das heißt, sie wurde aus hundert Prozent Baumwolle mit einer speziellen Webtechnik hergestellt. Dadurch verlor sie an den Reibungsstellen allmählich ihre blaue Farbe, wie man es von einer echten Jeans erwartete. Auch die modischen, zur Alltagsbekleidung gehörenden Sportschuhe der Tisza Fabrik wurden aus feinem Leder und einer massiven Gummisohle hergestellt. Das große Markenzeichen „T“ an der Seite der Schuhe konnte man leicht mit den drei Streifen von Adidas verwechseln.

Mit den beiden Markenprodukten schuf die Leichtindustrie des sozialistischen Ungarns einzigartige heimische Varianten globaler Konkurrenten. Einzigartig in der Herstellung, da sie einerseits mit westlicher Technologie und Knowhow, andererseits aus eigener Entwicklung produziert wurden. Einzigartig in der Produktkommunikation, da sie nicht als bloße Waren zur Befriedigung der Grundbedürfnisse verkauft, sondern in großen Kampagnen ausdrücklich als Modemarken angepriesen wurden. Einzigartig in der Verbreitung, da sie nicht nur im staatlichen Handel, sondern auch in eigenen Ladenketten der Fabriken verkauft wurden. Obwohl die beiden Unternehmen kaum die Kauflust der ungarischen Bevölkerung befriedigen konnten, wurde Trapper durch Exporte in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder zur „Ostblockjeans“, während Tisza sogar auf dem kapitalistischen Markt im Westen Nachfrage fand.

Diese in ihrer Zeit bahnbrechenden sozialistischen Modeprodukte eignen sich als exemplarische Ausgangspunkte, um das Feld der ungarischen Mode, der Textil- und Schuhindustrie, die kontrollierenden Behörden und darüber hinaus den Konsum generell in der poststalinistischen Kádár-Ära zu untersuchen. Ziel ist es, einen Beitrag zur jüngeren Konsumgeschichte Ungarns zu leisten, die im Vergleich zur DDR, der Bundesrepublik oder den USA noch wenig erforscht wurde. Am Beispiel der Modebranche und der Textilindustrie soll gezeigt werden, dass der relative Wohlstand der ungarischen Bevölkerung im Kádárismus Resultat einer bewussten Machtpolitik war, die durch das Erfüllen alltäglicher Wünsche eine Legitimationsgrundlage schaffen sollte.

Die Herangehensweise ist eine konsum- und kulturwissenschaftliche. Konsumprodukte werden als Kommunikationsmittel verstanden, die mit Bedeutungszuweisungen verschiedener Akteursgruppen aufgeladen sind. Sie geben Auskunft einerseits über die konsumpolitischen Ideale und Strategien der Staatsmacht, andererseits über Mentalitäten der Konsumenten und Praktiken des Konsumierens. Die Quellen sind Staats- und Parteiakten, die Fach- und Parteipresse der Zeit, sowie Experteninterviews. Auch die ungarischsprachige Sekundärliteratur aus der und zur Kádár-Zeit wird verwendet.

Wie war es möglich, in einem sozialistischen Land mit westlichen Werten aufgeladene Markenprodukte herzustellen? Was waren die ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe? Zunächst bedurfte es eines im Realsozialismus keineswegs selbstverständlichen Markenverständnisses. Ungarn führte schon 1969 ein neues Markengesetz ein (DDR: 1985), in dem die Unterscheidungs- und die Verbraucherschutzfunktion der Warenzeichen betont wurden. Das entsprach eher der Logik kapitalistischer Markengesetze, denn die sozialistischen Regelungen hoben die Herkunftsfunktion des Warenzeichens hervor. Aber in Ungarn wurden schon damals konkurrierende Produkte innerhalb einer Warengattung angeboten, was zum Marktwettbewerb führte.

Aber wie kam Marktwettbewerb in einem sozialistischen Land zustande? In Ungarn erfolgte ab den frühen 1960-er Jahren der behutsame Aufbau eines strikt regulierten alternativen Marktsektors. Durch die ökonomische Reform 1968 kam es zur weiteren Liberalisierung der Wirtschaft, die von der Wirtschafts- und politischen Elite einen anderen Führungsstil verlang-

te. Sowohl die Unternehmen, als auch die zuständigen Ministerien bemühten sich um devisenbeschaffende Möglichkeiten, sei es in Form vom direkten Export in kapitalistische Länder, die Herstellung eines Produkts für eine ausländische Firma (Lohnarbeit) oder der Austausch von Technologie, Knowhow und Lizenzen mit anschließender Exportmöglichkeit (Kooperation). Ende der 1980-er Jahre arbeiteten die ungarischen Unternehmen praktisch unter Marktbedingungen. Eine derartige Auflockerung des sowjetischen Planungssystems war einzigartig im Ostblock.

Der Parteistaat hatte aber weiterhin viele Möglichkeiten der Lenkung, vor allem bei der Verteilung der Gelder. Beispielsweise wurde im Zuge der Rekonstruktion der Leichtindustrie zwischen 1971 und 1980 nur in ausgewählte Fabriken der Textil- und Schuhindustrie investiert. Dazu zählten die Tisza Schuhfabrik und die Budaflax Leinen- und Webfabrik, Hersteller der beiden untersuchten Produkte. Auch die Devisen für den Einkauf westlicher Technologie mussten die Unternehmen bei der Staatsbank beantragen. Befugnisse für den Import und Export hatten die Unternehmen bis zu den 1980-er Jahren keine, dafür waren staatliche Handelsunternehmen zuständig. Auch internationale Kooperationen mussten mit den Ministerien für Leichtindustrie und Binnenhandel abgestimmt werden. In jedem Unternehmen arbeiteten außerdem Vertreter der Ministerien mit, deren Aufgabe in der Berichterstattung und Vermittlung der Wünsche „von oben“ bestand.

Nichtsdestotrotz zeigt die Geschichte der untersuchten Produkte, dass in den siebziger Jahren weniger die direkte Anweisung in der Wirtschaftslenkung eingesetzt wurde. Vielmehr praktizierte der Staatsapparat einen koordinierenden Führungsstil und setzte zur Steuerung in der Marktwirtschaft übliche Elemente ein. Dazu gehörte beispielsweise ein Preisausschreiben zur Entwicklung eines modischen Jeansstoffes.

Die Unternehmen hatten also gerade bei der Produktentwicklung relativ viele Freiräume und nutzten diese mit originellen Ideen und kreativer Umsetzung sehr gut aus. Welche Wertvorstellungen erlaubten einen solch ungezwungenen Umgang mit Bekleidung und Mode in der Kádár-Zeit? Der Konsumbereich war in Ungarn generell weniger ideologisch durchdrungen als beispielsweise in der DDR. Wichtig war, dass der Lebensstandard sich jedes Jahr spürbar erhöhte – damit wollte die Kádársche Führung eine ähnliche Unzufriedenheit vermeiden, die zum 1956-er Aufstand führte. Die Befriedigung der Bekleidungsbedürfnisse avancierte dabei zur drittichtigsten „politischen Frage“ nach der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnungen. Generalsekretär Kádár erhob nach eigenen Angaben keinen Anspruch darauf, sich in Angelegenheiten wie Mode einzumischen. „Ich möchte mich mit den Wildwesthosen und den Haaren und Bärten nicht beschäftigen“ – sagte er in einer Rede vor der parteistaatlichen Jugendorganisation 1968. Demzufolge wurde im offiziellen politischen Diskurs die Bekleidung nur noch thematisiert, wenn ein begehrtes Produkt fehlte oder wenn eine Modeerscheinung auftrat, die mit den immer weiter ausgedehnten ideologischen Grenzen doch nicht vereinbar war. In parlamentarischen Sitzungen oder in Funktionärkonferenzen wurden diese Grenzen ausgelotet. Die Jeans beispielsweise betrachteten die Funktionäre in den 1970-er Jahren nur noch als Modephänomen und verhöhnten sie selten als kapitalistisches Produkt. Auch öffentliche Diskussionen in Zeitschriften über Konsum, Lebensstandard und Mode gehörten in die „geduldete“ Kategorie. Die Themen reichten vom übermäßigen Produktreichtum („Frigidairsozialismus“) über die Kleinbürgerlichkeit bis zum Autobesitz. Auch die Tageszeitung der kommunistischen Partei Népszabadság ließ kritische Meinungen drucken beispielsweise über das Jeansverbot in einem Jugendclub.

Entscheidend bei der großzügigen Haltung zum Modebewusstsein war nicht nur die langsame Entpolitisierung der Äußerlichkeiten, sondern auch die Entspannung der Ost-West-Konflikte. Aber auch die zahlreichen Wirtschaftskontakte zu westlichen Ländern und Unternehmen spielten eine große Rolle. Die Zugeständnisse der Parteiführung, die Möglichkeit des Reisens und die Verbreitung der Massenmedien führten zu wachsenden Bedürfnissen in der Bevölkerung. In den 1970-er Jahren gewannen in erster Linie unter jungen Leuten Marke, Qualität und Herkunft der sichtbaren Konsumgüter an Bedeutung. Hosen und Schuhe waren besonders wichtige Kriterien für die Darstellung der sozialen Identität. Dem sogenannten „Prestigekonsum“ setzte die eingeschränkte Auswahl an importierten Kleidungsstücken im staatlichen Handel Grenzen. Geschmuggelte Westjeans oder Fälschungen konnte man nur teuer auf dem Schwarzmarkt erwerben. Deswegen forderte die junge Generation seit

Mitte der 1970-er Jahre immer stärker die Lösung des „Jeansproblems“. Auch das Bedürfnis nach modischen, zur Alltagsbekleidung gehörenden Ledersportschuhen kam auf.

Im Gegensatz zur älteren Generation, die die extreme Mangelsituation der stalinistisch geprägten Nachkriegszeit noch erlebte, verglichen die Jugendlichen ihre Lage mit der westlicher Jugendlichen. Deswegen hatte die Gewinnung der Jugendlichen eine besondere Bedeutung für die Partei. Außerdem wirkte sich die vom Ölpreisboom 1973 ausgelöste Weltwirtschaftskrise auch auf die ungarische Wirtschaft aus, und die Partei musste mit drastischen Schritten gegen das Haushaltsdefizit entgegenwirken. Gleichzeitig sollte aber der Lebensstandard der Bevölkerung nach dem persönlichen Wunsch des Generalsekretärs nicht gesenkt werden. Der Grund dafür war, dass er den Erfolg der politisch-wirtschaftlichen Maßnahmen von der Allgemeinstimmung abhängig machte. Die gute Weiterversorgung sollte in der Bevölkerung das Vertrauen in der politischen Führung des Landes stärken, dass sie auch in einer schwierigeren wirtschaftlichen Situation standhält. Die Wirtschaftskrise verstärkte also die Bemühungen der Staatsmacht, möglichst viele Konsumwünsche der Bevölkerung zu erfüllen.

Den Bedarf an westlichen Prestigeprodukten versuchte das Ministerium für Binnenhandel durch Importe zu decken, dies konnte aber mangels ausreichender Devisen nicht gelingen. Nach langer Vorbereitung, zahlreichen Verhandlungen und dem Bau einer neuen Betriebs Einheit der „Bekleidungsfabrik 1. Mai“ wurde 1977 eine Kooperation mit Levi's begonnen. Für das Ministerium für Leichtindustrie war nicht nur die Versorgung der ungarischen Bevölkerung das Ziel, sondern auch die Devisenbeschaffung und der Knowhow-Import zur geplanten Eigenherstellung. Um die nachahmende Produktion der westlichen Markenjeans zu verwirklichen, schrieb das Ministerium noch im selben Jahr einen Wettbewerb für die ungarischen Textilunternehmen aus. Der Gewinner sollte einen hochwertigen und den modischen Anforderungen entsprechenden Jeansstoff herstellen können. Einige ungarische Textilfabriken experimentierten schon seit Jahren mit der Jeansstoffherstellung, jedoch fehlte es ihnen an der entsprechenden Technologie und dem Knowhow. Letztendlich gelang es der Budaflax Leinen- und Webfabrik, den gewünschten Stoff zu weben – mit staatlicher Unterstützung ihres Kreditantrags zum Dollar-Import ausländischer Fäden. Als Gewinner der Ausschreibung bekam Budaflax die vollständigen Entwicklungskosten und die Produktionskosten des ersten Jahres vom Ministerium für Leichtindustrie erstattet.

Die Geschichte der Tisza Sportschuhe begann ebenfalls mit einer Kooperation. Ende der 1960er Jahre suchte der französische Zweig des Unternehmens Adidas einen Partner in der ungarischen Schuhbranche. Das Ministerium für Außenhandel vermittelte ihm die größte Schuhfabrik des Landes, die Martfüer Tisza. 1970 wurde der Vertrag über die Lohnproduktion von Fußball- und Sportschuhen der Marke Adidas abgeschlossen und in den nächsten Jahren kontinuierlich erweitert. Allerdings wurden die Sportschuhe in der ersten Zeit der Kooperation restlos im Ausland verkauft, während sie auch in Ungarn sehr begehrt waren. Die Tisza Schuhfabrik erkannte die Mangelsituation und fing 1976 mit der Produktion von eigenen Sportschuhen an. Diese waren eine fast exakte Kopie der Adidas Schuhe. Sogar das Markenzeichen „T“ war den drei Streifen des Adidas' sehr ähnlich. Die Leitung von Adidas äußerte Missfallen und als Ergebnis einer längeren Diskussion musste das Markenzeichen „T“ anders platziert werden.

Die Geschichte der beiden Produkte und die Hintergründe ihrer Herstellung zeigen einen lebendigen Querschnitt der Kádár-Ära zwischen Planwirtschaft und Marktelementen, Fortschritt und Bremsen, Zugeständnissen und Einschränkungen. Nach außen musste die Staatsführung der Sowjetunion gegenüber gerade stehen und im Lande die die Bevölkerung zum Stillhalten bewegen. Das war in den anderen realsozialistischen Ländern auch nicht anders. Unter der Kádárschen Staatsführung bildete sich aber schon in den 1960-er Jahren eine besondere Konsumlage heraus, die die westliche Presse „Gulaschkommunismus“ nannte. Dieser Begriff deutete darauf hin, dass die Führung des Landes die Versorgung mit Lebensmitteln sehr gut sichern konnte. Etwas später, als die Bevölkerung nun auch mit langlebigen Konsumgütern versorgt war, wurde der Begriff „Frigidairsozialismus“ geprägt. In der letzten Phase der Kádár-Zeit – seit Ende der 1970-er Jahre – waren alle grundlegenden Konsumgüter erschwinglich. Die Konsumenten wollten ihre soziale Identität nun mit sichtbaren Konsumgütern wie Markenprodukten zum Ausdruck bringen. Die Staatsmacht ging auch

diesem Wunsch nach. War das die Zeit des „Jeanssozialismus“? Dass diese Konsumlage erreicht wurde, hing jedenfalls mit der Machtpolitik der kommunistischen Partei zusammen, die unter anderem auf die Befriedigung der Prestigewünsche basierte. Besonders zu Krisenzeiten sollte dadurch die politische Stabilität bewahrt und Konflikte zwischen Macht und Gesellschaft vorgebeugt werden.

Die heute Nostalgie erweckenden sozialistischen Jeans und Sportschuhe entstanden in Ungarn nicht, weil man dort unter Kádár besonders frei und sorglos leben konnte. Zwar gehörten eine weniger dogmatische Ideologie, eine aufgelockerte Planwirtschaft und aufmüpfige Konsumenten zweifellos dazu. Aber genauso brauchten die herstellenden Fabriken die klare Bestrebung der Staatspartei, diese westlichen Produkte auch in Ungarn anzubieten. Davon versprach sich die führende Partei den Erhalt der Macht.

Kurzbiographie:

Fruzsina Müller wurde 1981 in Budapest geboren und studierte dort sowie in Deutschland Germanistik, Deutsch als Fremdsprache und Journalistik. Seit 2005 in Leipzig, arbeitete sie dort zunächst als freie Journalistin, Museumsführerin und Ungarischdozentin. Seit 2007 promoviert sie am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig und ist in den internationalen PhD-Studiengang „Transnationalisierung und Regionalisierung“ eingebunden. Sie ist Mutter zweier Kinder.

Titel des Kapitels	Quellen	Seiten
1. Einleitung 1.1 Fragestellung 1.2 Forschungskontext 1.3 Quellen 1.4 Methode 1.5 Aufbau der Arbeit		30
2. Das sozialistische Ungarn unter Kádár (1956-1989) 2.1 Drei Jahrzehnte „Kádárismus“ 2.1.1 Restauration und Stabilisierung 2.1.2 Konsolidierung 2.1.3 Krise 2.2 Wirtschaft in der Kádár-Zeit 2.2.1 Flexiblere Planung (1957-64) 2.2.2 Reformen und langsamerer Wachstum (1965-79) 2.2.3 Befestigung der Krisenerscheinungen (1979-89)	Sekundärliteratur	30
3. Konsumdiskurse 3.1 Einleitung 3.1.1 Lebensstandard- und Konsumpolitik unter Kádár 3.1.2 Informationspolitik und Presselandschaft 3.1.3 Markenschutz im sozialistischen Ungarn 3.2 Öffentliche Diskurse über westliche Mode und Marken 3.2.1 Definitionen von Mode 3.2.2 Moralisierende Tagespresse 3.2.3 Internationale Modetendenzen in Zeitschriften 3.2.4 Die „Ventilfunktion“ der Bekleidungsindustrie in der Quasi-Öffentlichkeit der Kádár-Zeit 3.3 Diskurse in der Politik über Mode und Marken 3.3.1 Diskussion des Markengesetzes 1969 3.3.2 Modelenkung oder Nichteinmischung? 3.3.3 Akzeptanz westlicher Mode 3.3.4 Jeans	Sekundärliteratur, Parteiakten Sekundärliteratur, zeitgenössische Fachbücher, Tagespresse, Jugend-, Frauen-, Modezeitschriften Parteiakten, parlamentarische Protokolle	90

<p>4. Konsumstrategien</p> <p>4.1 Einleitung</p> <p>4.1.1 Die ungarische Bekleidungsindustrie in der Kádár-Zeit (Ministerien, Unternehmen, das Ungarische Modemuseum)</p> <p>4.1.2 Auswirkungen des „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ 1968 auf die Bekleidungsindustrie</p> <p>4.1.3 Rekonstruktion der Leichtindustrie in den 1970-er Jahren</p> <p>4.2 Strategien der Konsumenten zur Beschaffung begehrter Westprodukte</p> <p>4.2.1 Tauschhandel, Tourismus, Einkaufstourismus</p> <p>4.2.2 Nähen und schneiden lassen</p> <p>4.2.3 Der Budapester Schwarzmarkt „Tango“</p> <p>4.2.4 Etiketten- und Markenfälschung</p> <p>4.3 Strategien der Staatsmacht zur Versorgung mit Markenprodukten</p> <p>4.3.1 Fallbeispiel Jeans</p> <p>4.3.1.1 Herstellungsversuche der Unternehmen</p> <p>4.3.1.2 Kooperation zwischen Levi's und der Bekleidungsfabrik „1. Mai“</p> <p>4.3.1.3 Preisausschreiben des Ministeriums für Leichtindustrie</p> <p>4.3.1.4 Entstehung der „Trapper“ Jeans in der „Budaflax“ Leinen- und Webfabrik</p> <p>4.3.2 Fallbeispiel Sportschuhe</p> <p>4.3.2.1 Geschichte der Tisza Schuhfabrik</p> <p>4.3.2.2 Westliche Kredite und das Sportschuhprogramm</p> <p>4.3.2.3 Kooperation mit Adidas</p> <p>4.3.2.4 Eigene Sportschuhe mit dem Markenzeichen „T“</p> <p>4.4 Zufriedenheit der Konsumenten</p>	<p>Sekundärliteratur, Parteiakten</p> <p>Sekundärliteratur, Zeitschriften, Radio Free Europe (RFE)-Akten, Interviews</p> <p>Partei- und Unternehmensakten, Betriebszeitschriften, Interviews</p> <p>Parteiakten, Betriebszeitschriften, Interviews</p> <p>Zeitschriften, Interviews, Internetforen</p>	120
<p>5. Ausblick</p> <p>5.1 Vergleich mit anderen Ostblockländern</p> <p>5.2 Retro-Mode, Nostalgie und die Wiederbelebung sozialistischer Marken im 21. Jahrhundert</p>	<p>Sekundärliteratur</p> <p>Experten- und Konsumenteninterviews</p>	30
<p>6. Schluss</p> <p>Vom „Gulaschkommunismus“ zum „Jeanssozialismus“: Zusammenfassung der Ergebnisse</p>		30

Kampf um die Geschichte. Deutsch-deutsche Museumsgeschichte zwischen Abgrenzung und Verflechtung 1971-1989

von Anne Wanner

„Wir stehen mit dem anderen deutschen Staat im Wettbewerb um die bessere Ordnung der öffentlichen Dinge, der Freiheit und Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die Frage, wer sich mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte berufen kann und wer ihre Ziele besser verwirklicht hat oder verwirklichen wird.“¹⁸ Der Kampf um die historische Deutungshoheit, so zeigen diese Worte Gustav Heinemanns, hatte sich in den 1970er Jahren im geteilten Deutschland deutlich verschärft. Ausgefochten wurde dieser Kampf nicht nur in öffentlichen Reden oder geschichtswissenschaftlichen Debatten, sondern maßgeblich auch in historischen Museen und Ausstellungen. Trotz scharfer ideologischer Abgrenzung kam es jedoch immer wieder zu geschichtspolitischen Wechselwirkungen und blockübergreifenden Begegnungen und Resonanzen, die sich in der musealen Praxis widerspiegelten. Die Dissertation untersucht in einem synchronen und sektoralen Vergleich deutsch-deutsche Museumsgeschichte im Spannungsfeld von Abgrenzung und Verflechtung. Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte zu leisten, die die deutsche Geschichte nach 1945 als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann) in den Blick nimmt.

1. Geschichts- und Museumspolitik zwischen politischer Annäherung und ideologischer Abgrenzung

„Museen sind stets zutiefst politischer Natur“. Diese Charakterisierung Benedict Andersons von Museen als Medien, über die politische Systeme ihr Geschichts- und Weltbild an eine breite Öffentlichkeit kommunizieren, bildet den Ausgangspunkt der Überlegungen für den ersten Teil der Dissertation. Historische Museen und Ausstellungen entstehen immer in einem bestimmten politischen und gesellschaftlichen Kontext, sind Spiegel und Speicher ihrer Zeit. So stehen hier zunächst die deutschland- bzw. geschichtspolitischen Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre in Ost und West im Vordergrund, die den Rahmen bildeten, in dem die jeweiligen musealen Präsentationen von Geschichte gestaltet wurden.

Die „Neue Ostpolitik“ der Bundesregierung Brandt/Scheel sorgte für einen tiefgreifenden Wandel. Sie ermöglichte zwar eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen, stellte zugleich aber in geschichtspolitischer Hinsicht beide Staaten vor neue Herausforderungen.

Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages erkannte die Bundesrepublik die Existenz eines zweiten deutschen Staates an. Um die Frage nach einer nach wie vor einheitlichen deutschen (Kultur-)Nation entbrannten heftige Debatten. Mit der Anerkennung des politischen Status Quo begann die Bundesrepublik – trotz des Festhaltens am Wiedervereinigungsgebot – nach einer teilstaatlichen Identität zu suchen. Vor allem auf dem Feld der deutschen Geschichte kam es nun zu einer verstärkten Suche nach traditionsstiftenden Elementen. Die DDR hingegen hatte von Beginn an aktive und offensive Geschichtspropaganda betrieben. Seit den 1950er Jahren präsentierten ostdeutsche Geschichtswissenschaftler und Chefileologen die DDR als Verwirklichung aller demokratischen und revolutionären Traditionen. Nun stand zu befürchten, die Bundesrepublik könne mit ihrer neuen Geschichtspolitik zumindest einige dieser „fortschrittlichen Traditionen“ ebenfalls für sich in Anspruch nehmen. Ostberlin veränderte aber seinen geschichtspolitischen Kurs nicht, betonte jedoch verstärkt die Abgrenzung vom anderen, „bürgerlich-kapitalistischen“ Deutschland und seinem Geschichtsbild. Interessanterweise kam es Ende der 1970er Jahre trotz gleichbleibend starker Abgrenzung geschichtspolitisch zu einer „Annäherung wider Willen“. Beide deutsche Staaten erweiterten ihre „Ahnengalerie“ und bezogen bisher nicht berücksichtigte Persönlichkeiten und Traditionslinien der deutschen Geschichte mit in ihr Geschichtsbild ein. Die DDR „entdeckte“ u.a. Luther als Vorkämpfer ihrer Ideen; in der Bundesrepublik fanden bisher realso-

¹⁸ Rede Heinemanns zur Eröffnung der Gedenkstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte am 26. Juni 1974, HA Gedenkstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, 1340/12, unpag.

zialistisch besetzte Geschichtsfelder, wie die deutsche Arbeiterbewegung erstmals Beachtung. Ob und wie sich diese geschichtspolitischen Entwicklungen und Wechselwirkungen in den historischen Ausstellungen und Museen wiederfanden, wird das Projekt an anderer Stelle noch überprüfen. Welche Rolle Museen und Ausstellungen bei der Vermittlung des jeweiligen Geschichtsbildes zugeordnet war, ist ebenfalls noch herauszuarbeiten.

2. Zwei Systeme – Zwei Museumskulturen

In beiden deutschen Staaten entwickelte sich nach 1945 ein eigenständiges Museumswesen. Erkenntnisleitend ist deshalb im zweiten Teil der Arbeit zunächst die Frage nach der institutionengeschichtlichen Ausprägung des Museumswesens im „demokratischen Zentralismus“ der DDR und dem bundesrepublikanischen Föderalismus. Zu klären ist, wie die Museen in die politischen und administrativen Strukturen der beiden deutschen Teilstaaten eingebunden waren und welche Folgen sich dadurch für die Museumsarbeit ergaben.

Glaut man den Statistiken der 1970er Jahre, so entwickelte sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR ein wahrer Museumsboom. „Mit berechtigtem Stolz“, so führte der stellvertretende Minister für Kultur der DDR 1974 aus, „können die Museen auf die ständig steigenden Besucherzahlen verweisen: 1965 15 Millionen und 1971 schon 21,2 Millionen.“ Auch in der Bundesrepublik stiegen die Besucherzahlen – vor allem bei historischen Museen – kontinuierlich. 1974 zählten diese erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Besucher als alle Fußball-Bundesligaspiele der Saison zusammen.

Inwieweit mit der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung und Akzeptanz der Museen auch eine verstärkte politische Indienstnahme der musealen Einrichtungen einherging und wie die Museumsfachleute in Ost und West damit umgingen, ist eine weitere zentrale Frage des Kapitels. Es gilt jedoch nicht nur, die sich verändernden (museums-)politischen Rahmenbedingungen herauszuarbeiten, sondern auch das fachwissenschaftliche Fundament zu berücksichtigen, auf dem die Museumsarbeit in der Bundesrepublik und der DDR stand.

Der tschechische Museumsdirektor und Kulturphilosoph Zbynek Stransky begründete in den 1950er Jahren die Museologie als eigenständige museumswissenschaftlichen Fachdisziplin, die bald auch über den Eisernen Vorhang hinweg Beachtung fand. Welche Entwicklungen und Diskurse in Ost und West zu Beginn der 1970er Jahre maßgebend waren, wird das Projekt ebenfalls herausarbeiten.

3. Historische Museen und Ausstellungen als Schauplatz für den Kampf um die Geschichte

Im dritten Teil der Arbeit soll schließlich die komparative Untersuchung einzelner musealer Fallbeispiele Einblicke in die konkrete Museumspraxis gewähren. An alle ausgewählten Museen und Ausstellungen werden folgende zentralen Leitfragen gestellt: Wer waren die Initiatoren und Gestalter – welche Akteure übten also Einfluss auf die jeweiligen Konzeptionen aus? Welche „Version“ der deutschen Geschichte wurde schließlich in den musealen Präsentationen gezeigt? Welche historischen Traditionen und Ereignisse standen im Mittelpunkt der jeweiligen Darstellung? Wie wurde die jeweilige teilstaatliche „Nationalgeschichte“ museal in Szene gesetzt? Von besonderem Interesse ist darüber hinaus, ob und in welcher Form auch der Systemkonkurrent Beachtung in den Ausstellungen fand. Neben der inhaltlichen Gestaltung sollen stets auch die gestalterischen Grundsätze und Ausführungen mit berücksichtigt werden. Für alle vier Fallbeispiele liegen Ausstellungsrehbücher, Foto- oder Filmdokumentationen vor, so dass es auch heute noch möglich ist, einen Blick in die Ausstellungen von damals zu werfen.

3.1 Das Museum für Deutsche Geschichte Ost-Berlin und die Ausstellung Fragen an die deutsche Geschichte im Westberliner Reichstag – konkurrierende Geschichts- und Weltbilder in Sichtweite

Sowohl das Museum für Deutsche Geschichte im Ostberliner Zeughaus als auch die im Westberliner Reichstag untergebrachte Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ gingen auf die Initiative politischer Akteure zurück. Das Ost-Berliner Haus entstand auf Be-

schluss des ZK der SED und erhielt von dort auch konkrete Weisungen wie und welche Linien der deutschen Geschichte präsentiert werden sollten.

Auftrag des Museums war es von Beginn an, die von Parteihistorikern ausgearbeitete „neue deutsche Geschichte“, die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes zu zeigen. Die politisch-ideologische Grundkonzeption der Ostberliner Dauerausstellung ging davon aus, dass die DDR die „Verwirklichung aller progressiven, revolutionären und humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte“ darstellte. Sämtliche vorhergehenden historischen Ausstellungsabschnitte sollten deshalb die Rolle der jeweiligen Epoche „für den Gesamtprozess der historischen Entwicklung“ deutlich machen.

Die West-Berliner Ausstellung – zunächst 1971 mit dem Titel „1871 – Fragen an die deutsche Geschichte“ eröffnet, entstand auf Betreiben der Bundesregierung und war Teil des Jubiläumsprogramms zum 100-jährigen Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Nach wiederholter Verlängerung ihrer Laufzeit wurde sie schließlich thematisch überarbeitet und erweitert in eine dauerhafte Einrichtung überführt und zum 25. Jahrestag der Bundesrepublik wiedereröffnet – nun unter der Schirmherrschaft des Deutschen Bundestages. Die inhaltliche Gestaltung oblag einem Team aus Historikern und Gestaltern unter der Leitung des Generalsekretärs Prof. Lothar Gall. Auch in West-Berlin aber, dies legt das bisher gesichtete Quellenmaterial nahe, verlief die Konzeptionierung nicht völlig ohne den Einfluss von politischer Seite. So findet sich in einem Fall die konkrete Anweisung von Mitarbeitern des Deutschen Bundestages an die Gestalter: „speziell die Stränge zu betonen [...] und historisch zurückzuverfolgen, die für das politische System der Bundesrepublik konstitutiv sind. Drei „elementare Fragekomplexe“ sollten in jeder gezeigten Ausstellungseinheit leitmotivisch abgehandelt werden: Die Entwicklung des Parlamentarismus, die Entwicklung des deutschen Parteiwesens und das Verhältnis zwischen Bürger und Parlament. Ob Gall und seine Leute diese Anweisungen berücksichtigten ist noch zu klären.

In einem weiteren Schritt ist nun durch die Auswertung der Drehbücher und Dokumentationen für beide Häuser zu überprüfen, inwiefern sich die jeweils vorgegeben Leitlinien tatsächlich in den Ausstellungen wiederfanden.

3.2 Das Dresdner Stadtmuseum und das Historische Museum Frankfurt am Main – Regionale Museen von überregionaler Bedeutung

Fanden die herausgearbeiteten geschichtspolitische Vorgaben und Anstöße auch in regionalen Häusern ihren Niederschlag? Die Untersuchung zweier stadtgeschichtlicher Museen soll hierüber Auskunft geben. Beide Häuser versprechen darüber hinaus noch tiefere Einblicke in das jeweilige Museumswesen.

Das Dresdner Stadtmuseum richtete als Bezirksmuseum auch internationale Konferenzen aus. Hier könnten sich demnach erste Spuren deutsch-deutscher Begegnungen ausmachen lassen. Weiter ist zu fragen, ob für die stadtgeschichtliche Ebene dieselben zentralen geschichtspolitischen Vorgaben galten oder ob sich hier gewisse Gestaltungsfreiräume erkennen lassen.

Das Historische Museum in Frankfurt eröffnete Anfang der 1970er Jahre eine extrem umstrittene neue Dauerausstellung. Die Frankfurter Museumsleute hatten relativ neue geschichtswissenschaftliche Ansätze in ihrer Ausstellung verarbeitet und legten den Schwerpunkt auch auf bisher kaum beachtete Traditionslinien wie die deutsche Arbeiterbewegung. Speziell dieser Bereich der deutschen Geschichte war bislang allerdings durch die DDR beansprucht worden und hatte für viele westdeutsche Geschichtswissenschaftler und Museumsfachleute einen „kommunistischen Beigeschmack“. Ein Besucher bezeichnete das Haus gar als das „Werk einer verdammten roten Demagogenbande“.

Die heftige Kritik und die Debatten, die dieses Museum auslöste, zeigen die brandstiftende Wirkung, die museale Präsentationen entfalten konnten und wie sehr die Darstellung von Geschichte nicht nur Fachwissenschaftler bewegte.

4. Blockübergreifende Begegnungen, Resonanzen und Bezugnahmen

Trotz der stets scharfen ideologischen Abgrenzung, so die Grundprämisse des letzten Teils der Arbeit, kam es immer wieder zu „Blicken über die Mauer“ – zu deutsch-deutschen und

auch blockübergreifenden Begegnungen, Resonanzen und Bezugnahmen. Dies macht vor allem das folgende Beispiel deutlich: Beide deutsche Staaten waren zu Beginn der 1970er Jahre als gleichberechtigte Mitglieder in den Internationalen Museumsrat eingebunden. Als nichtstaatliche Dachorganisation für Museumsleute aus aller Welt bot ICOM zahlreiche Möglichkeiten für internationale Begegnungen. 1975 fand das jährliche Treffen des internationalen ICOM-Komitees für archäologische und historische Museen (ICMAH) in der DDR statt, an dem Museumsfachleute aus der Bundesrepublik und der DDR aber auch aus Frankreich, Großbritannien, Skandinavien, Polen und Belgien teilnahmen.¹⁹

Teil des Tagungsprogramms war ein Besuch des Museums für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin. Im Hausarchiv von ICOM erhaltene Aufzeichnungen westdeutscher Teilnehmer zeigen, dass sich die Museumsfachleute teilweise einzelne Ausstellungseinheiten abgezeichnet hatten um sie als Anregung und Vorbild für die eigenen Häuser zu nutzen.²⁰ Gespräche mit ICOM-Mitgliedern aus Ost und West bestätigen, dass beide Seiten vom Systemkonkurrenten lernten. Jenseits rhetorischer Fassaden und ideologischer Differenzen scheint es damit zur blockübergreifenden Übernahme bestimmter musealer Praktiken gekommen zu sein. Über den Eisernen Vorhang hinweg entstanden so vermutlich nicht nur deutsch-deutsche Kontakte sondern auch ein blockübergreifender Wissenstransfer.

Kurzbiographie:

Anne Wanner, 1984 in Stuttgart geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Empirische Kulturwissenschaft und Romanische Philologie an der Uni Tübingen. 2010 schloss sie ihr Studium mit einer Masterarbeit zum Thema „Erfolge unserer Sportler – Erfolge der DDR. Die museale Präsentation des DDR-Sports im Leipziger Sportmuseum in den 1970er und 1980er Jahren“ ab. Seit September 2011 wissenschaftliche Assistentin im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.

¹⁹ Vgl.: Programm der Jahreskonferenz des Internationalen Komitees für archäologische und historische Museen vom 13.-21. September in der DDR, HA DHM, MfDG 310.

²⁰ Vgl. u.a.: Aufzeichnungen des Direktors des stadthistorischen Museums in Neuss, Max Tauch, HA ICOM Deutschland, Vorlass Max Tauch, unpag.

Gliederung

Einleitung

Forschungsstand

Quellenlage

I. Deutsch-deutsche Geschichts- und Museumspolitik in den 1970er und 1980er Jahren (ca. 20 Seiten)

1. Zwischen politischer Annäherung und ideologischer Abgrenzung – die deutsch-deutsche Geschichtspolitik der 1970er Jahre
2. Annäherung wider Willen - die deutsch-deutsche Geschichtspolitik der 1980er Jahre
3. Museumspolitik in beiden deutschen Staaten

II. Zwei Systeme – Zwei Museumskulturen (ca. 40 Seiten)

1. Das Museumswesen im „demokratischen Zentralismus“
2. Das Museumswesen im bundesrepublikanischen Föderalismus
3. Museumsboom. Die 1970er Jahre als „goldenes Jahrzehnt“ für die Museen in Ost und West?
4. Museologie contra Museumswissenschaft – Die Entwicklung museumsrelevanter Fachdisziplinen

III. Historische Museen und Ausstellungen als Schauplatz für den Kampf um die Geschichte (ca. 150 Seiten)

1. Überblick über historische Museen und Ausstellungen in der DDR und der Bundesrepublik bis Ende der 1960er Jahre
2. Das Museum für Deutsche Geschichte (Ostberlin) und die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ im Westberliner Reichstag – Konkurrierende Geschichts- und Weltbilder in Sichtweite
3. Das Stadtmuseum Dresden und das Historische Museum Frankfurt/Main – Regionale Museen von überregionaler Bedeutung

IV. Blockübergreifende Begegnungen und Resonanzen und Bezugnahmen (ca. 50 Seiten)

1. Fachwissenschaftliche Rezeption des jeweils anderen Museumswesens
2. Rezeption historischer Museen und Ausstellungen des Systemkonkurrenten
3. Dienstreisen ins jeweils andere Deutschland
4. Blockübergreifende Begegnungen im Rahmen des Internationalen Museumsrates (ICOM)

Subkulturelle Parallelwelt Mode – Die alternative Modeszene der DDR in den 1980er Jahren

von Andrea Prause

Parallel zum offiziellen Modeschaffen bildete sich in den 1980er Jahren in der DDR eine alternative Modeszene um Designer, Fotografen, Models, Tänzer, Pantomimen und (Über)Lebenskünstlern heraus. Diese Subkultur positionierte sich als Teil der alternativen Kultur der DDR diametral zur sozialistischen Moral und Ästhetik, entzog sich auf kreative Weise dem totalitären Herrschaftsanspruch der Diktatur und avancierte dadurch zum Politikum. Insofern ist das Phänomen in den weiteren Kontext nonkonformen, widerständigen Verhaltens einzuordnen. Als Produkt der DDR und ihrer Strukturen verweist es auf Grund seiner erfolgreichen Distanzierung von der Ideologie und Praxis des Sozialismus auf den Machtverfall des Systems im genannten Zeitraum.

Ergebnisse und Thesen – ein Überblick

Im Verlauf des Forschungsprozesses der letzten zehn Monate stellte sich heraus, dass sich die alternative Modeszene keineswegs – wie zunächst angenommen – auf Einzelphänomene in Ost-Berlin beschränkte, sondern ein republikübergreifendes, urbanes Phänomen war. Diese neue Erkenntnis konnte durch die Untersuchung weiterer Gruppen, die sich auf die größeren Städte der DDR verteilen, bestätigt und vertieft werden. Unter anderem in Erfurt, Dresden, Leipzig, Cottbus und Karl-Marx-Stadt entstanden neben dem Zentrum Ost-Berlin in der Mangelgesellschaft zahlreiche Modemacher und -gruppen, die sich letztlich als heterogene, subkulturelle Szene beschreiben lassen. Das breite Spektrum beginnt mit einfachen, kommerziell motivierten Schneiderei-Manufakturen wie jener in der Wohnung Dagmar Gehrmanns in Dresden, wo einfache Baumwollstoffe zu T-Shirts vernäht, per Siebdruck mit Tigerköpfen, Mickey-Mäusen und Co. versehen wurden und dann auf den Schwarzmärkten der Republik reißenden Absatz fanden. *„Irgendwann ging das Kellner-Portemonnaie nicht mehr zu, dann hatte ich das Geld in ´ner Plastetüte. Wenn wir in Warnemünde auf der Mole gestanden haben und der Koffer war leer, das Portemonnaie voll – dann sind wir erst mal Sekt trinken gegangen. Im Hotel oft. Manchmal haben wir auch gar nicht genug Ware gehabt – so viel hatten die Leute gekauft. Manchmal hatte ich 8000 Mark im Portemonnaie. Das war schon verrückt.“*²¹ An konventionellen Modenschauen der Zeit orientierte Projekte bilden eine zweite wichtige Facette der Szene. Hella Erler aus Chemnitz beispielsweise – zunächst sehr erfolgreich freiberuflich für den Exquisit als Designerin arbeitend und für ihre stilistische Neuinterpretation der Plauer Spitze mit dem Kunstpreis der DDR ausgezeichnet – wurde auf Grund ihres Anspruchs auf Unabhängigkeit und Nonkonformität derart starken beruflichen und privaten Repressionen ausgesetzt, dass sie ihre freiberufliche Zusammenarbeit mit dem Exquisit aufkündigte. Die anschließend von ihr initiierte Modegruppe ‚Hella Erler‘ präsentierte nun Abendgarderobe in klassischen Inszenierungen – unabhängig von staatlicher Bevormundung. Auch ‚Mode exklusiv‘, ‚Modekommode‘, ‚Mode nach Maß‘ oder ‚Maschenhits‘ aus Berlin und Potsdam sind in diesen Bereich der eher konventionellen Modenschau einzuordnen, der neben kommerziellen Motivationen auch gewisse Ansprüche auf professionelle Präsentation des Selbstgefertigten und Etablierung als Modemacher beinhaltete. Ein dritter, abgewandelter Typus lässt sich unter anderem bei Gruppen wie ‚Stattgespräch‘, ‚Anstandslos‘ oder ‚Larifari‘ aus Berlin beobachten. Sie interpretierten die damaligen modischen Trends westlicher Jugendkulturen (Punk, Popper, New Waver, Gruffies usw.) und inszenierten Mode-Shows, die von ihrem provokatorischen, performativen Charakter – meist untermauert durch Musik, die von der staatlichen Zensur ausgeschlossen war – profitierten. *„Es ging darum, den Leuten zu zeigen, dass man auch anders aussehen kann, dass man auch mit seiner Kleidung eine Aussage darüber treffen kann, wie man sich fühlt und wie man das Leben betrachtet. Und dann ging es auch darum, sich selbst zu zeigen und anzugeben. So ganz normale Jugendsachen. Man stylte sich auf und war auf dem Laufsteg – das war toll,*

²¹ Andrea Prause im Interview mit Dagmar Gehrmann, Dresden, 27.08.2012

wenn man jung war. Damit hatte es natürlich auch zu tun. Wir waren nicht sehr arrogant, aber es war schon auch ein Motiv, cool und anders zu sein.²² Die Spitze des Spektrums bildeten ab 1987/1988 Mode-Shows, bei denen die vorgeführte Kleidung nicht nur ihrem eigentlichen Zweck des Be-Kleidens von Körpern entfremdet wurde, indem sie ‚auf der Straße‘ nicht mehr tragbar war, sondern gleichzeitig auch als offensichtliches Medium der Vermittlung von Botschaften fungierte. In Erweiterung des vom Kulturwissenschaftler als selbstverständlich angenommenen Aspekts, dass ein Stil *immer* nonverbale Inhalte transportiert, fertigten beispielsweise die Gruppe ‚ARTich‘ aus Lübben und die Gruppe ‚Avantgarde‘ aus Karl-Marx-Stadt bewusst symbolisch aufgeladene Modeprodukte, die auf gesellschaftliche und vereinzelt auch politische Konflikte in der DDR verwiesen. So analysiert Jörg Ackermann, Initiator des Projektes ‚ARTich‘: *„Es war schon eine Entäußerung von Frust. Alles war beobachtet und geführt, die offizielle Sprache – das war furchtbar. Alles immer ideologisiert. Wir wollten mit unseren Mitteln zeigen, dass es Mist ist. Ich wollte Freiheit, dass jeder so leben kann, wie er will.“*²³ Auch die Frauengruppe ‚Exterra XX‘ bzw. später ‚Avant Femme‘ aus Erfurt nutzte ihre Mode-Performances und die sogenannten ‚Mode-Objekte‘, um offen auf feministisch orientierte Themen aufmerksam zu machen. Kommerzielle Aspekte und die Produktion ‚tragbarer‘ Mode waren hier zugunsten künstlerischer, systemkritischer Motivationen vollständig in den Hintergrund gedrängt. Mode avancierte zu Kunst und künstlerische Ausdrucksform mit hohem Konfliktpotential – auf der Bühne ließen sich nonverbale Botschaften transportieren, die in der DDR nicht offen ausgesprochen werden durften.

Die facettenreichen Präsentationsformen trafen in Jugendclubs, Hotels, auf Betriebsfesten, Theatertagen, Festivals, in Diskotheken und Hinterhöfen auf ein begeistertes Publikum. Nicht reformsozialistische Ideen und nur selten politischer Protest im engeren Sinne reiften in den Köpfen der Protagonisten. Stattdessen wurden Anpassungsgesellschaft und dogmatische Ideologie ad absurdum geführt, Kreativität, Hedonismus, Sinnlichkeit und Individualismus offen postuliert. Hier artikuliert sich ein generationsspezifisches Potential widerständigen Verhaltens. Wurde zu Beginn der Forschung davon ausgegangen, dass die Motivation der Gruppen primär in einer bewussten symbolischen Attacke auf den sozialistischen Staat und dessen politisches System zu suchen ist, muss diese Hypothese nach den Recherchen der letzten Monate etwas revidiert werden. Die Intentionen waren, wie bereits angedeutet, ebenso heterogen wie die Szene selbst.

Besonderen Stellenwert erlangten die Gruppen ‚CCD‘ und ‚Allerleirauh‘ in Ost-Berlin, die auf Grund ihrer richtungsweisenden, vorbildhaften Funktion in der ‚Szene‘ entsprechend des ursprünglichen Arbeitsplans ethnografisch in extenso untersucht wurden, um auf dieser Grundlage zu generalisierenden Erkenntnissen zu gelangen. Bildete die Gruppe ‚Chic, Charmant & Dauerhaft‘ ab 1982 den provokanten, an westlich-subkulturellen Stilen orientierten Ausgangspunkt der sich im Verlauf des Jahrzehnts stetig vergrößernden Szene, lässt sich mit dem 1987 gegründeten und um das Jahr 1992 zerfallenen Modetheater ‚Allerleirauh‘ ein Höhe- und gleichzeitiger Schlusspunkt des Spektrums identifizieren. Lebten und inszenierten ‚CCD‘ abseits und auf dem Laufsteg einen vom Punk inspirierten, kreativen Gegenentwurf zu staatlich geforderter ‚sozialistischer Lebensweise‘, zur Spaßfeindlichkeit und der veralteten Moral und Ästhetik der DDR, welcher den Staat auf nonverbale, symbolische Weise attackierte, hatte sich mit Allerleirauh ein professionalisiertes, höchsten künstlerischen Ansprüchen genügendes Ensemble herausgebildet. Die spektakulären Inszenierungen, die eine Synthese aus Kunst, Mode, Musik und Theater bildeten und Modeinstitut, Exquisit & Co den Rang abzulaufen drohten, erregten über die Grenzen des Landes hinaus Aufmerksamkeit.²⁴ Somit decken beide Gruppen nicht nur das gesamte, bereits angedeutete Spektrum der Szene ab, sondern reflektieren in ihrem zeitlichen Verlauf auch Entstehung und Zerfall des Phänomens.

Der biografische Weg hin zur Partizipation an der Szene ist dabei nicht idealtypisch zu beschreiben, sondern zeigt sich eher heterogen bzw. in verschiedenen Typen, die in der Arbeit

²² Andrea Prause im Interview mit Ira Haußmann, Mitglied der Gruppe ‚Anstandslos‘, Berlin, 12.06.2012

²³ Andrea Prause im Interview mit Jörg Ackermann, Gruppe ‚ARTich‘ aus Lübben, Berlin, 31.08.2012

²⁴ So konnten beispielsweise Artikel der Zeitschriften Spiegel, Zitty und Tip recherchiert und archiviert werden, die sowohl vor als auch nach November 1989 von ‚Allerleirauh‘ berichten.

anhand von Beispielen portraitiert werden. Auf der Grundlage zahlreicher Interviews kann jedoch für alle Akteure die innere Abwendung vom ‚Sozialismus in den Farben der DDR‘, eine geradezu trotzigte Aufkündigung und Ignoranz des diktatorischen Systems mit seinem allumfassenden Anspruch auf die Persönlichkeit seiner Einwohner – und letztlich die in logischer Konsequenz erfolgende Hinwendung zu individualistischen, autoritätsverneinenden, hedonistischen Lebensentwürfen nachgewiesen werden. Die alternativen, sozialismusfremden Einstellungen werden dabei teilweise bereits im Elternhaus erworben, intensivieren sich aber stets während der ideologischen Auseinandersetzung mit dem DDR-System in der Jugendphase. Hier trifft man selbst auf Konflikte, reibt sich an den strukturellen Repressionsmechanismen, wird Opfer von Ausgrenzung, Stigmatisierung und oft auch Kriminalisierung, was letztlich zum mentalen Ausstieg, zur Suche nach alternativen Sinnzusammenhängen sowie neuen Identifikationsmustern führt. Konflikt und Opferrolle werden durch die Rückhalt bietende Gruppenzugehörigkeit produktiv-kreativ verarbeitet und positiv umgedeutet – ein typisches Merkmal subkultureller Prozesse. So formuliert Gabriele Stötzer, Gründungsmitglied der Erfurter Künstlerinnengruppe ‚Avant Femme‘, für die Zeit nach ihrer Haft im Frauengefängnis Hoheneck: *„Der Sozialismus war für mich erledigt. Das war für mich ein für allemal vorbei. Ich hatte den Gefangenenverkauf gesehen, hatte gesehen, wie viele junge Frauen wegen des Asozialen-Paragraphen im Knast saßen. Letztlich war ich total desillusioniert, habe keine DDR-Zeitung mehr gelesen und habe an nichts mehr geglaubt, besonders nicht an den Sozialismus. Ich habe auch nicht mehr für oder gegen den Staat gekämpft, das ist wichtig. Ich wusste, dass ich mich nur auf mich und meinen Individualismus, meinen Überlebenskampf verlassen konnte bzw. habe den erstmal entwickelt.“*²⁵

Trotz des großen Publikumserfolges wurden die begabten Kreativen mehrheitlich von den offiziellen, für alle Künstler in der DDR obligatorischen Legitimationsinstanzen der professionellen Künstlerverbände und Einstufungskommissionen ausgegrenzt oder sie verweigerten sich ihnen von vornherein. So beschreibt Holger Neuber, Mitglied der Berliner Gruppe ‚Anstandslos‘ sehr anschaulich: *„Da gab es so eine Grundeinstufung oder die Profi-Einstufung. Wir sind über die Amateur-Einstufung leider nicht hinweggekommen, weil sie uns als Profis natürlich nicht haben wollten. Wir haben böse Musik gespielt und waren denen zu kapitalistisch. Das hat mir eine Bekannte aus dem Modeinstitut gesteckt.“*²⁶ Der Sozialismus vermochte ihnen keine lebensweltliche oder berufliche Perspektive zu bieten, sodass sie vielfach am Rande der Legalität agierten und letztlich oft nur noch in das westliche Ausland emigrieren konnten. *„Ich war 22, die Profi-Model-Einstufung hatte nicht geklappt, die Gruppe kam nicht weiter und man arbeitete am Rand der Legalität und die Boutique wurde uns ja auch verboten. Ganz offiziell wurde dir eben gesagt, das ist alles zu kapitalistisch. Ich war 22 und hatte keine Perspektive, meinen Job legal in diesem Land zu machen. Die Leistung hat nicht gezählt, es wurde einfach nicht erlaubt. Und da war mir klar, dass ich weg will.“*²⁷ Die Exklusion künstlerisch-kultureller Abweichungen vom offiziellen, sozialistischen Werte- und Normenkanon führte jedoch gleichzeitig zur Herausbildung von Parallelstrukturen, die sich in alternativen Lebens- und Arbeitsformen, unabhängigen Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen sowie einer Schattenökonomie manifestierten, welche sich der Kontrolle des Staates zunehmend entzogen.

Im Gegensatz zu pluralistisch ausgerichteten Systemen ist es der Diktatur DDR kaum möglich, das Phänomen erfolgreich zu integrieren und von seinem innovativen Potential zu profitieren. Der sozialistische Staat setzt ihm stattdessen vielseitige Repressionsmechanismen entgegen, die sich auf Basis der Akten von BStU und Landesarchiven sowie in den Interviews gut verifizieren lassen. Neben den typischen strukturellen Repressionsmechanismen der DDR, die sich für die Szene vor allem im verwehrten Zugang zu Abitur- und Studienplätzen zeigten, lassen sich folgende Kategorien bilden: *Stigmatisierung* (z.B. auf Grund eines nonkonformen Erscheinungsbildes), *Kriminalisierung* (z.B. auf Grund ‚asozialer Verhaltensweisen‘ wie der Verweigerung einer Erwerbsarbeit in staatlichen Strukturen), *Ausgrenzung* (über zahlreiche Kanäle, z.B. die Verweigerung der Aufnahme in die Berufsverbände, das

²⁵ Andrea Prause im Interview mit Gabriele Stötzer, Gründerin der Künstlerinnengruppe in Erfurt, Erfurt, 28.06.2012

²⁶ Andrea Prause im Interview mit Holger Neuber, Mitglied der Gruppe ‚Anstandslos‘, Berlin, 11.04.2012

²⁷ Ebd.

Verbot von Auftritten, Platzverbote an repräsentativen Orten innerhalb der Städte), ‚Zersetzung‘ (z.B. Inszenierung von Gruppenkonflikten, Erleichterung von Ausreiseanträgen), Verfolgung bzw. Verhaftungen. Das breiteste Spektrum zeigt sich jedoch in den Überwachungs- und Kontrollversuchen durch MfS, Volkspolizei und Mitarbeiter staatlicher Kulturinstitutionen: Wohnungsdurchsuchungen, ständige Beobachtung einzelner Akteure durch die Staatssicherheit, das Sammeln von Informationen für Personen- und Gruppenakten sowie das Einschleusen von Spitzeln in mehrere Modegruppen sollen als beispielhafte Einblicke in diese Thematik genügen. Besonders prägnant sind in diesem Zusammenhang jedoch die vielfachen, partiell fast ‚flächendeckenden‘ Versuche des MfS, Akteure der Szene als inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen. So berichtet ein Mitglied der Berliner Gruppe ‚Stattgespräch‘: *„Ja klar, die sind zu jedem nach Hause gekommen. Dann fragten sie, ob sie ein Gespräch haben können. Man hat sich eigentlich darüber lustig gemacht. Auch über die FDJ und den Parteikram. Und wenn die eben zu dir nach Hause kamen, hat man natürlich nicht offen gelacht, aber die merkten immer schnell, wenn nichts zu holen war. Diejenigen, die behaupteten, dass noch niemand bei ihnen zu Hause war, waren schon ein bisschen verdächtig. Es war klar, dass sie überall waren. Die wollten wissen, wo sich irgendwas verselbständigte oder zu richtig staatsfeindlichen Dingen entwickelte.“*²⁸

Scheinbare kulturpolitische Zugeständnisse erfolgten ab Mitte der 80er Jahre durch die Zulassung von ‚Amateur-Modegruppen‘, die sich über die Konzert- und Gastspieldirektion ‚vermitteln‘ lassen konnten. Diese in den Akten der Landesarchive gut dokumentierten Integrations Tendenzen waren jedoch weniger einer tatsächlichen Liberalisierung der Offizialkultur geschuldet als vielmehr dem Ansinnen nach Beobachtung und Begrenzung der Szene. Die Gruppen blieben durch niedrige Honorare sowie oft zweitklassige Auftrittsmöglichkeiten unter Kontrolle und sollten als Ventil für das unterhaltungs- und modehungrige junge Publikum dienen. Jörg Ackermann, selbst Mitglied in einer Einstufungskommission: *„Ich war dann auch bei den Berufseinstufungen dabei – da haben sie ganz große Riegel vorgeschoben. Soweit wollten sie diese Szene nicht befördern. Sie haben sie gelassen, reguliert. Aber sie haben sie eingedämmt.“*²⁹

Professionalisierung und Diversifizierung der Modeszene ab Mitte der 1980er Jahre – Dokumente des Modeinstituts der DDR aus dem Archiv des Berliner Stadtmuseums sprechen von 300 bis 400 unabhängigen Gruppen – verweisen exemplarisch auf die zunehmende Spaltung von Staat und Gesellschaft sowie die innere Erosion des SED-Staates. Zwar waren die Akteure des Phänomens keineswegs ‚typische DDR-Bürger‘, sondern mehrheitlich längst aus den repressiven Strukturen und Sozialisationsinstanzen des Systems ausgestiegen. Jedoch bildeten die hedonistisch-provokanten Inszenierungen willkommene Projektionsflächen für die Träume großer Fangemeinden abseits realsozialistischer Ästhetik und Moral, artikulierten sich hier Zeitgeist und Lebensgefühl vieler junger DDR-Bürger, die sich von den klassischen Sozialisationsinstanzen des Staates abwandten. Pluralisierung und Popularität der als Teil der heterogenen Alternativkulturen zu verstehenden Modeszene verweisen exemplarisch auf die Entstehung einer zweiten Öffentlichkeit, in der sich Mentalitätswandel und Zerfall der DDR-Legitimationsmythen artikulierten. Als couragiertes, kreatives Subsystem reflektiert das Phänomen als Produkt der DDR somit symptomatisch den Macht- und Legitimationsverfall des ehemaligen ostdeutschen Staates, welcher die alternativen Szenen im Verlauf des letzten Jahrzehnts seiner Existenz trotz eines weitverzweigten Überwachungs- und Repressionsapparates nicht mehr zu kontrollieren vermochte.

Dennoch muss sich eine klare Differenzierung zwischen alternativer ‚inoffizieller‘ und staatlicher ‚offizieller‘ Kultur letztlich als künstliches Produkt der Retrospektive entlarven lassen. Alternative Modeszene und Staat blieben bis zum Systemzusammenbruch 1989 untrennbar miteinander verbunden. So bildete und wuchs das Phänomen nicht nur unter den Bedingungen der Diktatur, indem beispielsweise die Mangelgesellschaft große Absatzmärkte im Schwarzhandel generierte, die Subventionspolitik ein Leben ohne großen finanziellen Aufwand und somit (fast) ohne klassische Erwerbsarbeit ermöglichte und damit ein großes kreatives Potential freisetzte, verfallene Altstadtviertel willkommene, günstige Wohnquartiere bo-

²⁸ Andrea Prause im Interview mit ‚Walter‘, Mitglied der Gruppe ‚Stattgespräch‘, Berlin, 12.06.2012

²⁹ Andrea Prause im Interview mit Jörg Ackermann, Gruppe ‚ARTich‘ aus Lübben, Berlin, 31.08.2012

ten oder das Fehlen spannender Kulturveranstaltungen ein begeistertes Publikum bereitstellte. Auch viele Akteure der Szene selbst vollzogen die Abkehr von den staatlichen Institutionen keineswegs immer vollständig, suchten Anerkennung und Privilegien durch Aufnahme in die Künstlerverbände oder Zulassung als Amateur- oder Profi-Modegruppe, arbeiteten als Fotografen für Modezeitschriften oder als Models für Modeinstitut & Co.

Erlebte die alternative Modeszene auch in der Finalitätskrise der DDR ihren Höhepunkt, so läutete doch der Untergang des ostdeutschen Staates gleichzeitig den Zerfall der heterogenen, kreativen Szene ein. Als sich 1989/90 die kollektiven Negativ-Bezugspunkte SED-Staat und Anpassungsgesellschaft als kleinste gemeinsame Nenner auflösten, begann ein Atomisierungsprozess, der letztlich zu deren vollständigem Niedergang führte. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und spiegeln sich hervorragend in den Biographien der Akteure nach 1989 wider. Mit dem Hegemonialsystem starb auch die sinnstiftende Selbstlegitimation des Subsystems. Plötzlich fehlten provokatorische Inhalte und Botschaften, die auf dem Laufsteg artikuliert werden konnten. Der ‚Gegner‘ DDR, den es bis 1989 symbolisch zu attackieren und ad absurdum zu führen galt, zog seine ungezogenen Kinder mit sich ins Grab – hatten sie doch verständlicherweise kein funktionierendes Konzept für das bis zum Schluss utopisch erscheinende ‚Danach‘ entwickelt. Gleichmaßen sank mit dem Fall der Mauer auch das Interesse des ostdeutschen Publikums an den Modenschauen und Happenings. Ein großer Teil der Akteure verschwindet parallel zur Maueröffnung in alle Himmelsrichtungen. Die übrigen Gruppen scheitern an den neuen marktwirtschaftlichen Herausforderungen sowie der generellen Neuorientierung im Systemwandel. Subventionspolitik – letztlich ein wichtiger Faktor des Kollapses 1989 – und Mangelwirtschaft hatten ironischerweise die bereits genannten kreative Potentiale freigesetzt, die sich in ihrer künstlerischen Produktion kaum an kommerziellen Aspekten ausrichten mussten. Konkurrenzdenken und Profitorientierung, so bestätigten alle Interviewpartner des Forschungsprojektes, hatten in der DDR keine oder kaum eine Rolle gespielt und mussten nun vollkommen neu ‚erlernt‘ werden. Nur ein Teil der Akteure kann sich unter diesen Bedingungen nach einigen Jahren der Krise als Einzelkünstler wieder etablieren.

Kurzbiographie

Andrea Prause, geboren 1979 in Elsterwerda, studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Europäische Ethnologie an der HU Berlin. Nach Studienabschluss 2009 folgten die Mitarbeit an Ausstellungs- und Buchprojekten zur alternativen Kunst und Kultur der DDR sowie eine freiberufliche Tätigkeit in der qualitativen Sozialforschung. Seit 2010 Promotion am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin bei Prof. Wolfgang Kaschuba.